

Stenographischer Bericht

8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 3. April 2001

Inhalt:

1. Zuweisungen bzw. Mitteilungen.
2. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 289/1, betreffend Ladenöffnungszeiten.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Lafer, Abg. Bacher, Abg. Böhmer, Abg. Kasic, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gennaro, Abg. Beutl, Abg. Graf, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Bleckmann, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Dr. Reinprecht, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Lechner-Sonnek, Landeshauptmannstellvertreter Schögggl.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 200/1, der Abgeordneten Beutl, Hammerl und Tschernko, betreffend Schaffung einer Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger.
Berichterstatterin: Abg. Beutl.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Wicher, Abg. Lackner, Abg. Gross, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 207/1, der Abgeordneten Wiedner, Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Anerkennung ausgebildeter Kindergärtner/innen und Kinderbetreuer/innen beziehungsweise Tagesmütter.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Abg. Pußwald, Abg. Gross, Abg. Wiedner, Abg. Mag. Zitz, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 220/1, über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2000 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 221/1, über die Bedeckung außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 235/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).
Berichterstatter: Abg. Strassberger.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 223/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232/1, Verkauf der Liegenschaft 8950 Stainach, Dr.-Frank-Allee 266, Gerichtsbezirk Irdning, KG. 67315 Stainach, EZ. 424 im Grundflächenausmaß von 2000 Quadratmeter an die Marktgemeinde Stainach zum Preis von 3,500.000 Schilling.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 198/1, der Abgeordneten Wicher, Beutl und Gross, betreffend Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfes für körper- und sinnesbehinderte Kinder nach der 4. Schulstufe.
Berichterstatterin: Abg. Beutl.
Redner: Abg. Wicher (306), Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 114/1, betreffend den Bericht gemäß Artikel 1 Paragraph 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.

12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 231/1, Beilage Nr. 15, Landesgesetz, mit dem das Gesetz über den Schutz des steirischen Landeswappens 1979 und das Gesetz über den Ehrenring des Landes Steiermark 1959 geändert werden.
Berichterstatter: Abg. Dr. Rauch.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/1, den Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher (308), Abg. Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 189/1, der Abgeordneten Gennaro und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Wählbarkeit für in Österreich erwerbstätige Personen aus anderen EU/EWR-Mitgliedsstaaten in die gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen und zu Betriebsräten.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.
Redner: Abg. Gennaro, Abg. Mag. Drexler, Abg. Gennaro, Abg. Mag. Zitz), Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 203/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Ausbau der Koralmbahn/Südbahn im Abschnitt Graz-Hauptbahnhof-Puntigam/Grenzgasse.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. Stöhrmann, Abg. Straßberger, Abg. Wiedner, Abg. Ferstl, Abg. Prattes, Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, Abg. Stöhrmann).
Beschlussfassung.

Dringliche Anfrage der Grünen und der SPÖ, betreffend Ausbau steirischer Bahnverbindungen an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Hagenauer.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Redner: Abg. Hagenauer (328), Abg. Kröpfl (329), Abg. Schrittwieser.

Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die achte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus!

Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns.

Herr Abgeordneter Kurt Tasch vollendete am 3. April 2001 sein 60. Lebensjahr. Meine herzlichsten Glückwünsche. (Allgemeiner Beifall.)

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass fünf schriftliche Anträge und vier Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Heute liegt ein Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 289/1, betreffend Ladenöffnungszeiten auf, welcher als Tagesordnungspunkt 2 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurde.

Gemäß Paragraph 22 Absatz 3 GeoLT hat der Landtag zu beschließen, ob über einen Selbstständigen Antrag eines Ausschusses unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist oder ob diese einem anderen Ausschuss zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden sollte.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, hinsichtlich dieses Selbstständigen Antrages unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eingebracht wurde eine Dringliche Anfrage von den Abgeordneten der Grünen und von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend den Ausbau steirischer Bahnverbindungen.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraf 68 der GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von zehn Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe begrüße ich die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Zwaring-Pöls unter der Leitung von Frau Gemeinderätin Maria Kormann. (Allgemeiner Beifall.)

Weiters begrüße ich die Schülerinnen, Schüler und Studierende der Übungshauptschule der Pädagogischen Akademie Graz Hasnerplatz unter der Leitung von Prof. Kober, Prof. Schmidt und Prof. Müller. Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über.

2. Selbstständiger Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Einl.-Zahl 289/1, betreffend Ladenöffnungszeiten.

Berichterstatte: Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.10 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Regierungsmitglieder!

Ich berichte über den Selbstständigen Antrag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Arbeitsplatz, Telekommunikation und Tourismus betreffend Ladenöffnungszeiten. Dem Ausschuss liegen drei Anträge mit den Einl.-Zahlen 147/1, 153/1 und 188/1 vor, die alle dieselbe Intention, aber teilweise unterschiedliche Textierungen beinhalten. Um der Landesregierung in dieser wichtigen Angelegenheit eine einheitliche Textierung zur Weiterleitung an die Bundesregierung vorzulegen, sollten diese drei Anträge in dem vorliegenden Ausschussantrag zusammengefasst werden. Bei dem Ersuchen an die Bundesregierung geht es um Folgendes: Die Bundesregierung überlegt derzeit, durch eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten das längere Offenhalten der Geschäfte von Montag 06.00 Uhr bis Samstag 17.00 Uhr und die Anhebung der wöchentlichen Rahmenöffnungszeit von 66 auf 72 Stunden zu ermöglichen. Der Steiermärkische Landtag tritt aber wegen der folgenden negativen Aspekte einer Verlängerung der Öffnungszeiten für die Beibehaltung der bisherigen Ladenöffnungszeiten ein, und zwar aus folgenden Gründen: Probleme für Familien und Alleinerziehende in der Kinderbetreuung bei Ausweitung der Öffnungszeiten in die Abend- oder Nachtstunden; ein weiterer Konkurrenznachteil für die Nahversorgung; eine weitere Benachteiligung von alten und weniger mobilen Menschen durch die Verlagerung zu Großmärkten; ein genereller Wettbewerbsnachteil für Klein- und Mittelbetriebe gegenüber Großmärkten; eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Handel; eine weitere Abnahme von Vollzeitarbeitsplätzen; ein Verlust von Arbeitsplätzen im Kleinhandel und die Zunahme weiterer nicht ausreichend sozial abgesicherter Arbeitsplätze in Großmärkten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit der dringenden Bitte heranzutreten, im Sinne der Antragsbegründung die bisherigen Ladenöffnungszeiten beizubehalten. Ich ersuche um Annahme. (10.11 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (10.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt 2 befasst sich mit den Ladenöffnungszeiten. Dieses Thema ist für uns sehr wichtig. Es gibt allein in Österreich ungefähr 350.000 Handelsangestellte, wovon 75 Prozent Frauen sind, Frauen, die überwiegend oder vorwiegend in Teilzeit beschäftigt sind, ob sie das wollen oder nicht. Wenn man jetzt bedenkt, dass diese Frauen bei Beginn ihres Berufes ungefähr 11.200 Schilling brutto und nach 18 Jahren 18.600 Schilling brutto verdienen, dann kann man es einfach nicht hinnehmen, wenn von Bundesminister Bartenstein behauptet wird, dass die Ladenöffnungszeiten liberalisiert werden sollten. Er hat in der letzten Woche über die Medien mitgeteilt, dass er vorhat, im Handel von Montag 00.00 Uhr bis Samstag 17.00 Uhr die Geschäfte offen zu halten, und das ist für uns nicht akzeptierbar. Wir lehnen daher diese Forderung ab und sind grundsätzlich froh darüber, dass diese freiheitliche Initiative auch von den anderen Fraktionen des Steiermärkischen Landtages zur Kenntnis genommen beziehungsweise akzeptiert, ja sogar unterstützt wird. Es kann nicht angehen, dass Liberalisierungsbestrebungen, und mögen diese in dem einen oder anderen Fall auch begründbar sein, auf dem Rücken tausender Handelsangestellter ausgetragen werden, die schon heute zu den einkommensschwächsten und sozial am schlechtesten abgesicherten Berufsgruppen zählen. Handelsangestellte in Lebensmittelketten müssen heute schon drei Stunden vorher und drei Stunden danach arbeiten, und das oft gratis – das ist auch einer Studie der „Kleinen Zeitung“ zu entnehmen. Bei aller Liebe, liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht Inhalt einer zunehmenden amerikanisierten Sozialpolitik – man könnte hier auch Unsozialpolitik sagen – werden. Herr Minister Bartenstein müsste wissen, dass wir als verwöhnte Konsumenten schon früh am Morgen ins Geschäft kommen, bevor wir selbst überhaupt zu arbeiten beginnen. Man sieht in den Regalen alles schön sortiert: Wurst und Käse, Obst und Gemüse und die Kassen voll betriebsbereit. Es fragt sich keiner von uns, wann diese Handelsangestellten tatsächlich mit ihrer Arbeit begonnen haben, damit sie den Konsumenten genau jenes

liefern können, um das sie sich gerade bemühen. Machen Sie sich ein Bild, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen, und wenn ich sage, alle Fraktionen, dann meine ich auch alle, dass diese Mitarbeiter wirklich alles tun, um den Konsumenten zu beruhigen und zufrieden zu stellen. Das ist wirklich eine tolle Sache. Ich kann behaupten, dass ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe selbst den kaufmännischen Beruf erlernt und ich hatte einen guten Chef. Allerdings waren damals die Voraussetzungen für einen Lehrling nicht die Besten und unter einer sozialistischen Regierung sind sie bei Gott nicht besser, sondern eher schlechter geworden. Gerade die kaufmännischen Angestellten in dem Bereich haben hier keine Verbesserung zur Kenntnis nehmen können, sondern es gab eher eine Verschlechterung in ihrem Berufsstand. (Landesrat Dörflinger: „Aber jetzt werden sie massiv besser!“) Der zweite Aspekt, den ich dabei betrachten möchte, ist auch jener, und hier darf ich das Geschäft unseres Herrn Präsidenten Purr nennen, und ich darf Sie bitten, mir das nicht übel zu nehmen, wenn ich Sie als kleinen, aber guten Wirtschaftsbetrieb in der Steiermark bezeichnen darf. Sie, sehr geehrter Präsident, haben als Gewerbetreibender mit Ihrer Familie seit Generationen ein Geschäft aufgebaut, bei dem Sie im guten Einvernehmen mit den Handelsangestellten sein müssen, damit Sie überhaupt über die Runden kommen können. Es kann nicht sein, dass ähnliche Dumping- und Ausnutzermethoden, wie das die Großketten an den Tag legen, auch hier bei den Klein- und Mittelbetrieben angewendet werden. Da sind wir bei der zweiten Seite der Medaille und die sagt, beides kann nicht gut gehen. Liberalisierte Öffnungszeiten sind nicht nur unsozial und menschenunwürdig für unsere Handelsangestellten, sondern auch tödlich für die noch wenig kleinen Gewerbetreibenden, welche es sich nicht leisten können, rund um die Uhr offen zu halten. Das ist ein Teufelskreis, den wir unbedingt aufhalten müssen. Wenn wir zum Beispiel in die Herrengasse nach Graz schauen, wo der eine oder andere exklusive kleine Laden vermutlich für immer die Pforten schließen wird, so ist leider auch festzustellen, dass internationale Diskonter von Hamburg bis Sizilien das idente Ramschsortiment anbieten. Diese prägen das Stadtbild außerhalb und nicht mehr im Zentrum. Es gibt auch keinen Grund mehr für ländliche Einkaufstouristen, sich zum Beispiel nach Graz zu bewegen und sich aus der blauen Zone abschleppen zu lassen, wenn sich in der Innenstadt keine sinnvollen kleinen Geschäfte, Klein- und Mittelbetriebe mehr befinden. Es ist somit ein immenses Überlebensinteresse nicht nur für die Handelsangestellten selbst gegeben. Es ist menschenunwürdig, da ja zum Teil auch allein stehende Frauen mit einem Kind diesem Beruf nachgehen müssen und danach nicht mehr die Möglichkeit vorfinden, sich überhaupt in diesem Berufszweig beschäftigen lassen zu können. Es soll hier keine politische Sturheit sein, aber man sollte im Einzelfall darüber auch diskutieren können und müssen. Eine totale Liberalisierung, wie sie Bundesminister Bartenstein vorschlägt, ist absolut abzulehnen. Ich bin der festen Überzeugung, und deshalb bitte ich Sie auch hier im Haus, dass Sie diesen freiheitlichen Vorstoß und auch den Vorstoß, den die Grünen und Sozialdemokraten eingebracht haben – und soweit im Ausschuss zu entnehmen war, dass die Zustimmung auch von Seiten der ÖVP kommt – weiterhin zu unterstützen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg für die vielen guten und seriösen kaufmännischen Angestellten in der Steiermark und in Österreich. Ein schönes steirisches Glückauf! (Beifall bei der FPÖ. – 10.18 Uhr.)

Präsident: Als Nächster zur Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (10.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Lafer, auch ich bin sehr froh, dass wir gemeinsam gegen diese Liberalisierung, die vom Bund her vorgesehen ist, auftreten aus den bekannten Gründen, die du hier auch ausgeführt hast. Es ist ja nicht zuletzt die Problematik auch im Zusammenhang mit den Sonntagsöffnungszeiten schon diskutiert worden. Auch dagegen haben wir uns massiv gewehrt. Ich erinnere nur daran, dass es die Frau Landeshauptmann in der Steiermark war, und zwar im Zusammenhang mit der Landesausstellung in Graz, wo die Forderung da war und wo es Ausnahmen gegeben hat, auch am Sonntag in der Innenstadt die Geschäfte offen zu halten. Weil ich denke, man sollte genau auf diese Gruppen Rücksicht nehmen, die hier angeführt wurden. Nämlich einerseits auf die Betroffenen, das sind überwiegend die Frauen, drei Viertel der Handelsangestellten sind Frauen, zum Teil Alleinerziehende, zum Teil Mütter. Und wenn der Kollektivvertrag angeschnitten wurde mit 11.000 Schilling beginnend und nach 18 Dienstjahren bei zirka 18.000 Schilling aufhörend, dann bin ich schon der Meinung, dass man auch über die Mindestlohnforderung diskutieren sollte – 1000 Euro in Zukunft, die vor allem auch von unserem Landesobmann Hermann Schützenhöfer immer wieder gefordert wird. Und da vermisse ich vor allem auch die Bereitschaft der sozialistischen Gewerkschafter, da mitzugehen und das vehement einzufordern. Weil genau das ist eine Berufsgruppe, die im positiven Sinne davon betroffen wäre.

Die zweite Geschichte ist die Betroffenheit der Nahversorger, denn durch diese Liberalisierung ist der Bereich der Nahversorger im äußersten Maße gefährdet, der ohnehin schon jetzt in einer sehr schwierigen Situation ist. Daher denke ich auch, dass für diese Gruppe die Liberalisierung nicht der Weisheit letzter Schluss ist. Und es ist interessant, dass vor allem sich die große Lobby der Handelsbetriebe für diese Liberalisierung einsetzt, und es gibt eine Studie der Arbeiterkammer Niederösterreich, die beinhaltet, dass 90 Prozent der Konsumenten eigentlich eine derartige Liberalisierung gar nicht wollen. Die sind mit dem derzeitigen Stand zufrieden. Und ich weiß nicht, warum man immer diesen Lobbyisten nachgeben muss, wo es ausschließlich nur darum geht, immer mehr an Profiten zu erheischen. (Abg. Stöhrmann: „Genau das will Bartenstein, Herr Kollege!“) Dagegen wehren wir uns ja, weil ich der Meinung bin – (Abg. Stöhrmann: „Irgendwer muss sich wehren!“) Ich hoffe nur (Abg. Stöhrmann: „Sag das beim nächsten Bezirksparteitag der ÖVP!“), dass ihr mitgeht vor allem bei der Diskussion um den Mindestlohn 1000 Euro. Da höre ich von euch nichts. Ich höre zum Teil nur immer die große Jammerei, wie schrecklich das alles ist. (Landesrat Dr. Flecker: „Seit zehn Jahren!“) Aber bei der Diskussion über Mindestlohn 1000 Euro passiert nichts. Das haben wir seinerzeit schon erlebt, Mindestlohn

10.000 Schilling, wer war es, die es sehr lange abgelehnt haben, das waren die sozialistischen Gewerkschafter. (Landesrat Dörflinger: „Ihr habt die Mehrheit in der Regierung!“) Ach so! Aber zumindest wäre eure Unterstützung interessant. Ich höre nichts davon. Immer wieder ist es Landesrat Hermann Schützenhöfer, unser soziales Gewissen. Aber von euch hört man nichts mehr. Immer dasselbe. Ihr wart lange Zeit in der Regierung, habt vieles verabsäumt. Das muss man auch sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Plötzlich ist das für euch alles kein Thema mehr – plötzlich. Und es sind immer die anderen schuld. Das heißt, ich glaube, dass das wirklich ein entscheidender Punkt ist, dass wir heute gemeinsam gegen diese Liberalisierung auftreten und ich hoffe, dass im Sinne der Betroffenen auch das fruchtet, dass man wirklich auf Bundesebene darüber nachdenkt und bei diesen Ladenöffnungszeiten bleibt, die wir zur Zeit haben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (10.23 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Drei Anträge zu einem Thema sind an und für sich Grund genug, wenn man auch den Inhalt mit einbezieht, dass es hier um etwas geht, was allen am Herzen liegt. Ich möchte schlechthin sagen, die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist für die eine Gruppe gut, für die andere Gruppe führt es aber in die Verknechtung, in die Versklavung. Und dieser Verknechtung und Versklavung ist einfach nicht zuzustimmen. Wir können dabei nicht zuschauen. Wer in puncto Ladenöffnungszeiten aufmerksamer Beobachter der Medien, allen voran der Printmedien, in letzter Zeit gewesen ist, der hat schon gesehen, dass es nicht nur um die Ladenöffnungszeiten und deren Liberalisierung geht, sondern es geht auch darum, dass bestehende Dinge verstärkt auch kontrolliert werden. Ich entnehme unter anderem aus einer Zeitung, dass die Samstagregelung – auf einen Arbeitstag fällt ein freier Samstag –, dass diese Regelung im Bundesgebiet nur zu 50 Prozent eingehalten wird. Ich glaube, wiederum trifft es – wie von den Vorrednern schon gesagt – größtenteils die Arbeitnehmerinnen. Hier ist größte Kontrolle vonnöten.

Ich nehme als Zweites wahr: Megahandelsketten halten sich nicht an die ausgemachten Sortiments, an das Nacht- oder Sonntagsortiment zum Beispiel in den Bahnhofsfilialen.

Auch nehme ich wahr – heute schon gesagt –, dass durchschnittlich eine Arbeitnehmerin im Handelsbereich netto, bitte durchschnittlich, wenn sie einen Vollarbeitsplatz hat, 10.700 Schilling verdient. Jeder Abgeordnete, der in seiner Region hinterfragt: Wer ist denn bei dir überhaupt noch in der Handelskette ein Vollarbeitender?, der muss sagen, ja voll arbeiten sie wohl, was den Einsatz anlangt, aber was die Stunden und den Lohn anlangt, hier haben wir große Mängel und nur mehr Teilzeitarbeiterinnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme zum Letzten: Wenn selbst die Wirtschaftskammer von Kärnten gegen diese neuen Ladenöffnungszeiten ist, wenn sie sagt, diese neue Ladenöffnungsregelung – ich zitiere wortwörtlich: „Die Nahversorgung gerät gänzlich unter die Räder.“ Dann müssen wir diesem Vorhaben des Herrn Minister Bartenstein eine klare Absage erteilen. Eine klare Absage, weil diese nicht nur die Lebens- und Arbeitsqualität verschlechtert, sondern weil sie auch ein Machtmittel großer Handelsketten gegen die Klein- und Mittelbetriebe ist. Auch, weil immer mehr Leute in Nöte kommen, weil immer mehr Familien das Wochenende verleidet wird, weil er oder sie zur Arbeit gehen muss, und wenn es oft nur für einige wenige Stunden ist und mehr Zeit und mehr Stunden für Anfahrts- und Abfahrtswege gebraucht werden, als gearbeitet wird. Die SPÖ stellt dieser Tendenz – ich nenne es „den Totengräbern der Sonntagsruhe“ – eine klare Absage und wir unterstützen den Antrag natürlich, dass die bisherige Ladenöffnungszeiten beizubehalten sind. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 10.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (10.27 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, dass wir heute in dieser Landtagssitzung diesen Beschlussantrag des Ausschusses diskutieren, weil wir damit auch einmal die Möglichkeit haben, sehr klar in diesem Hause die Meinung der steirischen Volkspartei zu diesem Thema „Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten“ ihnen darzulegen und zu präsentieren. Zu einem Thema, wo der zuständige Bundesminister Überlegungen zu einer völligen Freigabe angestellt hat, die nicht nur – wie bereits angesprochen und wie Kollege Bacher ausführlich dargestellt hat – die Angestellten und Beschäftigten berühren, sondern im Wesentlichen auch die klein- und mittelständische Wirtschaft in diesem Land. Die Diskussion um eine Erweiterung dieser Öffnungszeiten ist aus rein populistischer Liberalisierungshysterie ohne jede volkswirtschaftliche Rechtfertigung und ohne betriebswirtschaftliche Vernunft entstanden und führt direkt zur Vernichtung zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe. Und es kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, fast einer Verhöhnung der vielen Klein- und Mittelbetriebe, vieler Familienunternehmen in diesem Lande gleich, wenn die Politik einerseits die Sicherung der Nahversorgung, die Erhaltung der Orts- und Stadtkerne verspricht, auf der anderen Seite gleichzeitig den Garanten dieser Nahversorgung mit einer totalen Liberalisierung der Öffnungszeiten die Existenzgrundlage entzieht. Es ist ein Schlag gegen die klein- und mittelständische Wirtschaft in diesem Land und es kann nicht sein, dass ein Bundesminister dieser Regierung, wenn ein Sandler – pardon – ein Herr Sandler, das ist der Chef des Mediakonzerns, einmal laut schreit, Liberalisierung ist notwendig, dann springt und alles öffnen will.

Meine Damen und Herren! Das ist, so glaube ich, das Wesentliche. Schon jetzt hat der Landeshauptmann die Möglichkeit, Verordnungsermächtigungen zu erteilen. Ich weise darauf hin, dass bereits dort, wo es für Stadt- und Ortskerne notwendig ist, eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auf insgesamt 75 Stunden statt 66 Stunden möglich ist. In der Steiermark gibt es bereits dank unserer Frau Landeshauptmann und ihres Vorgängers keine entsprechende Verordnung. Aber auch für Tourismusorte, Pendlergemeinden, nämlich dort, wo über 50 Prozent der Bevölkerung auspendeln müssen, hat der Landeshauptmann bereits die Möglichkeit zu verordnen, dass die Geschäfte von Montag bis Freitag von 05.00 bis 20.00 Uhr offen haben, das heißt, dass mit der gesetzlichen Regelung, wie sie bisher existiert, und Sie erinnern sich an die Novelle des Jahres 1997, das Auslangen gefunden werden kann. Einem Argument, meine Damen und Herren, müssen wir auch noch deutlich den Kampf ansagen, ein Argument, das von Herrn Bundesminister immer wieder strapaziert wird, nämlich dass Österreich bei den Offenhaltezeiten Schlusslicht in Europa ist. Unwahrheiten werden auch nicht wahr, wenn man sie immer wieder trommelt. Tatsache ist, dass nur wenige Länder in Europa längere Öffnungszeiten haben. In Deutschland, wo wir gleich liegen, ist von Montag bis Freitag von 06.00 bis 20.00 Uhr geöffnet, in Italien von 07.00 bis 22.00 Uhr. Italien, meine Damen und Herren, hat noch restriktivere Öffnungszeiten als Österreich: In der Region Friaul-Julisch-Venetien gibt es Gesamtöffnungszeiten von 56 Stunden. Meine Damen und Herren! Ein wesentlicher Punkt ist aber auch eine Untersuchung der Regio-Plan aus dem Jahr 1999, wo 45 der bedeutendsten Handelsunternehmen in Österreich zur bisherigen Ladenöffnungszeit und Liberalisierungsdebatte befragt worden sind und wo sogar 52 Prozent, man höre, 52 Prozent dieser Großunternehmen keine positiven Auswirkungen nach der Liberalisierung zu verzeichnen hatten, ja selbst zugeben, dass es nur zu Umsatzverschiebungen und nicht tatsächlich zu großen Erweiterungen gekommen ist. 69 Prozent der Betriebe haben sogar zugegeben, dass sie durch diese Liberalisierung Vollzeitbeschäftigte abgebaut und durch Teilzeitbeschäftigte substituiert und ersetzt haben. Meine Damen und Herren! Das kann nicht sein, dass sozusagen zulasten der Klein- und Mittelbetriebe und auf dem Rücken der Arbeitnehmer eine Liberalisierung notwendig ist. Ein Letztes, meine Damen und Herren: Ich bin persönlich davon überzeugt, und wir alle sind ja auch Konsumenten in diesem Land, dass bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden bei Ladenöffnungszeiten von 66 Stunden derzeit jeder die Möglichkeit hat, in dieser Zeit einkaufen zu gehen, wo jetzt offen ist. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 10.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (10.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine neue Untersuchung hat ergeben, dass 40 Prozent der Personen, die im Handel beschäftigt sind, gerne ihren Job wechseln würden. Der Hauptgrund, der dafür genannt wurde, waren die Arbeitszeiten. Ich denke, das ist ganz signifikant, dass es sich hier um einen Bereich handelt, der in Bezug auf Arbeitsbedingungen verbessert gehört und nicht verschlechtert. In diesem Zusammenhang kann man natürlich einer weiteren Liberalisierung überhaupt nicht zustimmen. Ich würde mir gerade von der FPÖ, wo man heute so hehre Worte gehört hat, wünschen, dass sie das auch ihrem Finanzminister Grasser mitteilt, der auch ein großer Freund der Liberalisierung ist und nicht gerade dafür bekannt ist, die sozialen Folgekosten in seine Berechnungen einzubeziehen. Ich hoffe, dass entsprechende Wortmeldungen der FPÖ im Nationalrat zu erwarten sind. Das, was man dieser Regelung auch vorwerfen kann, ist, dass sie nicht auf einer fachlich fundierten Grundlage erfolgt. Es gibt keine wirklich gut erhobenen Aussagen zum Bedarf. Braucht man diese erweiterten Ladenöffnungszeiten wirklich oder braucht man sie nicht. Das ist eine reine Meinungsäußerung von einigen Personen, unter anderem auch vom Industriellenverein. Genauso gibt es keine Aussagen zu den Folgen, die zu erwarten sind. Man weiß nicht, wird nicht die Nahversorgung entscheidend beeinträchtigt werden. Man kann es vermuten, aber man weiß es nicht wirklich. Man weiß nicht, ob die Kundenströme und in welchem Ausmaß sie zu den großen Unternehmen abwandern werden, die es natürlich wesentlich leichter haben, diese Öffnungszeiten abzudecken. Es gibt auch keine Überlegungen, wie man die Folgen im familiären Bereich abfangen kann. Wie will man Angestellte im Handel in die Lage versetzen, ihren familiären Betreuungspflichten nachzukommen. Wird es begleitende Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung geben. All das ist offen und wird überhaupt nicht thematisiert. Es würde auch Begleitmaßnahmen in anderen Bereichen brauchen, zum Beispiel der öffentliche Verkehr. Schon heute ist es oft für Angestellte im Handel nicht möglich, nach ihrer Arbeitszeit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nach Hause zu fahren oder vor Beginn ihrer Arbeit mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeit zu kommen. Das heißt, dass sie üblicherweise dann auf einen Pkw ausweichen müssen mit all ihren persönlichen Folgekosten und mit Folgekosten für uns alle, nämlich mit ökologischen Nachtteilen, die wir in Kauf zu nehmen haben. Weitere Folgeerscheinungen einer solchen Regelung wären Arbeitszeiten, die sich auch im öffentlichen Dienst erweitern und verändern müssten, zum Beispiel wenn es um das Arbeitsinspektorat oder um das Marktamt geht. Das, was ich in dem Zusammenhang besonders spannend finde, ist die Rolle von Bundesminister Bartenstein. Er hat sich relativ schnell verabschiedet von seiner Rolle als Familienminister, die er in der letzten Regierung innehatte. Ich glaube, niemand, nicht einmal er selbst, wird behaupten, dass das eine Regelung ist, die familienfreundlich ist. Minister Bartenstein ist auch Arbeitsminister. Ich persönlich erwarte mir von einem Arbeitsminister, dass er Überlegungen anstellt, wie man die Arbeitssituation der Beschäftigten verbessern kann und nicht wie man sie so massiv verschlechtert. Minister Bartenstein ist auch Wirtschaftsminister. Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren, gehört der kleine Händler nicht zur Wirtschaft? Gehört die Nahversorgung nicht zur Wirtschaft? Minister Bartenstein ist der Wirtschaftsminister für Billa und Co. und niemand anderen, und das halte ich für eine absolut schreckliche Conclusio. Wir

werden unseren steirischen Nationalratsabgeordneten Werner Kogler bitten, diesen Antrag wortident im Nationalrat einzubringen. Ich werde Ihnen dann gerne hier Bericht erstatten darüber, wie die anderen Parteien, die heute so erfreulich mitgehen, sich dort, wo es wirklich zur Sache geht, wo die Entscheidung wirklich zu fallen hat, verhalten werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen, der SPÖ und der ÖVP. – 10.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (10.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mir ist bei der Diskussion eingefallen, dass ich einmal meinen Religionslehrer gefragt habe, was ein Pharisäer sei, weil ich das nicht wusste. Er hat mir das lange erklärt und das ist mir gerade jetzt wieder bei manchen Wortmeldungen eingefallen, um nicht mehr dazusagen zu müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, auch ich bin froh, dass alle gemeinsam sich des Problems der Handelsangestellten bezüglich der Ladenöffnungszeiten annehmen und hier diskutieren. Wenn wir wissen, dass von 3,2 Millionen unselbstständig Erwerbstätigen 500.000 beschäftigte Österreicherinnen und Österreicher bereits regelmäßig am Sonntag arbeiten müssen und wir wissen, dass ihre Arbeit für die Gesellschaft unverzichtbar ist, dann wäre es wohl oberstes Gebot, ihnen einmal den Dank auszusprechen, ob sie jetzt im öffentlichen Verkehr oder im Spital oder sonstwo arbeiten. Ich glaube, diesen Dank müsste man jenen aussprechen, die am Sonntag arbeiten müssen. (Beifall bei der SPÖ.) Auch wenn es diese Situation gibt, muss die Sonntagsarbeit als eine Ausnahmeregelung bleiben und nicht ständig dann zu sagen, dass auf Grund der Diskussion in den Arbeitskammern, in den Gewerkschaften, quer durch alle Fraktionen, hier sind wir uns ja einig. Es geht letztendlich um das Leid der Beschäftigten, die auf Grund der Aufforderung auch die Sonntagsarbeit, speziell in Bezug auf Landesausstellungen in der Steiermark, zu leisten haben – für Graz wurde das sehr wohl eingeschränkt. Ich kann Ihnen das Beispiel von Knittelfeld sagen, weil dort haben wir es nicht gehabt. Liebe Kollegen der FCG, vom ÖAAB eine Frage: Wo waren Sie, als in Knittelfeld beim Billa am Sonntag aufgesperrt wurde, wo sich die sozialdemokratischen Gewerkschafter dorthin gestellt und mit den Leuten diskutiert haben? Ich hoffe, das ist im Protokoll nachzulesen, weil über das wurde im Haus schon einmal berichtet. Es war eine Schande, dass man dort von der örtlichen Geschäftsführung die Leute geködert hat, weil da haben die halben nur ein Packerl Klopapier gekauft. Es ist zum Lachen, aber es ist purer Ernst. Es war beschämend, was sich dort abgespielt hat. Dort habe ich keinen von der FCG gesehen. Wir sollen uns auch dementsprechend im Klaren sein, dass diese Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ja für die betroffenen Beschäftigten in der weiteren Folge das ganze System aufweicht. Denn was macht eine allein stehende Frau, die im Handel beschäftigt ist und am Sonntag arbeiten muss oder in der Nacht länger arbeiten muss? Was macht die mit ihren Kindern, wenn sie niemand hat? Der Kindergarten sperrt zu. Wir haben schon die Probleme, dass an Feiertagen oder bei sonstigen Angelegenheiten, wenn ein Feiertag ist, kein Kindergarten offen hat. Die Leute haben die größten Probleme, ihre Kinder unterzubringen. Daher kann das für uns gemeinsam nur sein, für Profitgier darf der Sonntag nicht aufgemacht werden, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn der Kollege Kasic – ich habe nämlich irrsinnig spannend auf seinen Beitrag gewartet – sich da herstellt, ich muss sagen, ich muss dich bewundern, du hast deinem eigenen Minister eine aufgelegt, dass es nur so geraucht hat. Ich habe es so empfunden. Wenn alle da hergehen und in der Steiermark so reden, dann bitte ich euch, nehmt Einfluss in Wien beim Minister Bartenstein, der ist ja auch ÖVP-Parteiohnbmannstellvertreter, der kann doch nicht in Graz, in der Steiermark, so reden und in Wien handelt er anders. Da seid ihr aufgerufen, ihn einmal zur Raison zu bringen, nicht die Sozialdemokraten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn ich mir die Handlungen in der Regierung anschau, dann ist das der totale Widerspruch. Ich möchte nur vermerken auf meine erste Feststellung bezüglich meines Religionslehrers. Und wenn der Kollege Bacher – mein Freund, ich schätze ihn sehr, neben der Politik gibt es auch eine private Sphäre, die muss man sich immer aufrechterhalten –, aber du weißt ganz genau, in der Frage 1000 Euro, herzugehen und die Sozialdemokraten zu beschimpfen und zu sagen, ihr geht nicht mit – weißt du, was ich dir jetzt sage? Seit 1975 habe ich die Ehre, für meine Gewerkschaft Kollektivverträge mitzuverhandeln. Wir sind jetzt Gott sei Dank schon bei 15.870 Schilling Mindestlohn. Wir haben bei uns – ohne Abwertung – eine Frau, die nur als Aufräumerin beschäftigt ist mit diesem Mindestlohn. Ihr redet nur und fordert, helft mit bei den Verhandlungen, macht euren Unternehmern die Situation klar, dass die im Textilbereich und überall auch so viel verdienen, wie ihr fordert, dort seid ihr still, dort traut ihr euch nichts einbringen, da geht ihr her und macht eine Publicity und umsetzen tut ihr nichts. (Beifall bei der SPÖ.)

Das haben wir in der Kammer schon lange diskutiert, 1000 Euro sind auch schon zu wenig. Ihr müsst euch anpassen, ihr müsst einmal schauen, wie die Situation tatsächlich ist. Und wenn alle so groß reden, dann muss ich euch auch noch sagen, dort, wo ihr, wo die FCG Betriebsräte, Funktionäre sind, im Handel und überall haben wir ja auch welche, schaut einmal rein, wie es dort aussieht. Soll ich euch was sagen, eine Verwandte von mir, meine Schwester arbeitet im Citypark. Die traut sich nicht einmal in Krankenstand zu gehen bei zwei Kindern, weil man rausfliegt, wenn man länger krank ist, oder es wird sowieso gleich ausgetauscht, weil da heißt es, da stehen manch andere draußen. 400 Stunden jährlich müssen die im Handel gratis arbeiten, das ist schon angeschnitten worden, vor- und nachher teilweise arbeiten ohne Zahlung. Meine Damen und Herren, da sind wir aufgerufen, etwas zu tun. Und wenn ihr alle alles ernst nehmt, was ihr da gesagt habt – für uns ist es ernst – dann bitte ich euch uns zu unterstützen, und die Frau Landeshauptmann hat es in der Hand, dann

fordere ich euch auf, dass wir gemeinsam verlangen, dass der sonntagsfreie Tag in die Landesverfassung kommt. Diese Möglichkeit besteht, dann haben wir das Problem weg. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 10.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (10.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich glaube, zum Thema „Sonntagsarbeit“ hat sich gerade die Frau Landeshauptmann oft genug zu Wort gemeldet, da müssen keine Aufforderungen an sie ergehen. (Abg. Gennaro: „In die Landesverfassung geben!“) Aber nun zu diesem Tagesordnungspunkt, wo ich ebenfalls sehr, sehr erfreut bin, dass wir alle gemeinsam einer Meinung sind, dass wir gegen diese Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten auftreten wollen. Ich habe vor kurzem in einer Tageszeitung gelesen, dass jene, die sich gegen die geplante Erweiterung dieser Ladenöffnungszeiten aussprechen, sinngemäß als solche bezeichnet wurden, die Österreich weiter in der Steinzeit sehen wollen. Ich glaube, mit Fug und Recht, wenn wir um uns schauen, Österreich befindet sich wirklich nicht in der Steinzeit und auch das Schlusslicht – wie der Abgeordnete Kasic gesagt hat – stimmt nicht. Wohl aber befürchte ich, dass wir, was die Familienstrukturen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anlangt, was die Situation vor allem von Frauen anlangt, dass wir uns hier sehr wohl zurückbewegen und eine Verschlechterung erwarten müssen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen und es ist vieles schon angesprochen worden, was von mir nur verstärkt werden kann, wo gibt es die Notwendigkeit, dass wir rund um die Uhr einkaufen gehen müssen? Ist das tatsächlich – die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat es angesprochen – erhoben worden? Es gibt eine Studie der Arbeiterkammer, wo 90 Prozent der Konsumenten mit den vorhandenen gesetzlich geregelten Öffnungszeiten einverstanden sind und das Auslangen finden. Also wieso müssen wir dann tatsächlich in die Morgen- und Nachtstunden hineingehen, denn selbst in Tourismusgebieten sind diese Öffnungszeiten ausreichend.

Das heißt, wenn wir uns genau anschauen, wie viele Gruppen – und zwar große und einflussreiche Gruppen –, ob es nun die Wirtschaftskammer ist, die Handelsangestellten, die Familienverbände, auch die Gewerkschaften und die Kirchen, sie alle wollen diese Regelung nicht. Das heißt, wenn wir uns gemeinsam dagegen stellen, dann wird sie hoffentlich auch nicht kommen. Noch einmal, ich bemühe mich seit vielen, vielen Jahren – und die steirische Frauenbewegung mit mir gemeinsam bemühen wir uns darum –, dass es zu besserer Vereinbarkeit von Frau, Beruf, Familie kommt. Ja, wo soll denn diese bessere Vereinbarkeit möglich sein, wo sollen familienfreundlichere Arbeitszeiten möglich sein, wenn dann solche Maßnahmen beschlossen werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht jener, die diese Wünsche seit Jahren vertreten und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass da in irgendeiner Weise die Frauen jene sind, die davon profitieren. Ganz im Gegenteil, sie bezahlen die Zeche auf verschiedenen Ebenen. Sollte die Nahversorgung – und das ist zu befürchten – weiterhin eingeschränkt werden, dann sind es wieder alte Frauen, die ohne Autos dastehen, es sind junge Frauen mit kleinen Kindern, die ohne Autos dastehen, die die Rechnung dafür bezahlen müssen. Ich denke an die vielen tausenden Frauen, die als Handelsangestellte angestellt sind, wir haben gehört, drei Viertel sind Frauen, die dann noch mehr unter Druck kommen, als sie es ohnehin schon sind. Es ist angesprochen worden. Woher sollen sie denn die Kinderbetreuungsmöglichkeiten bekommen in der Früh oder in den Abendstunden? Und ich schaue mir die Bürgermeister und die Gemeinden an, die dann zu diesen Zeiten Einrichtungen zur Verfügung stellen sollen. Der Verkehr ist angesprochen. Auch die öffentlichen Verkehrsmittel würden hier gewaltig unter Druck kommen beziehungsweise es gäbe die Angebote nicht. Und noch einmal, immer wieder sind es in erster Linie die Frauen, die hier die Leidtragenden sind, die die Verliererinnen sind. Und wenn die Vor- und Abschlussarbeiten – so heißen sie – in erster Linie und hauptsächlich von Frauen durchgeführt werden in diesen Supermärkten, dann, glaube ich, ist es höchst an der Zeit, dass die Gewerkschaften und die Betriebsräte gemeinsam auftreten und das abstellen oder hier Vereinbarungen finden, dass das auch finanziell abgegolten und bezahlt wird. Insgesamt bin ich für eine Verstärkung all dessen, was bereits gesagt wurde, diejenigen, die die großen Verliererinnen bei dieser Regelung wären, sind die Frauen und wir können in keinem Fall zustimmen, dass eine solche Regelung kommt. (Beifall bei der ÖVP. – 10.48 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir vor. Gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (10.48 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Herren Landesräte, liebe Besucher!

Ich muss mich zu Wort melden, weil die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek heute vom Finanzminister Humanität eingefordert beziehungsweise eingemahnt hat. Das ist für mich nicht glaubwürdig, und zwar deshalb nicht glaubwürdig, weil die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten eine familienpolitische Maßnahme zum Nachteil ist. Das haben heute und hier alle Fraktionen in der Diskussion festgestellt, was Frauen betrifft, ihre Arbeitszeiten und so weiter. Und deshalb haben Finanzminister Grassler und die „Bundesregierung neu“ das Kinderbetreuungsgeld als familienpolitisch wichtige zukunftsorientierte Maßnahmen gegen den Willen der SPÖ und

der Grünen eingeführt – gegen den Willen als familienpolitische Maßnahme. (Beifall bei der FPÖ.) Sich deshalb heute und hier über den Finanzminister zu beklagen und die familienpolitisch wichtigen Maßnahmen für die Zukunft einzufordern, das steht für mich im Widerspruch. Das wollte ich hier nur feststellen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (10.50 Uhr): Ich wollte mich eigentlich nicht zu Wort melden. Sie haben mich aber herausgefordert. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn Sie dieses Kindergeld als die „große Maßnahme“ darstellen, dann bin ich sehr froh, dass wir dagegengestimmt haben. Ich sage Ihnen etwas: Genau diese Maßnahme bindet die Frauen zurück an den Herd, und das ist ein Rückschritt in die Vergangenheit. (Beifall bei der SPÖ.) Ich sage Ihnen auch, wie sozial Ihre Maßnahme ist. Ein Beispiel: Eine Frau verdient 15.000 Schilling und ein Mann verdient 15.000 Schilling. Zusammen haben beide 30.000 Schilling. Geht die Frau auf Karenz, hat sie 6000 Schilling und sie haben zusammen ein Familieneinkommen von 21.000 Schilling. Eine andere Familie, die wahrscheinlich zu dem von Ihnen vertretenen Klientel zählt: dort verdient der Mann 30.000 Schilling. Die Frau braucht nicht arbeiten zu gehen, weil sie es sich finanziell leisten können. Jetzt bekommt sie mit ihrem Kindergeld plötzlich 6000 Schilling und diese Familie hat dann 36.000 Schilling netto zur Verfügung. Da frage ich mich, ist das sozial gerecht? Kehren Sie bitte in sich. (Beifall bei der SPÖ. – 10.51 Uhr.)

Präsident: Weiters hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.51 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Da sieht man wieder einmal, was passiert, wenn in der Steiermark sich Abgeordnete vollmundig zu Themen zu Wort melden, wo die wahre Macht und Kompetenz eigentlich bei ihren Kollegen im Bund sind. Frau Kollegin Graf, wenn Sie sich anschauen, wie die freiheitliche Partei in der Koalition mit der ÖVP im letzten Jahr „gefuhrwerkt“ hat, Budgets erstellt hat, Sozialleistungen reduziert hat und ganz bewusst eine Politik gemacht hat, die Frauen das Leben in der Steiermark und in Österreich zunehmend schwerer macht, dann verstehe ich nicht, wie Sie hier herauskommen und genau diesen Finanzminister würdigen können. (Beifall bei der SPÖ.) Und, wo ich einfach die ÖVP nicht verstehe: Die ÖVP ist eine Partei, die immer den Föderalismus hochhält. Die ÖVP lässt sich gleichzeitig gefallen, dass durch diese Bundesregierung sozialpolitische Maßnahmen und Maßnahmen der Integration beziehungsweise Möglichkeiten, ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu führen, immer mehr verländert werden. In zwei oder drei Wochen werden wir hier einen Budgetlandtag haben, wo uns Finanzlandesrat Paierl erklären wird, dass das Budget unglaublich eng ist, dass er ganz wenig Spielräume hat und dass er alle anderen Kollegen und Kolleginnen in der Regierung auffordert, zu kürzen. Das ist auch ein Ausdruck von genau den Vorgaben, die diese Bundesregierung budgetpolitisch macht. Ein letzter abschließender Satz noch zur Sozialdemokratie: Die Situation, die wir jetzt haben, dass zum Beispiel das Frauenvolksbegehren nicht umgesetzt wurde, das wäre höchst relevant gewesen, hängt auch damit zusammen, dass innerhalb der SPÖ eine Frauenpolitik, die feministisch ausgerichtet ist, einfach jahrzehntelang keinen Stellenwert gehabt hat. (Abg. Dr. Reinprecht: „Jahrzehntelang ist übertrieben!“) Da hoffe ich, dass die SPÖ vielleicht jetzt in der Oppositionsrolle bei diesen Themen mehr Temperament entwickelt, auch in einer besseren Kooperation mit Teilen der Gewerkschaft, als sie es in den letzten Jahrzehnten in der Regierung gemacht hat. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bleckmann (10.54 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Landesräte und Präsidenten!

Zuerst zur Frau Kollegin Zitz, die meint, dass die FPÖ hier gefuhrwerkt hat. Die, die bei den letzten Budgets der letzten Jahre gefuhrwerkt haben, das wissen Sie genauso gut wie ich, war die Sozialdemokratie. Es waren die Kollegen im Bund, die so ein Budget zustande gebracht haben, dass es dem ganzen Land budgetmäßig wirklich schlecht geht. Auch Sie, liebe Frau Kollegin Zitz, hätten, wenn diese Schulden nicht gemacht worden wären, 7000 Schilling mehr pro Monat. Und das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass das in den letzten Jahrzehnten passiert ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie sagen, den Frauen wird das Leben erschwert, dann frage ich Sie, was haben Sie in den letzten 30 Jahren geschafft, um es den Frauen zu erleichtern? Was haben Sie denn für Maßnahmen gesetzt? (Unruhe bei der SPÖ.) Die absolute Mehrheit habt ihr jetzt ja in Wien. Dort könnt ihr zeigen, was ihr für tolle Maßnahmen setzt. Was nämlich vergessen wurde, ist, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist und dass ihr nur mit der Verunsicherung gearbeitet habt. Ihr habt jetzt die absolute Mehrheit in Wien. Ihr könnt zeigen, wie toll und wie super ihr das macht. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Nur weiter den Wähler belügen!“) Das, was die Freiheitlichen machen, und das tut euch halt weh, dass wir jetzt das Kinderbetreuungsgeld einführen. Wenn Sie jetzt sagen, Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa, dass das jetzt heißt, die Frauen zurück an den Herd, dann haben Sie das System nicht verstanden beziehungsweise Sie wollen es nicht verstehen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Und da brauchen wir Ihre Erklärung zum Sozialsystem!“) Mit einer Zuverdienstgrenze von 200.000 Schilling ist es auch den Frauen möglich, hier einerseits die Kinderbetreuung zu finanzieren und andererseits auch zu arbeiten. Denn das, was wir wollen, ist die Wahlmöglichkeit für die Frauen. (Beifall bei der FPÖ.) Das ist das, was wir wollen. Was Sie wollen,

ist, die Kinder von klein auf in die Kinderkrippe, dann in den Kindergarten und dann am besten noch in Ihre Institutionen zu geben, damit Sie sie von Anfang an indoktrinieren können. Das ist das, was Sie sich vorstellen. (Abg. Gennaro: „Wo haben Sie Ihr Kind, während Sie hier reden?“) Wir wollen lieber, dass die Kinder bei ihren Familien sein können – das ist der Unterschied. Die Frauen sollen selbst entscheiden können. Das ist das, was Sie nicht wollen. (Abg. Gennaro: „Bleiben Sie bei der Realität!“) Sie wollen nicht, dass irgendjemand selbst entscheiden kann, wie und was er tut. Sie wollen, dass der Staat von der Wiege bis zur Bahre alles entscheidet und macht. Das ist das, was Sie wollen. Wer schaut auf die Kinder? Mit dem Kinderbetreuungsscheck können sich sehr wohl die Mütter dann um ihre Kinder kümmern, weil es sehr viele gibt, die sagen (Abg. Gennaro: „Wer schaut auf Ihr Kind?“), für 6000 Schilling möchte ich auch gerne zu Hause bleiben. (Abg. Gennaro: „Daher bleiben Sie nicht daheim um 6000 Schilling!“) Rede einmal mit den Frauen bei Billa, lieber Kollege Gennaro. Die sagen, wenn sie jetzt, nach den eineinhalb Jahren Karenzgeld, auch noch anschließend eineinhalb Jahre Kinderbetreuungsgeld bekommen, das ist nämlich das, was die Regierung jetzt gemacht hat, das Karenzgeld ausgedehnt auf drei Jahre, was Sie von zwei auf eineinhalb Jahre reduziert haben, ist jetzt ausgedehnt worden auf drei Jahre, das hat die Regierung nämlich gemacht (Beifall bei der FPÖ.), dann bleibe ich noch länger zu Hause. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Das ist supersozial!“) Ja, das ist supersozial. Das ist endlich eine Familienleistung, die auch den Familien zugute kommt. Das ist die Leistung, die wir hier wollen. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Weder hat der Jörgi jetzt gelogen oder Sie!“) Wenn Sie jetzt die Frauen ansprechen, und das ist mir wichtig, die vielleicht einen Mann haben, der mehr Geld verdient, dann schauen Sie sich doch diese Frauen an bei den heutigen Scheidungsraten. Wie viele Fälle gibt es dann, wo diese Frauen nach einer Scheidung vor dem Nichts stehen. Mit den 6000 Schilling können sie jetzt ihre eigene Pensionsvorsorge treffen. (Heiterkeit bei der SPÖ.) Da lacht die Frau Reinprecht. Kennen Sie solche Fälle nicht? Sie wissen vielleicht nicht, dass davon 250 Schilling für eine eigene Pensionsvorsorge hineingezahlt werden. Das wissen Sie wahrscheinlich nicht, weil Sie sich damit nicht beschäftigt haben, weil Sie es nicht wissen wollen. 250 Schilling pro Monat werden in die eigene Pensionsvorsorge eingezahlt. Das ist eine Erleichterung für die Frauen. Das sind Maßnahmen, die getroffen werden, damit es den Frauen besser geht, damit verbesserte Maßnahmen getroffen werden. Das heißt nicht „zurück an den Herd“. Das ist mir nämlich wirklich auch wichtig, dass das auch einmal gesagt wird. Es heißt damit nicht „zurück an den Herd“, denn jetzt gibt es die echte Wahlmöglichkeit für Frauen, sich zu entscheiden, ob sie zu Hause bleiben oder nicht. Wenn sie nicht zu Hause bleiben, haben sie die Möglichkeit, jetzt 200.000 Schilling dazuzuverdienen. Das gab es unter Ihrer Regierung nicht. Sie hatten diese Möglichkeit nicht vorgesehen. Es ist wichtig, dass Sie sich mit diesem System wirklich auseinander setzen und beschäftigen und nicht nur immer alles verteufeln, was von anderen kommt. Das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch. (Beifall bei der FPÖ. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Er ist am Wort.

Landesrat Dr. Flecker (10.59 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Tagesordnung ist auch zu entnehmen, dass ich in der Steiermark das zuständige Regierungsmitglied bin und als solches kann ich sagen, meine Kompetenz läge nur darin, Ausweitungen von Ladenöffnungszeiten zu genehmigen, was ich mit Sicherheit nicht tun werde. Ich habe so den Eindruck, dass nicht ganz bekannt ist in diesem Haus, warum Sie sich heute überhaupt damit befassen. Weil das, was diese Anträge sagen, ist ja nichts anderes als eine Defensive gegen das, was die Bundesregierung will. Also in Wirklichkeit – und das ist ja eigentlich sehr erfreulich – richtet sich diese Debatte gegen diese Bundesregierung, in der bekanntlich zwei Parteien sitzen. Erfreulich wenn man von der Steiermark her sagt, wir wollen das nicht. Wie Sie allerdings bei einer namentlichen Abstimmung eines derartigen Antrages im Nationalrat dazu stehen werden, wird eine andere Frage sein. Aber es lässt sich so etwas ja evaluieren, wie man in der Steiermark Alibihandlungen in Richtung Protest setzt und in Wien anders agiert. (Abg. Stöhrmann: „Steiermark ist Kärnten näher!“)

Und zur Frage, weil es mich auch betrifft, die Frage des Kindergeldes. Frau Kollegin Bleckmann, Sie haben jetzt sehr viel Lärm um wenig Inhalt gemacht. (Dr. Bleckmann: „Das meinen Sie. Ich glaube, dass das eine wichtige Maßnahme ist, die hier gemacht wurde!“) Ich meine, über dieses Thema ist leidlich viel gesagt worden. Aber wenn Sie letztlich jene Fragen im Blickwinkel haben, die Sie verteidigen wollen mit Ihrem Antrag gegen eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, wie Sie der Herr Bundesminister Bartenstein will, dann würde ich an Ihrer Stelle wirklich eher eine Initiative starten, erziehungsfreundliche Arbeitszeiten einzuführen und nicht diesen Weg marschieren (Abg. Dr. Bleckmann: „Machen wir das doch gemeinsam!“) und ein Kindergeld, wie das geplant ist, schafft überhaupt nicht irgendeine Wahlmöglichkeit. Weil die Frau, die arbeiten gehen muss und die Frau, die arbeiten gehen will, die müssen beide möglichst schnell wieder zurück in den Beruf. Und tun Sie doch nicht so, als seien Kinderbetreuungseinrichtungen Depots. Sie reden den Müttern ein schlechtes Gewissen ein, wenn Sie Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen geben. (Abg. Wiedner: „Sehen Sie doch die Auswirkungen in der Gesellschaft!“) In Wirklichkeit, damit Sie das alles verstehen lernen und wenn Sie einmal zum Kindergartenwesen diskutieren, damit Sie auch wissen, worüber Sie reden (Abg. Wiedner: „Das wissen wir schon!“), das sind Einrichtungen, die von Profis geführt werden und (Abg. Dr. Bleckmann: „Ach so, und Mütter sind keine Profis?“) – hören Sie mir zuerst zu, ich rede jetzt von Kinderbetreuungseinrichtungen – das sind Einrichtungen, die von Profis geführt werden und die Erziehung für kleine Menschen auch machen. Tun Sie bitte nicht Kinderbetreuungseinrichtungen diskriminieren. Und das ist Ihr Weg. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Tun Sie nicht Eltern diskriminieren!“) Frauen ein schlechtes Gewissen einreden und Sie zu diskriminieren! (Dr. Bleckmann: „Was ist denn die beste Betreuung in Ihren Augen?“) Und wenn diese Regierung und Ihre Partei und die ÖVP tatsächlich was für diese Frauen tun wollen, dann verhindern Sie in erster Linie, dass Vollarbeitszeiten so

geteilt werden, dass die Frauen nur zehn Stunden in der Woche arbeiten müssen auf Abruf im Handel, tun Sie da etwas dagegen in Ihrem neoliberalistischen Wahn. (Dr. Bleckmann: „Sie hätten 30 Jahre lang etwas tun können und haben nichts geschafft!“) Ist nicht vorwiegend an die FPÖ gerichtet und tun Sie etwas dafür, dass diese Frauen einen ordentlichen Job bekommen, dass der Handel wieder ordentlich arbeitszeitmäßig geregelt wird und tun Sie nicht das Kindergeld, das nichts anderes als ein Bestechungsgeld in Richtung Daheimbleiben ist, tun Sie das nicht da als die Lösung irgendeines sozialen Problems darstellen. Um das geht es nicht. (Beifall bei der SPÖ. – 11.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (11.04 Uhr): Ja, wie schon so oft in diesem Haus muss ich feststellen, je demagogischer die Argumente, umso lautstärker wird die Stimmlage. (Landesrat Dipl.-Ing. Schlögl: „Sogar von der Regierungsbank!“) Frau Mag. Bleckmann, inzwischen Frau Dr. Bleckmann, wenn Sie glauben, es sei eine Lösung für die vielen Frauen, die in Scheidung leben oder geschieden sind, dass sie drei Jahre lang 250 Schilling Pensionsbeitrag zahlen können und dann auch irgendwann auf eine Pension kommen, von der sie auch leben können, dann frage ich Sie, wie viele Kinder muss eine Frau überhaupt bekommen? Zehn oder 15 oder gar 20? (Abg. Dr. Bleckmann: „Dann rechnen Sie einmal nach!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl: „Das ist keine Demagogie!“) Was die Zuverdienstgrenze anbelangt von 200 Schilling, ist dazu zu sagen, dass wir ursprünglich das Karenzgeld eingeführt haben, damit ein Elternteil beim Kind zu Hause bleiben kann (Abg. Dr. Bleckmann: „Ja, und dann ist es reduziert worden vor zwei oder eineinhalb Jahren!“) und nicht damit es dazuverdienen kann. Außerdem ist es auch wieder nur eine Möglichkeit für die Privilegierten, weil in jener Zeit, wo man dazuverdient, muss man für eine Kinderbetreuung sorgen, die man sich auch leisten können muss. Also ist auch das Demagogie, wenn Sie so argumentieren.

Der nächste Punkt ist, natürlich ist dieses Kindergeld für all jene ein Geschenk, das gerne angenommen wird, die ohnehin nicht berufstätig sind oder für Bäuerinnen, die natürlich auch schwer arbeiten, aber eben häuslich beschäftigt sind, für Studentinnen et cetera. (Abg. Riebenbauer: „Ein Geschenk für Bäuerinnen!“) Aber für jene Frauen, die berufstätig sind und normal verdienen, ist das einfach zu wenig. Da müsste das Karenzgeld so hoch sein, dass sie auch trotz Karenz davon leben können, ihre Miete zahlen können, ihren Pensionsbeitrag zahlen können. (Abg. Dr. Bleckmann: „Das hätten Sie schon machen können. Warum haben Sie das nicht gemacht? Warum hat Ihre Regierung das nicht gemacht?“) Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben immer davor gewarnt, eine Versicherungsleistung, auf die man einen Rechtsanspruch hat, in eine allgemeine Sozialleistung umzuwandeln. War schon das Karenzgeld auf Grund bestimmter ideologischer Vorbehalte Spielball der Politik, wird es dieses Kindergeld viel mehr sein. (Abg. Dr. Bleckmann: „Aus Ihren Reihen kommt das!“) Heute hört man wieder die Stimmen auch aus Ihren Reihen, besonders aus Ihren Reihen, das sei ja nicht finanzierbar und wir werden sehen, wie lange sich das halten wird und wie lange es dauern wird, bis die Frauen tatsächlich nur mehr ein Almosen bekommen. Und was die Schuldenpolitik anbelangt, Frau Mag. Bleckmann, Sie sollten sich vielleicht ein bisschen mit Wirtschaftspolitik beschäftigen (Abg. Dr. Bleckmann: „Das habe ich fünf Jahre lang auch getan!“ – Abg. Wiedner: „Das sind Sie ja sehr versiert in der Wirtschaftspolitik!“), auch mit internationaler Finanzpolitik. Ich bin alt genug, um zu wissen, wie Österreich vor 30 Jahren ausgesehen hat und ich weiß, wie jetzt Österreich aussieht. Österreich ist ein Schmuckstück in Europa und das haben wir finanziert. (Beifall bei der SPÖ. – 11.07 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Hermann Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Schützenhöfer (11.08 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Dr. Flecker, insbesondere das, was er zum Schluss gesagt hat, veranlasst mich Sie doch zu bitten, dass wir bei aller Emotion der Debatte den Klassenkampf nicht ganz auferstehen lassen. Ich weise in aller Form zurück, dass das Kindergeld ein Bestechungsgeld ist. In aller Form weise ich das zurück. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wenn Sie an Sachargumenten interessiert sind, darf ich Ihnen aus meiner Sicht sagen, das Kindergeld und insbesondere die Zuverdienstgrenze (Abg. Stöhrmann: „Die erhöht werden soll!“) ist gerade für sozial Schwächere, ist gerade für kleinere Verdiener ein Meilenstein. Und deshalb habe ich dieses Kindergeld und habe ich diese Zuverdienstgrenze auch begrüßt. Es bleibt offen für mich die Frage, ob in Bezug des Kündigungsschutzes tatsächlich die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie für die Frau ab einer bestimmten Einkommensgrenze – muss man hinzufügen – gegeben ist. Das ist eine offene Flanke. In der Summe ist das, was die Bundesregierung und das Parlament in Bezug auf Kindergeld und Zuverdienst gemacht haben, eine wichtige Errungenschaft, auf die wir lange gewartet haben und die wir nicht mit allem Krampf schlecht machen sollten.

Der zweite Punkt: Ich nehme sehr zur Kenntnis, was hier alles auch zum Thema Mindestlohn gesagt wurde. Ich nehme für mich nicht in Anspruch, da der Erste gewesen zu sein. Ich freue mich, Kollege Gennaro, dass du seit 1975 in dieser Sache in der Metallergewerkschaft kämpfst und dass ihr einen Schritt weiter seid als viele andere. Ich habe das erstmals 1984 gefordert und ich hoffe auch du weißt, dass der damalige und heutige Präsident des ÖGB, Fritz Verzetnitsch, 1989 noch den Mindestlohn abgelehnt hat und dass es österreichweit 1990 Heinz Fischer als Erster war, kurz vor Wahlen, es waren damals Nationalratswahlen, der gemeint hat, so etwas

sollte man im Sinne der Gerechtigkeit für die kleineren Verdiener einführen. Es hat ein weiteres nahezu Jahrzehnt gedauert, bis der ÖGB auf seinem letzten Bundeskongress diese Forderung der Christgewerkschafter übernommen hat. Aber was solls. Wichtig ist, meine Damen und Herren, dass wir in diesem Land, das nach wie vor ein hoch entwickelter Industrie- und Wohlfahrtsstaat ist, in dem wir im Sinne der Neidgesellschaft ununterbrochen darüber diskutieren, wer zu viel verdient und wer welche Abfertigung nicht verdient und, und, und, die Debatte fraktionsübergreifend führen: Wo hört beim Lohn die Grenze nach unten auf. Wo ist ein Lohn nicht mehr menschenwürdig. Ich lasse mir gerne gefallen, von links und von rechts, von oben und von unten, dass man sich hier nur zögernd durchsetzt. Ich sage Ihnen, und das ist meine Grundüberzeugung, in einer Zeit, in der wir Beschäftigungsrekorde haben, möchte ich es persönlich, der ich wie Sie auch eine Stimme in der Politik habe und bin, nicht zulassen, dass wir über jene wachsende Minderheit nicht reden, die in keiner Statistik vorkommt, die aber den Schilling dreimal umdrehen muss, bevor sie ihn einmal ausgibt. Gerade auch deshalb ist die Debatte über einen Mindestlohn, ob das nun 1000 Euro oder, so wie du sagst, schon mehr sind, wichtig. Dem Grunde nach ist es aber das Entscheidende, dass wir darüber reden. Es hat lange genug gedauert, bis der ÖGB bereit war, von den prozentualen zu den Sockelerhöhungen, die die Kleinen gestützt haben, gekommen ist. Auch das war eine Forderung von uns. Ich bin nicht bereit und ich war nie bereit zu sagen, Wirtschaft zahle. Die Wirtschaft muss zahlen können. Es gibt Branchen, wo das fast nicht möglich ist. Daher habe ich ein Modell des Mindestlohnes vorgeschlagen, das auch den Unternehmer überleben lässt, weil es auch dem Staat als Ganzes im Modell einbezieht und ich meine insbesondere, dass es nicht eine Frage des Gesetzes, sondern eine Frage etwa eines Generalkollektivvertrages ist, einen Mindestlohn Berufsgruppen übergreifend einzuführen. Auch wenn wir uns heute das eine oder andere hier vorgeworfen haben, ein bisschen freut es mich schon, dass wir schon vor Jahren hier im Landtag diesbezüglich einen einstimmigen Beschluss gefasst haben und dass wir das heute auch in einer Frage tun, wo gerade meine Fraktion auch auf der Bundesebene andere Gegebenheiten vorfindet. Ein Beschluss des Landtages oder ein Entschließungsantrag eines Landtages oder die Annahme eines Antrages bewirkt nicht, dass das, was wir wollen, in Kraft tritt. Aber es ist allemal ein wichtiges Zeichen, egal welche Bundesregierung auch immer am Werk ist, und da hat sich in Bezug auf den Ladenschluss zur letzten Bundesregierung gar nichts geändert, aber tun Sie nicht so, als hätte sich da das Rad anders gedreht. Wichtig für die Steiermark und auch für die Regierung in Wien ist, wenn der Landtag zu bestimmten Fragen eine eindeutige Erklärung abgibt. Davon dürfen wir schon auch jetzt noch ausgehen. Je mehr es uns gelingt, das auch geschlossen darzustellen, umso mehr wird es auch möglich sein, dass man sich durchsetzt. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 11.15 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung kommt von der Frau Abgeordneten Lechner-Sonnek. Es scheint vorläufig die Letzte zu sein. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Kindergeld: Wenn es keinen Kündigungsschutz für den gesamten Zeitraum gibt, in dem eine Frau Kindergeld bezieht, kann man nicht von Sicherheit, von Absicherung reden. Das ist eine sehr fadenscheinige und trügerische Sicherheit und in Wirklichkeit ist das Augenauswischerei. Finanzminister Grassler wünscht sich darüber hinaus, dass sich die Länder an den Kosten dieses Kinderbetreuungsschecks beteiligen mögen. Das halte ich für eine äußerst bedrohliche Ansage, denn das wäre ein Schlag in das Gesicht der Kinderbetreuungseinrichtungen. Es ist ganz klar, dass es die Mittel nicht doppelt gibt. Es ist ganz klar, dass sie von dort abgezogen werden würden. Das heißt, dass sich jeder Pfarrkindergarten, Magistratskindergarten, privater Kindergarten, aber auch die Tagesmütter, darauf einrichten müssten, dass nicht mehr so viele Mittel wie bisher zur Verfügung stehen. Mir ist eines ganz wichtig, was ich hier noch ausräumen möchte: Es wird hier immer so getan, als würden Kinderbetreuungseinrichtungen in Wirklichkeit ein Notnagel sein, etwas, was man halt nehmen muss, wenn man selber nicht will oder nicht kann, nämlich die eigenen Kinder betreuen. Ich halte Kinderbetreuungseinrichtungen für eine ganz wichtige Vorbereitung unserer Kinder auf ein Leben in der Gemeinschaft (Beifall bei der SPÖ.), wie es in der Schule zum Tragen kommt und wie es später in Politik, Wirtschaft und am Arbeitsplatz zum Tragen kommt. Dafür wünsche ich mir hoch qualifizierte Kinderbetreuungseinrichtungen und dafür stehe ich jederzeit gerade, dass auch Mittel dafür verwendet werden sollen. Zum heutigen Antrag, der vorliegt, kann ich Ihnen eine erfreuliche Mitteilung machen: Wenn die Nationalratsabgeordneten aus der Steiermark von ÖVP und FPÖ im Sinne ihrer Wortmeldungen mitstimmen beziehungsweise gegen einen Gesetzesantrag stimmen, der die Ladenschlusszeiten liberalisieren soll, dann hat dieser Antrag im Nationalrat keine Chance. Ich denke doch, dass man von Ihnen allen erwarten kann, dass Sie mit Ihren Nationalratsabgeordneten in diesem Sinn reden werden. Dasselbe trifft natürlich auch auf die Bundesräte aus der Steiermark zu, die dann gefragt sind, wenn der Nationalrat wirklich sich für solch eine Liberalisierung entscheiden würde, weil ihnen würde ein Vetorecht zustehen. Ich hoffe doch stark, dass man Ihre Wortmeldungen soweit ernst nehmen kann, dass Sie sie auch auf die nächste Ebene, auf die Nationalratsebene, weitergeben werden. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 11.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggli. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggli (11.18 Uhr): Hoher Landtag!

Ich habe jetzt dieser Debatte sehr aufmerksam zugehört. Ich muss schon den verzweifelten Versuchen der SPÖ-Fraktion, das Kindergeld herunterzuspielen, entgegenzutreten. (Abg. Stöhrmann: „Wir sind nicht verzweifelt!“) Für dich kommt es nicht mehr in Frage, denn deine Kinder sind wahrscheinlich draußen. Es sind hunderte

und tausende Frauen, die dieses Kindergeld mit Begeisterung aufnehmen. Ich bin überzeugt davon, dass es sich um eine familienpolitische Großtat handelt, und zwar eine Großtat, die sozialistische Sozialminister sicherlich nicht geschafft hätten. Ich sage nur drei Punkte dazu. Erstens ist es jene Großtat, die es ermöglicht, den Frauen bei voller Wahlfreiheit zuzuverdienen und sich ihren Familien zu widmen. Zweitens: Aus diesem Grund werden viele gesellschaftspolitische Probleme, die derzeit vorhanden sind und die darauf zurückzuführen sind, dass viele Kinder nicht diese Zuwendung und diese Betreuung haben können, wie es die Kinder und auch die Mütter erwarten würden, zutreffen. Und drittens ist es wirklich eine Chance für die Zukunft unseres Landes und für die Gesellschaft unseres Landes. Und das werden auch die Sozialdemokraten zur Kenntnis nehmen müssen und ich freue mich, dass es gelungen ist, dieses wichtige Projekt umzusetzen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.20 Uhr.)

Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Es waren 15 bis jetzt an der Zahl. Eine weitere Wortmeldung liegt somit also nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 200/1, der Abgeordneten Beutl, Hammerl und Tschernko, betreffend Schaffung einer Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger.

Berichterstatterin: Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (11.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seiner Sitzung am 27. März 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 200/1, der Abgeordneten Beutl, Hammerl und Tschernko, betreffend Schaffung einer Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst.

Da das Leben ein absolut unantastbares Gut bleiben soll, muss in Österreich alles getan werden, um den Schutz des Lebens und die Würde des Menschen vom Anfang bis zum Ende zu garantieren. Kürzlich hat die Caritas Wien im Zusammenhang mit der Diskussion zur Sterbebegleitung unter anderem Karenzierungsmöglichkeiten für die Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger gefordert. Denn so wie Eltern ihre Kinder in die Welt begleiten, sollen Kinder ihre Eltern hinausbegleiten dürfen. Immerhin werden über 70 Prozent der pflegebedürftigen Menschen von den Familien zu Hause betreut. Pflege bedeutet auf Grund der meist vorliegenden Schwere der degenerativen Krankheitsbilder und auf Grund der Dauer der Pflegebedürftigkeit eine besondere psychische und physische Belastung für die Pflegenden und deren Angehörigen.

Der Unterstützung dieser Pflegenden und Angehörigen muss in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, um weiterhin die familiären Betreuungsnetze sicherzustellen.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Karenzierungsmöglichkeit für die Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger sicherzustellen. (11.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammerl (11.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag „Schaffung einer Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger“ ist für die Zukunft für die nächsten Jahre ein ganz wichtiger. Die Humanität einer Gesellschaft bemisst sich besonders daran, wie sie mit den Menschen umgeht, deren Menschenwürde am meisten bedroht ist, weil ihnen die Handlungsmöglichkeiten weitgehend entzogen sind. In diese Gruppe, meine Damen und Herren, fallen die Sterbenden. Verstärkt in die Richtung der Gefährdung wirkt sich das gesellschaftliche Abschieben des Todes aus. Der Tod wird nicht als ein zum Leben in seinem Glück im wesentlichen Teil gesehen, sondern oft als etwas dem Leben Gegenüberstehendes und damit zu Bekämpfendes betrachtet. Es stimmt, meine Damen und Herren, dass wir alles tun müssen, um den frühzeitigen Tod zu verhindern. Ebenso notwendig ist es aber auch, den Tod in ein gelungenes Leben zu integrieren und so den unvermeidlichen Tod anzunehmen. Damit das geschehen kann, müssen gesellschaftliche Voraussetzungen geschaffen werden. Die Zeit schwerer Erkrankung und besonders die Zeit vor dem Sterben ist für viele Menschen vom Schmerz geprägt. Dabei ist es nicht nur der körperliche Schmerz, der hier zutage tritt, sondern auch die Verlassenheit, Einsamkeit, Hilflosigkeit und die Hoffnungslosigkeit, die den Schmerz noch steigern. Natürlich kann man das letzte Stück des Weges keinem Menschen abnehmen. Der Weg des Sterbens muss aber von jedem Menschen selbst gegangen werden. Aber eine Begleitung auf diesem Weg kann vieles von dem Schmerz leichter erträglich machen und einen wesentlichen Beitrag zu einem gelungenen Leben darstellen. Die Angst, allein in dieser schweren Stunde gehen zu müssen, belastete viele Menschen. Und aus dieser Angst heraus wird manchmal auch der Wunsch geäußert, dass mit dem Leben auch durch Tötung Schluss gemacht wird. Die Sterbebegleitung ist also eine sehr sensible Aufgabe, die man nicht so ohne weiteres bewältigen kann, sondern es bedarf einer Ausbildung und Begleitung, damit man richtig

begleiten kann. Das gilt besonders auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Medizin, die in manchen Fällen gestatten, den Prozess des Sterbens hinauszuziehen. Und auch wenn keine Aussicht auf Besserung mehr besteht und wodurch die medizinische Intervention die Kommunikationsfähigkeit der Menschen beeinträchtigt bis verunmöglicht wird, so dass humanisch Sterben dadurch erschwert wird. Der Ausweg der aktiven Sterbehilfe, der von manchen Seiten als Ausweg propagiert wird, ist aber – meine Damen und Herren – ein großer Irrweg. Es geht nicht um die aktive Sterbehilfe, sondern um aktive Sterbebegleitung. Wie Untersuchungen zeigen, verstummt der Wunsch nach einer aktiven Sterbehilfe meist, wenn eine gelungene Sterbebegleitung, die der Vermenschlichung des Lebens in extremen Situationen dient, angeboten werden kann. Ziel der Hospizbewegung, die von England ihren Ausgang nahm und in der Steiermark bereits Fuß gefasst hat, ist, eine solche Begleitung anzubieten, die die Phase des Lebens gelingen lässt. Dazu bedarf es des Aufbietens von Fachleuten und vor allem aber der Befähigung der Angehörigen der oder des Sterbenden, diese Begleitung wahrzunehmen. Bisher gab es, meine Damen und Herren, für das Hospiz Steiermark von der Rechtsabteilung 7 eine finanzielle Unterstützung von 1,2 Millionen jährlich. Hier konnten bisher Bürokosten, Gehälter sowie Fortbildung der Angestellten abgedeckt werden. Das Hospiz Steiermark, das seit 1993 besteht, ist flächendeckend in allen steirischen Bezirken vernetzt und hat dort hauptsächlich ehrenamtliche Vereine aufgebaut. Hier, meine Damen und Herren, einen großen Dank unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic für ihre Unterstützung dem Hospiz. (Beifall bei der ÖVP.) Es ist auch der Wunsch einer großen Mehrheit von Menschen, im vertrauten Umfeld der Familie zu sterben und dabei die Wünsche und Sorgen, die diesen Abschnitt des Lebens prägen, jenen mitzuteilen, die dem Sterbenden nahe stehen und dadurch auch ein wesentliches Maß an Selbstbestimmung gewinnen. Nicht um den Tod aktiv herbeizuführen, sondern um den Prozess des Sterbens menschlich und mitmenschlich zu gestalten. Zu dieser Begleitung gehört auch eine optimale Pflege und vor allem eine mögliche Schmerzbekämpfung. Die Hospizbewegung hat in dieser Hinsicht von Anfang an eine entsprechende Palliativmedizin, die diesen Zielen dient, entwickeln geholfen. Hier bedarf es einer Unterstützung der Angehörigen, die die Schwerkranken pflegen, durch Fachpersonal. Um die Angehörigen, meine Damen und Herren, in dieser Aufgabe nicht zu überfordern, um ihnen eine gelungene Begleitung ihrer Lieben in dieser schweren Stunde zu ermöglichen, muss ihnen die Unterstützung der Gesellschaft zukommen. Eine wesentliche Hilfe ist erstens das Anbieten von Ausbildungsmöglichkeiten, Übernahme der hohen Ausbildungskosten, derzeit zirka 6000 Schilling. Aber die beste Ausbildung, meine Damen und Herren, hilft nichts, wenn nicht die Möglichkeit gegeben ist, sich die notwendige Zeit für die Begleitung des Sterbenden zu nehmen. Deshalb erheben wir die Forderung, dass eine Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger zur Hinausbegleitung derer, die nun begleiten, als Kinder ins Leben begleitet haben, für Frauen und Männer geschaffen wird. Die Menschlichkeit einer Gesellschaft bemisst sich daran, wie sie mit den Menschen umgeht, von denen nach irdischen Gesichtspunkten nichts mehr zu erwarten ist. Die Politik, meine Damen und Herren, muss die Struktur dafür schaffen und ein Punkt dazu besteht darin, dass wir dafür sorgen, dass die Angehörigen für diesen wichtigen Dienst am Sterbenden, aber auch an der Gesellschaft sich die Zeit dafür leichter nehmen können. Hoher Landtag, meine Damen und Herren, die Fähigkeit zur Begleitung Schwerkranker und Sterbender zeigt den Pegelstand der Menschlichkeit in der Politik und in unserer Gesellschaft in unserem Land. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.29 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Wicher zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (11.29 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich muss leider feststellen, und das passiert immer wieder, dass, wenn Themen, wie dieses hier, zur Sprache kommen, die Reihen ziemlich stark gelichtet sind. Das ist kein Thema, über das man trefflich streiten oder polemisieren kann, das ist ein Thema, das im Endeffekt, und niemand ist davon ausgenommen, jeden von uns treffen wird. Es gibt kein Mittel gegen das Sterben, jeder von uns muss einmal sterben. Ob jemand die Gnade hat, schmerzlos sterben zu können, so wäre das ein Geschenk des Himmels. Sich mit der Tatsache des Sterbens zu befassen und Möglichkeiten in Betracht zu ziehen und auch durchzuführen, die das Sterben menschenwürdiger machen, damit sollten wir uns alle befassen. Es sind dies Dinge, wie ich schon gesagt habe, die unausweichlich sind. Es will sie natürlich keiner wissen – das ist ganz klar. Wer beschäftigt sich schon ununterbrochen mit der Tatsache, dass er einmal sterben muss. Man soll es aber nicht wegschieben. Man soll Voraussetzungen schaffen, dass Sterben in Würde möglich ist. Ich denke, dass, wenn wir Möglichkeiten schaffen, Menschen, die chronisch erkrankt sind, die unter schrecklichen Schmerzen leiden, Hilfe in Form der Betreuung durch das Hospiz oder durch die Palliativmedizin bekommen sollten. Dann, und das sage ich wirklich allen Ernstes, wird die immer wieder aufflammende Diskussion um aktive Sterbehilfe obsolet. Es hat mich sehr bestürzt, und das gebe ich offen zu, als bei einer Umfrage, wer die aktive Sterbehilfe befürworten würde, ein ganz hoher Prozentsatz sich dafür ausgesprochen hat. Das sind aber Dinge, die nicht bedacht wurden und vor allem die aus Unkenntnis daraus erfolgt sind. Es gibt Möglichkeiten, trotz Schmerzen, trotz einem schmerzvollen Weg in Richtung des Sterbens gehen zu müssen, gibt, dies zu erleichtern, und zwar durch die Palliativmedizin und auch durch die Betreuung und die Begleitung von Sterbenden und den Angehörigen, die ja nicht weniger darunter leiden. Ich möchte jetzt, wenn Sie gestatten, zwei Entschließungsanträge einbringen, wobei ich gleich noch im Vorfeld etwas sagen möchte, weil vielleicht dann die Einwandungen kommen, das kostet wieder Geld und woher soll das genommen werden: Wenn es darum geht, einen Teil der Ausbildungskosten für Menschen, die sich im Hospiz engagieren wollen, zu übernehmen, dann handelt es sich nicht um Unsummen. Das Hospiz wird keinen Zulauf von tausenden Menschen bekommen. Es wird sich, wenn man es grob rechnet, vielleicht um einen Betrag von

100.000 Schilling handeln. Ich denke, darüber soll es keine Diskussion geben. Beim zweiten Antrag, wo es darum geht, vermehrt Palliativbetten anzubieten beziehungsweise weil Palliativbetten nicht Pflegebetten in dem Sinn sind, dass diese Kosten eher im Gesundheitswesen beziehungsweise auch bei den Krankenkassen gelagert werden können, möchte ich schon vorweg sagen, was auch schon durch Jahre angedacht wurde, dass man vielleicht doch den Abbau von Akutbetten forcieren und dann in vermehrtem Maße Palliativbetten schaffen sollte. Jetzt gestatten Sie mir, dass ich diese beiden Entschließungsanträge vortrage: Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Bacher und Dr. Bleckmann, betreffend eine Unterstützung für die Ausbildungskosten der freiwilligen Betreuer des Hospizvereines Steiermark. Der Hospizverein Steiermark hat sich zur Aufgabe gemacht, mit eigens ausgebildeten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Sterbenden und ihren Angehörigen beizustehen, die Selbstständigkeit zu fördern, die Schmerzen und die Einsamkeit im Sterben zu lindern und bis zuletzt Lebensqualität und menschliche Würde zu wahren. Das Hospizteam versteht sich als interdisziplinäres Team, in dem Personen, die eine Hospizgrundausbildung absolviert haben, gemeinsam mit Fachkräften zum Wohl des Schwerstkranken oder Sterbenden und seiner Angehörigen zusammenarbeiten. Diese umfassende und fundierte Hospizgrundausbildung kostet rund 6000 Schilling und ist von interessierten Personen (zum Beispiel Studenten, Hausfrauen, Pensionisten) oft nur sehr schwer aufzubringen. Da schon die ersten Hospizbetten (Palliativbetten) in steirischen Krankenhäusern eingerichtet worden sind, gewinnt die Betreuung durch freiwillige Betreuer des Hospizvereines umso mehr an Bedeutung. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Kosten des Grundausbildungskurses mit einem Anteil von 50 Prozent zu unterstützen, um diese gesellschaftlich so bedeutende, ehrenamtliche Tätigkeit auch seitens der öffentlichen Hand entsprechend zu fördern. Das war einmal der erste Entschließungsantrag, jetzt bringe ich Ihnen den zweiten zur Kenntnis:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko, Dr. Forenbacher und Dr. Bleckmann, betreffend Kostenübernahme der Hospizbetreuung und umfassende palliative Versorgung in der Steiermark. Im Europarat wird derzeit eine Resolution vorbereitet, in der das Sterben in Würde als Menschenrecht verankert und der Schutz der Menschenrechte in den Bereichen Palliativmedizin, Selbstbestimmung der Patienten und Lebensschutz betont werden. In Österreich ist die professionelle Betreuung Sterbender noch immer ein Tabuthema. Schwerkranken, die nach menschlichem Ermessen nicht mehr gesund werden, brauchen jedoch eine spezielle, hauptsächlich auf Schmerzlinderung ausgerichtete medizinische Versorgung. Derzeit gehört jedoch eine Hospizbegleitung, die eine spezielle Schmerztherapie und Sterbebetreuung ermöglicht, als reine Pflegeleistung nicht zu jenen Leistungen, die von der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung umfasst ist. Durch die Hospizbetreuung mit einer individuellen Schmerztherapie könnte den Patienten eine optimale Versorgung und ein möglichst schmerzfreies Leben in den letzten Lebensmonaten gewährleistet werden. Eigens ausgebildete Mitarbeiter der Hospizeinrichtungen stehen auch Schwerstkranken, Sterbenden und ihren Angehörigen bei und versuchen, die Schmerzen und auch die Einsamkeit im Sterben zu lindern, um dem Sterbenden bis zuletzt Lebensqualität und menschliche Würde zu wahren. Derzeit müssen Hospizpatienten bis zu 80 Prozent ihres Gehaltes für diese optimale Versorgung aufbringen. Ein Hospiz ist nicht als ein Pflegeheim, sondern als ein auf Schmerztherapie spezialisiertes Krankenhaus anzusehen. Die Kosten der Behandlung sollen daher von der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung übernommen werden. Die Kostenbelastung der Patienten in der Hospizbetreuung führt nämlich dazu, dass diese nicht in Anspruch genommen wird. Ein Pilotprojekt der KAGES „Stationäre Palliativbetreuung in der Steiermark“ verfolgt das Ziel, an drei ausgewählten Standorten eine umfassende palliative Versorgung zu entwickeln. Dabei werden von ausgebildeten ehrenamtlichen Mitarbeitern des Hospizvereines Steiermark in erster Linie Patienten mit fortgeschrittenen Krankheitsbildern in enger Kooperation mit den Angehörigen und den ambulanten Betreuungseinrichtungen betreut. Dieses Projekt wird in Österreich und über die Landesgrenzen hinaus mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt und sollte zu einer nachhaltigen stationären Palliativbetreuung führen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dafür Sorge zu tragen, dass eine palliativmedizinische Betreuung in das System der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung aufgenommen wird und zweitens ein Konzept über eine umfassende palliative Versorgung in der Steiermark auszuarbeiten und umzusetzen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 11.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Lackner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Lackner (11.41 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine gesetzlich verankerte Karenzierungsmöglichkeit zur Pflege und Betreuung sterbender Angehöriger würde ohne Zweifel eine soziale Weiterentwicklung unserer Gesellschaft darstellen. Statistisch gesehen können nur 18 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher – in anderen Worten ausgedrückt jeder Fünfte – zu Hause sterben. Und diese Zahl steht aber in krassem Gegensatz zu den Wünschen der Menschen, zu Hause, das heißt, bis zuletzt im vertrauten Umfeld und in einer bekannten familiären Umgebung zu verbleiben. Eine umfassende Sterbebegleitung erfordert aber mehrere Maßnahmen, nämlich die Förderung von mobiler Hospizarbeit, Zusatzqualifikationen für Ärzte und Pflegekräfte im palliativmedizinischen Bereich, die Erhöhung natürlich auch der Zahl der Hospizbetten, die Einrichtung von Schnittstellen zwischen Krankenhaus, Pflegeheimen und Familie und die im Antrag geforderte Karenzierungsmöglichkeit im Beruf. Und das alles mit dem Ziel, dass Kranke und Angehörige mit ihren Ängsten und ihrer Trauer gut aufgehoben sind. Viele alte Menschen fühlen sich ja nur mehr geduldet, weil ihnen die Gesellschaft vermittelt, dass sie nur mehr Kosten verursachen, nämlich Kosten an Geld

und Kosten an Zeit. Und der gesellschaftliche Schritt hin zur Karenzierung, um sterbende Angehörige zu pflegen und zu begleiten, bedeutet in weiterer Folge ja, dass Ängste, Trauer und Schmerz nicht länger verdrängt werden müssen, dass die psychische und physische Belastung der Pflegenden anerkannt wird, dass Tabuthemen rund um das Sterben auch aufgebrochen werden, dass die Einsamkeit des Sterbenden nicht länger negiert wird und dass das Sterben von Würde begleitet wird. Aus all diesen Gründen soll und muss die Möglichkeit einer umfassenden Sterbegleitung geschaffen werden auf Landes- und auf Bundesebene. Es reicht aber nicht nur hier schöne Worte zu finden zu einem gesellschaftlich relevanten Thema. Wir alle wissen, dass diese Maßnahmen und Forderungen auch Geld kosten: dass sehr wohl die Pilotprojekte, die es gibt in den steirischen Krankenhäusern als auch die Ausweitung des Angebotes im Hospizbereich Geld kosten, steht wohl außer Frage. Aber wir dürfen uns nicht nach dem Motto „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ mit diesem Thema beschäftigen. Es wird nämlich so nicht funktionieren, es kann gar nicht funktionieren. Denn wenn nämlich die angesprochenen Maßnahmen und Forderungen in den Verhandlungen zum Budget 2001 und 2002 keine Unterstützung finden von den Regierungsmitgliedern der ÖVP und der FPÖ, dann wäre das schon nach diesem Motto nur gesprochen und nicht getan. Jedenfalls haben wir im Zuge der Budgetverhandlungen oder der Budgetdebatte, die in drei Wochen beginnen wird, die Möglichkeit, für diese Anträge zu stimmen. Und vor allem richte ich jetzt die Bitte an die Abgeordneten, die diesen Antrag, aber auch die Entschließungsanträge heute gestellt haben, die Möglichkeit zu nutzen, Abänderungen zum Budget zu machen, damit das wahr wird, was wir heute in schönen Worten hier formuliert haben. (Beifall bei der SPÖ.) Sie sollten dann den Wahrheitsbeweis antreten und unsere Unterstützung ist Ihnen gewiss. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Gross zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (11.45 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Die Zahlen, die der jährliche Tätigkeitsbericht des Hospizvereines Steiermark ausweist, belegen eindrucksvoll den wichtigen Stellenwert, den die Hospizbewegung mittlerweile in der steirischen Bevölkerung einnimmt. Die ständig wachsenden Zahlen an ehrenamtlichen Mitbürgern und das enorme Engagement dieser Menschen, die Anzahl der Begleitungen im Hospizverein, die sich beinahe jährlich verdoppelt, das Entstehen immer neuer Hospizgruppen und vor allem die ständig steigende Nachfrage an Ausbildungen zeigen uns deutlich, wie sehr der Hospizgedanke in der Gesellschaft immer weiter um sich greift. Meine Vorredner haben ja inhaltlich bereits dazu Stellung genommen. Rund 70 Prozent der Begleitungen des Hospizvereines Steiermark fanden zu Hause statt, in den privaten Wohnungen der Patienten und der Patientinnen. Der Rest entfiel auf die Krankenhäuser, auf Alten- und Pflegeeinrichtungen. Dieser hohe Prozentsatz der zu Hause zu Betreuenden beweist, dass eines der großen Anliegen der Hospizbewegung, nämlich dabei mitzuhelfen, dass Menschen, sofern sie dies möchten, ihre letzte Lebenszeit zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung verbringen, ermöglicht wird. Viele Angehörige sind dankbar, von der Hospizbewegung unterstützt zu werden, denn neben der Vermittlung von Grundlagen der Gesprächsführung, Konfliktbewältigung, der Sterbe- und der Trauerprozesse, dem Umgang mit der Angst der Sterbenden, aber auch die der Angehörigen mit der Auseinandersetzung von Schuld und von Hilflosigkeit stehen vor allem die eigene Auseinandersetzung mit diesen Themen im Mittelpunkt. Es gibt zum Beispiel gerade im Umgang mit der Diagnose Krebs und auch für die Zeit nach der Erkrankung keine Patentrezepte, wie man als Betroffener, aber vor allem auch wie man als begleitender Angehöriger damit leben und umgehen kann. Die Sorge, die moderne Medizin möchte den Sterbeprozess unnötig hinauszögern, auch wenn keine Aussicht auf Besserung besteht und die zunehmende Diskussion – Kollegin Wicher hat ja darauf hingewiesen – für und gegen aktive Sterbehilfe, lässt viele Menschen mehr und mehr über die eigenen Wünsche in Bezug auf ihr Lebensende nachdenken. Wir werden auch heute nicht das letzte Mal in diesem Haus über dieses Thema geredet haben. Begleitung und menschliche Zuwendung, Schmerzfreiheit, Bewahrung der Würde und Unabhängigkeit des Patienten sollten unsere vorrangigen Ziele sein.

Uschi Lackner hat unseren Entschließungsantrag ja kompetent begründet und daher möchte ich nur mehr den Antrag einbringen, nämlich den Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Karenzierungsmöglichkeiten zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger ohne arbeits- und sozialrechtliche Nachteile der Abgeordneten Gross, Gennaro und Mag. Lackner.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens im selbstständigen Wirkungsbereich des Landes eine Karenzierungsmöglichkeit für die Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger sicherzustellen, ohne dass damit Nachteile für den oder die Pflegenden in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht verbunden sind und zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine solche Karenzierungsmöglichkeit für die Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger sicherzustellen, ohne dass damit Nachteile für die pflegenden Personen in arbeits- und sozialrechtlicher Hinsicht verbunden sind.

Meine Damen und Herren, noch einiges zu den ÖVP-Entschließungsanträgen: Unsere Fraktion wird diese Anträge selbstverständlich unterstützen. Ich möchte aber nur ergänzend zum Antrag der ÖVP, ein Konzept über eine umfassende palliative Versorgung in der Steiermark auszuarbeiten und umzusetzen, festhalten: Herr Dr. Forenbacher und auch Kollege Bacher, die Mitglieder der SKAFF-Landeskommission sind, müssten es eigentlich wissen, dass es dieses Konzept bereits gibt. Es wurde von der KAGES und von der ÖBIG erstellt. Ein Problem ist nur, dass Änderungen im LKF-Kernbereich in den 15 a-Vereinbarungsbereich fallen und diese können nur jeweils zum 1. 1. eines Jahres neu in Kraft treten. In der Steiermark wurde der Bedarf an Palliativ-

betreuung bereits vor einigen Jahren erkannt. Um für die steirische Entwicklung der Palliativbetreuung eine Basis zu gewinnen, wurde 1997 jeweils an internen Abteilungen des LKH Graz, dem LKH Bad Aussee und dem Krankenhaus der Elisabethinen in Graz dieses Projekt gestartet. Dieses Projekt ist aber nunmehr abgeschlossen. In der letzten SKAFF-Sitzung am 8. März, wo unsere Kollegen auch dabei waren, haben wir folgende weitere Vorgangsweise beschlossen, nämlich die Fortführung des Palliativprojektes bei den Elisabethinen, einen Konsiliardienst auf der Uni-Klinik ab 1. Juli 2001 und die Weiterführung der Koordination der ehrenamtlichen Fortführung von Konzeptionen und Planungen – Förderungsbedarf für das Jahr 2001 sind 9,680 Millionen Schilling. Noch etwas Informatives: Seitens der Fachabteilung für Sozialwesen wurde auch bisher kein Geld für den Hospizverein zur Verfügung gestellt. Sie haben früher frenetisch geklatscht, als berichtet wurde, dass aus dem Bereich der Frau Landeshauptfrau der Hospizverein bereits finanziert wurde. Das stimmt und das ist korrekt, aber das fällt auch in die Zuständigkeit der Frau Landeshauptfrau. Aus dem Bereich der Palliativbetreuung und der Hospizbetreuung gibt es noch viele Aktivitäten der Fachabteilung für Gesundheitswesen. Diese Projekte, die in diesen Bereichen derzeit vorbereitet beziehungsweise bereits bearbeitet werden, sind im Bereich der extramuralen Pflegeversorgung und der stationären Altenpflege finanziell abgesichert. Im Budget der Fachabteilung für Gesundheitswesen wurde 2001 eine Million Schilling eingestellt. Wir Sozialdemokraten sind dafür, dass der Landtag nunmehr diese ÖVP-Anträge beschließt. Ich halte aber trotz der Wortmeldung der Frau Abgeordneten Wicher fest, dass der Finanzlandesreferent im Gesundheitsbereich rund 4 Milliarden Schilling einsparen will und weder eine Kostenübernahme der Hospizbetreuung noch für eine umfassende palliative Versorgung in der Steiermark, geschweige denn eine 50-prozentige Unterstützung für die Ausbildungskosten der freiwilligen Betreuer des Hospizvereines Steiermark im Landesbudget 2000, noch 2001 die Bedeckungen gegeben sind. Auch wenn es derzeit nur ein paar 100.000 Schilling sind, Frau Kollegin Wicher, und da gebe ich dir Recht, aber wir wollen ja, dass es mehr wird und es wird automatisch mehr werden bei unserer Bewusstseinsbildung mit diesem Thema. Ich ersuche daher die ÖVP-Abgeordneten, so wie früher schon Kollegin Lackner, vor allem beim Finanzlandesrat Paieryl vorstellig zu werden, um für diese Bedeckung zu sorgen. Bei den von Herrn Finanzlandesreferenten verlangten Einsparungen von rund 4 Milliarden Schilling im Gesundheitsbereich ist ein Umschichten kaum mehr möglich. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend und anschließend zu Wort gemeldet hat sich der zuständige Landesrat Dörflinger. Ich erteile es dir.

Landesrat Dörflinger (11.54 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Vielleicht eine Vorbemerkung, weil es eine Diskussion ist, die sehr wenig kontroversiell war, und ich hoffe auch wenig kontroversiell bleiben wird. Eine Vorbemerkung aus persönlicher Betroffenheit heraus: Machen wir nicht den Fehler, dass wir glauben, dass alles zu Hause passieren kann, dass wirklich das alles zu Hause geht, weil jeder, der selbst einmal davon betroffen war und selbst einmal Angehörige in so einer Situation gepflegt hat, weiß, welche Belastung das für Familien ist, welche Belastung das gerade für Frauen ist, dass das sehr oft auch Frauen trifft, die Kinder haben, die dann doppelt, dreifach und vierfach belastet sind, und dass es natürlich auch sehr schwer ist abzuschätzen, wie lange so etwas dauert. Jede Unterstützung und jede Hochachtung vor den Menschen, die das zu Hause auf sich nehmen, die das zu Hause machen, die das zu Hause gerne machen. Aber machen wir uns nicht die Illusion, dass das in allen Fällen so gehen wird. Stellen wir uns darauf ein, dass wir gerade stationär hier sehr viele Einrichtungen und sehr gute Einrichtungen brauchen werden. Das Zweite, und das hat mit dem Ersten sehr klar zu tun: Wir haben in diesen Pilotversuchen, die wir gemacht haben, unter anderem eines festgestellt, und das hängt wieder mit dem ersten Punkt zusammen, dass auch die Belastungsfähigkeit der Pflegenden, Ärzte und Schwestern, Krankenpfleger im Bereich von Palliativstationen eine begrenzte ist, dass wir nicht davon ausgehen können, wir richten irgendwo 50, 60, 70, 80 Betten her, bestellen das mit Personal, schicken Personal hin und die Krankenschwester macht von ihrem 35. Geburtstag bis zu ihrer Pensionierung Palliativbetreuung. Welche Menschen das aushalten sollen, müsste man dann auch sehen und zeigen. Und ich glaube, dass das eine große Anforderung auch sein wird an die Organisation in den Spitälern, die wir haben, weil wir schon aufpassen müssen, dass uns die Leute dort nicht vor die Hunde gehen, physisch nicht vor die Hunde gehen, aber vor allem auch psychisch nicht vor die Hunde gehen, weil Sie sich vorstellen können, was das bedeutet, täglich, wochenlang, monatelang Leute so lange zu pflegen, bis sie sterben. Der dritte Punkt, nur um über die Größenordnung zu reden, und ich beziehe mich da auf den Antrag der ÖVP-Fraktion, die Palliativbetreuung in das LKF aufzunehmen und ein Konzept zu erarbeiten. Das Konzept gibt es, das kennen Sie, das liegt vor. Das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen hat hier das vorgelegt. Es kann auch jederzeit von Ihnen eingesehen werden und wir stellen Ihnen das gerne zur Verfügung. Der zweite Punkte aber, und da kommen wir auf den Kern, und die Frau Abgeordnete Gross und Mag. Lackner haben darauf schon Bezug genommen, meine Damen und Herren: Allein die Umsetzung des jetzt vorliegenden Palliativkonzeptes, das zirka 80 Betten in der Steiermark vorsieht, 80 Palliativbetten in der Steiermark, wird ein Zusatzkostenvolumen von über 170 Millionen Schilling erfordern – damit Sie sich nur die Größenordnung vorstellen können. Wir reden pro Bett, pro Tag im Palliativbereich im Schnitt von 6000 Schilling pro Patient, pro Tag. Jeder, der glaubt, dass das billig ist, weil es ja eh „nur Pflege“ ist, soll sich bitte diese Größenordnung vorstellen. Es gibt Patienten, die pro Tag 12.000, 13.000 Schilling kosten. Aber die durchschnittlich errechneten Kosten liegen bei 6000 Schilling pro Tag, pro Bett. Wenn Sie das jetzt mit den 80 Betten mit 360 Tagen im Jahr multiplizieren, kommen Sie auf 170 Millionen Schilling, die wir gut anlegen würden, die gut und notwendig sind. Aber versuchen Sie bitte nicht, und da schließe ich mich an Barbara Gross an, versuchen Sie bitte nicht, mit uns hier das Spiel zu machen, na

schichtet halt um, schichtet halt um. Allein in den letzten fünf Tagen, sage ich Ihnen, wo ich überall zum Umschichten aufgefordert und angeregt wurde. Sozialminister Haupt hat eben im Beisein einiger Abgeordneter dieses Hauses auch am Freitag bei der Eröffnung des Geriatriezentrums in Graz angekündigt, dass man bestrebt sein wird, die Paragraf-15 a-Vereinbarung zwischen Land und Bund zu ändern, dass auch sinnvolle und notwendige Projekte, wie Bad Aussee, wie das Geriatrie Zentrum in Graz in diese Finanzierung des LKF hineinfallen – über den Daumen gerechnet 150 bis 200 Millionen Schilling zusätzlich. Die Vertreter der privaten Krankenanstalten haben bei der Frau Landeshauptmann vorgesprochen. Die Frau Landeshauptmann hat die volle Unterstützung zugesagt und gesagt: „Na selbstverständlich müssen die Ordensspitäler mehr finanziert werden und besser finanziert werden!“ Auf die Frage, warum das im Budget keinen Einklang gefunden hat oder keinen Eingang gefunden hat, ist die Antwort gekommen, es ist der Verantwortungsbereich des Referenten, der soll halt umschichten. Also allein in fünf Tagen bin ich damit konfrontiert, dass ich 170 Millionen Schilling für die Palliativbetreuung umschichten soll, 200 Millionen für neue Projekte umschichten soll und zirka 60 Millionen für die privaten Krankenhäuser umschichten soll. Das wären also knappe 500 Millionen Schilling. Es soll mir einer vorhüpfen, wie das geht und wie das gemacht wird. Ich würde Sie bitten, und da schließe ich mich direkt an Gross und Lackner an, spielen wir uns mit dem Thema nicht herum, nehmen wir das Thema ernst und akzeptieren wir, dass eine hochqualitative Betreuung, eine exzellent durchgeführte Schmerztherapie sehr viel kostet, sehr aufwendig ist und beschließen wir nicht nur den Antrag, einigen wir uns nicht nur rhetorisch darauf, dass das wichtig, notwendig und gut ist, sondern sorgen wir auch für eine entsprechende finanzielle Ausstattung, damit wir das auch realisieren können. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 200/1 (Tagesordnungspunkt 3) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Kostenübernahme der Hospizbetreuung und umfassende palliative Versorgung in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend Unterstützung für die Ausbildungskosten der freiwilligen Betreuer des Hospizvereines Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Karenzierungsmöglichkeiten zur Pflege und Begleitung sterbender Angehöriger ohne arbeits- und sozialrechtliche Nachteile, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 207/1, der Abgeordneten Wiedner, Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Anerkennung ausgebildeter KindergärtnerInnen als KinderbetreuerInnen beziehungsweise Tagesmütter.

Berichterstatterin: Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (12.02 Uhr): Hoher Landtag!

Ich darf berichten: Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 27. März 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 207/1, der Abgeordneten Wiedner, Dr. Bleckmann, Dietrich und Graf, betreffend Anerkennung ausgebildeter KindergärtnerInnen als KinderbetreuerInnen beziehungsweise Tagesmütter, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Landtag wolle

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Anhörung der Trägervereine den Lehrplan für die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin in der Form zu erweitern beziehungsweise zu adaptieren, dass eine Absolventin die Voraussetzung für die umfassende Betreuung von Kindern ohne Einschränkung auf eine bestimmte Altersklasse erfüllt und damit ihre Berufsmöglichkeiten erweitern kann. Ich bitte um Annahme. (12.03 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (12.03 Uhr): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute schon das Thema Kinderbetreuung in einer mehrfachen Besetzung erwähnt. Ich möchte hier fortfahren und das Kinderbetreuungsgesetz und das Kinderbetreuungsförderungsgesetz, das wir hier im Landtag am 14. Dezember 1999 beschlossen haben, als Ausgangspunkt nehmen. Wir haben hier parteiübergreifend damals gewusst, dass die Finanzierung der Tagesmütter nicht gesichert ist und wir haben den 1. April 2000 herausgenommen, obwohl das Gesetz erst mit 1. September 2000 in Kraft treten wird, haben wir die Tages-

mütterförderung und die Tagesmüttersituation im Kinderbetreuungsgesetz auf den 1. April – also fast auf den Tag genau vor einem Jahr – herausgenommen, damit die Finanzierung gesichert wird. Die gesetzliche Grundlage zur Finanzierung ist eine Gruppierung über Stundeneinheiten und Stundensätzen, und zwar in drei Gruppen bis zu 15 Stunden, bis 25 und bis 40 Stunden. Denn eine Tagesmutter kann dann angestellt werden, wenn sie mindestens zwei Kinder über 40 Stunden in der Woche betreut. Das ist die Grundaussage. Das Kinderbetreuungsgesetz wird von unserer Fraktion als familienergänzende Betreuungsmöglichkeit gesehen. Die Tagesmutter im Speziellen kommt dieser Aufforderung sehr entgegen, weil es individuelle und sehr flexible Betreuungsmöglichkeiten gibt, auf das Kind abgestimmt und auch nunmehr sehr qualifizierte Grundlage bietet, die Ausbildung zur Kinderbetreuerin bedeutet detto für die Tagesmutter 120 Stunden praktisches Hinhören, Hinfühlen, kann ich überhaupt mit diesen jungen Menschen, mit diesen kleinen Kindern gut umgehen, ist das eine Berufung für mich, und dann sind es 300 Unterrichtseinheiten, die wirklich zur Qualifizierung dieses Berufsbildes führen. Tatsache ist, dass in den Verhandlungen nicht explizit herausgenommen wurde, dass fünf Jahre ausgebildete Kleinkindergartenpädagoginnen ausgenommen sind. Die müssten theoretisch genau diesen Ausbildungslehrgang auch machen, obwohl sie umgekehrt die Praxisplätze zur Verfügung stellen, obwohl sie umgekehrt auch diese Vorpraxis tragen. Und da ist es richtig, wenn der Antrag gestellt wird, dass die Kindergärtnerinnen, nur mehr die ausgebildeten Kleinkindpädagoginnen nur mehr für die Familiensituation die Qualifizierung erhalten sollen.

Nun, was hat sich mittlerweile entwickelt? Das Kinderbetreuungsgesetz und das Kinderbetreuungs-förderungsgesetz ist seit 1. September 2000 in Kraft. Eine lange Vorlaufzeit eigentlich von Mitte Dezember bis September, um alle notwendigen Adaptierungen vorzunehmen, um die Budgetdaten zu sammeln und auch für das nächstjährige, sprich für das Budget 2001 oder 2002 vorzubereiten. Faktum ist noch immer, dass es in der Abrechnung totale Schwierigkeiten gibt, weil es nicht eine Pauschalabrechnung ist, sondern weil tatsächlich für die geleistete Arbeit eine entsprechende natürlich abgestufte Regelung ist. Ich bin zwar kein PC-Experte und auch kein großer Könnner, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es in der Landesregierung nicht möglich ist, ein System zu entwickeln, wo ganz punktgenau und spezifische Abrechnungsmodule entwickelt werden. Es kommt noch etwas dazu und dem kann ich nachkommen, dass es für die Trägervereine natürlich sehr unterschiedlich ist in der Bezahlung, wenn bis zu 15 Stunden oder bis zu 25 Stunden große Sprünge in der Betreuung da sind, dass es da auch zu Einbußen kommt. Ich könnte mir vorstellen, dass man da durchaus Adaptierungen macht, 20, 30, 35 Stunden auch noch in die Abrechnung hineinnimmt, aber es ist und erscheint mir notwendig, dass es ganz konkrete und nachvollziehbare Abrechnungen gibt. Wir haben auch Overheadkosten, sprich neben den etwa 600 angestellten Tagesmüttern, die wirklich nach dem Privatangestelltenrecht Angestellte sind, da haben wir auch über Vereine, über Trägervereine Overheadkosten zu tragen. Diese Overheadkosten setzen sich zum Beispiel zusammen, wenn eine Tagesmutter erkrankt ist, muss ein Ersatz gefunden werden. Es gibt Nachschulungen. Es gibt natürlich rechtliche und organisatorische Fragen zu klären. Diese werden von diesen Personen in den Vereinen getragen. Hier gibt es eine Prozentzahl, die sagt, dass etwa 24 Prozent Overheadkosten für diese angestellten Tagesmütter da sind – und das ist immerhin ein Viertel. Es sind elf Monate seit der Gesetzesverdingung vergangen und wir haben die Problematik mit der Finanzierung überhaupt nicht im Griff. Der zuständige Ressortchef, Landesrat Flecker, hat es bis gestern nicht zuwege gebracht, dass er einen Antrag für die Finanzierung der Tagesmütter gestellt hat. Der wurde gestern erst in die Regierung eingebracht und ich muss schon sagen, dass das eigentlich die Aufgabe des jeweiligen Ressortzuständigen, aber auch der jeweiligen Abteilung ist. Es kann nicht sein, dass die Tagesmütter verunsichert werden, die ohnedies keine Großverdiener sind, indem gesagt wird, das Land stellt die Finanzierung nicht zur Verfügung. Es ist gar nicht möglich, dass die Tagesmütter weiterhin ihre Arbeit und ihre Tätigkeit ausüben. Ich denke, das ist eine Aufgabe, diese 18 Millionen Schilling, die für ein Vierteljahr anfallen, tatsächlich zum entsprechenden Zeitpunkt einzufordern. Ansonsten muss ich für die Tagesmütter noch ein Wort sprechen, dass, wenn ich das beruflich und in einem Angestelltenverhältnis durchführe, es selbstverständlich einen Kontrollmechanismus, einen Besuchs- und Begleitungsmechanismus gibt, der auf die Qualitätssicherung abstellt. Aber es ist auch eine riesige Herausforderung für die Familie der Tagesmütter. Es sind ständig „fremde Kinder“, auch wenn man sie gerne hat und gerne begleitet, da und natürlich auch die Lebenssituation der leiblichen Eltern der Tageskinder werden in die Ursprungsfamilie, in die Tagesmutterfamilie hineingetragen. Das ist eine Herausforderung, die weit über die berufliche Tätigkeit einer normal berufstätigen Frau hinausgeht, wo auch die Familienmitglieder absolut eingebunden werden. Ich denke, dass Tagesmütter deswegen nicht sehr leichtfertig als Beruf gesehen werden können, sondern dass es da auch das Umfeld mitzuberücksichtigen gilt. Herr Landesrat, ich bitte Sie, das nächste Vierteljahr entsprechend früh mit der Dotierung für das Geld für die entsprechenden Tagesmütter zu sorgen, damit nicht wieder eine solche, wenn auch vielleicht politisch gewünschte, Panne passiert. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.13 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Gross zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (12.13 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich habe mit einer Mitarbeiterin gesprochen, die die Ausbildung zur Kindergartenpädagogin und zur Tagesmutter sowie auch die Praxis in beiden Bereichen hat, die daher auch aus ihrer Erfahrung berichten konnte. Sie hat mir bestätigt, dass die fünfjährige Schulausbildung mit Matura und Praxis in verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen zur Kindergartenpädagogin ausreichend ist, um auch als Tagesmutter arbeiten zu können.

Diese Qualifikation befähigt ebenfalls, als Kindergartenhelferin, Kinderbetreuerin tätig zu sein. Da die Ausbildung Kinderbetreuerin und Tagesmutter dieselbe ist, müsste man auch als Kindergärtnerin fähig sein, beide Berufe auszuüben. Die Betreuungsbewilligung setzt endgültig die Ausübung des Berufes Tagesmutter voraus und schließt damit die Voraussetzung für die Tätigkeit als Tagesmutter auch ab. Außerdem wird man als Tagesmutter auch von der Rechtsabteilung 13 und ihren Fachberaterinnen sowie vom Erhalter überprüft und auch betreut. Durch eine zusätzliche Ausbildung würden nur Kosten entstehen, obwohl die Qualifikation bereits vorhanden ist. Soziallandesrat Dr. Flecker hat uns bereits im Sozial-Ausschuss zugesagt, eine entsprechende Regierungsvorlage erarbeiten zu lassen und es gibt ohnehin bereits Verhandlungen in die Richtung, dass die Ausbildungsbereiche Didaktik der Frühkindererziehung und spezielle rechtliche und organisatorische Fragen auch als Praxisteil von den Kindergartenpädagoginnen absolviert werden können. Herr Landesrat Flecker hat uns im Sozial-Ausschuss auch zugesagt, dass die Erfahrungen und die Meinungen der Trägervereine Volkshilfe, Tagesmütter und dem Steiermärkischen Hilfswerk über Stellungnahmen und über Anhörung Berücksichtigung finden werden. Meine Damen und Herren! Die Wortmeldung der Kollegin Pußwald hat mich jetzt aber auf einen anderen Bereich gebracht:

Diese Landtagssitzung kann nicht vorbeigehen, ohne dass der neue Stil in der Steiermärkischen Landesregierung auch hier besprochen werden sollte. Derzeit sind bei den drei großen Trägervereinen über 800 Tagesmütter beschäftigt, die rund 2500 Kinder betreuen. Demzufolge entstehen Lohnkosten, die von den Trägervereinen in der Eigenschaft als Dienstgeber zu übernehmen sind und für die ein gesetzlicher Anspruch auf Fördermittel des Landes besteht. Laut Mitteilung der Trägervereine können die Lohnkosten für das kommende Monat ohne Landeshilfe nicht mehr bedeckt werden. Da das Kinderbetreuungsförderungsgesetz erst mit 1. April 2000 in Kraft gesetzt wurde, waren im Budget 2000 ursprünglich keine Fördermittel vorgesehen. Die Bedeckung dieser Pflichtausgaben erfolgte für das Jahr 2000 nachträglich und außerplanmäßig. Die Richtlinien für das Budgetprovisorium 2001 sehen eine Fortschreibung – nur eine Fortschreibung – der Budgetziffern 2000 vor, in denen die Förderung der Tagesmütter ursprünglich nicht vorgesehen war. Es ist daher eine neue Förderungspost zu schaffen und es muss ein Betrag umgewidmet werden. Diesen Umwidmungsantrag hat Landesrat Flecker in der letzten Regierungssitzung beantragt und die ÖVP-Regierungsmitglieder haben diesen Antrag zurückstellen lassen, weil sie im Gegenzug die Zustimmung für Abtauschprojekte gefordert haben. Meine Damen und Herren! Die Trägervereine Hilfswerk, Verein Tagesmütter und Volkshilfe benötigen gemeinsam pro Monat rund 6 Millionen Schilling für Personalzuschuss im Bereich der Tagesmütter und die anteiligen Koordinationsaufwände. Dieser Betrag entspricht auch dem Gesamtansuchen der Trägervereine für das Jahr 2001, der bereits gestellt wurde. Das wären für die Monate März, April und Mai rund 18 Millionen Schilling. Eine Anmerkung für die Volkshilfe als Anbieter auch stationärer Einrichtungen kommt noch verschärfend dazu, dass die Personalförderungen für die Monate September und Dezember 2000 in Höhe von 9,6 Millionen Schilling auch noch nicht an uns überwiesen wurden. Ich ersuche nunmehr im Namen aller Träger, aber vor allem im Namen der betroffenen Kinder und im Namen der betroffenen Eltern die ÖVP-Mitglieder der Landesregierung, auch ohne Abtauschgeschäft dieser Umwidmung zuzustimmen, weil ansonsten diese Organisationen, und zwar alle drei, den gesetzlich vorgeschriebenen Gang zum AMS machen müssen. Was das bedeutet, wissen Sie ja alle. Ich ersuche auch den Wirtschaftsflügel, vor allem in der ÖVP, dieser Umwidmung zuzustimmen, weil ich glaube, dass der Wirtschaft derzeit noch gar nicht bewusst ist, wenn alle Dienstnehmer, die ohne Kinderbetreuung dastehen würden, ihren Arbeitsplatz nicht aufsuchen können – was wohl niemand in diesem Haus wollen kann. (Beifall bei der SPÖ. – 12.19 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke, ich möchte die Mädchen und Buben der Sporthauptschule Feldbach in Begleitung ihrer Fachlehrerin Frau Mohr sehr herzlich begrüßen und willkommen heißen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (12.19 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich in meiner kurzen Wortmeldung wirklich nur auf diesen Antrag hier konzentrieren und auch reduzieren. Es ist zwar nicht üblich, dass wir eine Anlassgesetzgebung machen, aber das ist wirklich ein Anlassfall gewesen, der mich darauf aufmerksam gemacht hat, dass es nicht möglich sein kann, dass eine ausgebildete Kindergartenpädagogin, die fünf Jahre lang diese Ausbildung gemacht hat, mit Matura abgeschlossen hat, hoch qualifiziert ist für die Kinderbetreuung, nicht die Funktion einer Tagesmutter übernehmen darf. Das ist mir – wie gesagt – draußen in einer längeren Diskussion aufgefallen. Ich habe mir gedacht, das ist ein Umstand, der zu beseitigen ist. Es ist ein großer Fortschritt und ich bedanke mich beim Herrn Landesrat Flecker, auch wenn wir beim Tagesordnungspunkt 2 nicht einer Meinung waren, dass er hier angeboten hat, im Sozial-Ausschuss tätig zu werden und eine Regierungsvorlage zu machen, der diesen Umstand beseitigt. (Abg. Schrittwieser: „Zugänglicher Landesrat!“) Das ist einmal ein Zeichen vom Herrn Landesrat, das mich freut. Es ist auch gut, dass wir das selbst im eigenen Bereich machen können. (Abg. Schrittwieser: „Du hast ihn zu wenig gekannt!“) Das mag vielleicht auch sein. Es ist auch gut, dass wir das selbst im Lande machen können und nicht weitergehen müssen nach Wien, weil es eine Zeitverzögerung ist. Ich glaube, dass es für jene Kindergartenpädagoginnen eine weitere Perspektive eröffnet, die eine hoch qualifizierte Ausbildung haben und wir haben leider sehr viele Kindergartenpädagoginnen, die momentan keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Wir haben eine hohe Abgängerquote, aber das Problem, sie dann nicht in den Arbeitsmarkt zu bringen. Was aber nicht heißt, dass wir jetzt unbedingt künstlichen Bedarf schaffen müssen. Das

möchte ich damit auch nicht sagen, sondern vielleicht eine Lenkungsmaßnahme bei der Ausbildung treffen müssen. Aber es ist erfreulich, dass alle diesem Antrag beigetreten sind und dass wir eine neue Perspektive für Kindergartenpädagoginnen schaffen können, dass die auch in Zukunft den Job einer Tagesmutter übernehmen können. (Beifall bei der FPÖ. – 12.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (12.22 Uhr): Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landesrat! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Ich hätte mir eigentlich gedacht, dass jetzt bei dieser Debatte die Person unter uns weilt, die sich im letzten Jahr ganz toll plakatieren hat lassen, nämlich als die Frau, die in der Steiermark die beste Kinderbetreuung Österreichs auf die Räder gestellt hat. Das war die Landeshauptfrau Klasnic. Und es ist für mich ein wunderschönes Symbol, dass sie jetzt nicht anwesend ist und es ist gleichzeitig auch ein durchaus angenehmes Symbol, Herr Landesrat Flecker, dass in der Steiermark einmal ein Mann für den Bereich Kinderbetreuung zuständig ist. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Wähler haben das erkannt!“) Ich aber sehe gleichzeitig, dass wir leider durch die SPÖ-Verhandlungsführung im letzten Landtag ein Kinderbetreuungsgesetz und ein Kinderbetreuungsförderungsgesetz haben, das de facto nicht umsetzbar ist. Es ist ein Gesetz mit einem Ablaufdatum, es ist ein Gesetz, das zu zwei verschiedenen Zeitpunkten in Kraft getreten ist und es ist ein Gesetz, wo die Grünen von vornherein gesagt haben, wir werden diesem Gesetz nicht zustimmen, obwohl wir einige Bereiche wie die Aufwertung der Tagesmütter sehr gut finden, wir werden diesem Gesetz nicht zustimmen, weil die Gruppenhöchstzahl unzumutbar ist und weil die finanzielle Bedeckung nicht gegeben ist. Und dass diese nicht gegeben ist, ist jetzt Teil der finanzpolitischen Realität in der Steiermark. Verschärft wird diese Situation natürlich noch dadurch, dass vom Bund mit Sicherheit in den nächsten Jahren keine Kindergartenmilliarde mehr für bauliche Maßnahmen kommen wird und dass die Bundesaktivitäten nur in Richtung finanzielle Abdeckung des Kindergeldes gesetzt werden. Das ist die Situation, vor der die Steiermark steht. Das ist die Situation, wo ich mir sehr wünschen würde, dass die Landeshauptfrau Klasnic als Gemeindereferentin dasitzt und einfach zuhört und aufnimmt, dass viele Aktivitäten in der Kinderbetreuung, die in den Regionen gesetzt werden, für die Gemeinden einfach finanziell nicht mehr tragbar sind. Und in den Parteienverhandlungen zu diesem Gesetz hat sich eine ganz überraschende Achse ergeben, weil der Städtebund und der Gemeindebund und die Grünen teilweise ganz ähnliche Vorstellungen gehabt haben. Wir haben nämlich gewarnt, dass die Bedeckung des Gesetzes nicht gegeben ist. Die Umsetzung führt jetzt dazu, dass der Volkshilfebetriebsrat an alle Parteien herantritt, konkret jetzt an Ingrid Lechner-Sonnek herangetreten ist und uns darauf aufmerksam macht, dass eine hochqualitative Kinderbetreuung in der Steiermark mit gut ausgebildeten Tagesmüttern unter den jetzigen Rahmenbedingungen einfach nicht mehr möglich ist.

Ein Punkt, den ich noch einbringen möchte: Es ist vorher von Seiten der Frau Abgeordneten Pußwald Kritik am Herrn Landesrat Flecker geübt worden. Das ist eine Kritik, wo sich die fünf ÖVP-Regierungsglieder auch einmal anschauen könnten, wie sie selber mit der Budgetgebarung des Landes umgehen. Und Frau Kollegin Pußwald hat auch etwas gemacht, wo ich mich ganz klar distanzieren möchte. Sie hat nämlich die zuständige Abteilung und Herrn Dr. Eigner kritisiert, dass diese die finanzielle Abwicklung nicht gut auf die Reihe gebracht haben. Ich habe die Arbeit der Abteilung und von Herrn Dr. Eigner im Ausschuss als absolut seriös erlebt. Von Seiten der Abteilung sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Bedeckung im letzten Jahr nicht ausreichend ist. Ich möchte diese ungerechtfertigte Kritik von meiner Seite zurückweisen.

Ein Punkt noch, das wird den Herrn Landesrat Flecker vielleicht beruhigen. Die Grünen, wir werden das erste Mal, seit wir wieder im Landtag sind, einer außerplanmäßigen Ausgabe zustimmen, Tagesordnungspunkt 5, außerplanmäßige Ausgabe für die Bedeckung von Kinderbetreuungsaktivitäten. Wir setzen diesen Schritt, um auch von Seiten der Opposition Ihr Engagement in diesem Bereich einmal punktuell zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich das zuständige Ressortmitglied. Ich erteile Herrn Landesrat Dr. Flecker das Wort.

Landesrat Dr. Flecker (12.26 Uhr): Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Zitz!

Ich bin auch durchaus zufrieden, wenn ich die Kinderbetreuungsangelegenheiten betrauen kann und mir geht die Frau Landeshauptmann eigentlich nicht ab.

Zur Frau Kollegin Pußwald: Es ist ja schon bemerkenswert, dass der Stil, unter vier Augen anders zu reden als hier im Haus, manchen Personen anscheinend zugeordnet werden kann. Das ist eine Frage des Stils, den ich nicht weiter behandeln will.

Zur Frage der Abrechnung Tagesmütter: Sie wissen, dass es eine Forderung der ÖVP in den Parteienverhandlungen war, diese Abstufung nach Stunden zu machen. Ich gebe auch durchaus zu, weil ich mitverhandelt habe, dass wir das dem Grunde nach positiv gesehen haben und auch so beschlossen haben. Dass es nachträglich in der Abrechnung Schwierigkeiten gegeben hat, weil eben die Stunden, die tatsächlich geleistet wurden, mit diesen Abstufungen nicht übereinstimmen, das mussten wir lernen. Sobald wir das

erfahren haben von den Trägervereinen, haben wir uns auch an die Sache gemacht, wir haben dann im Feber die endgültigen Abrechnungen der Vereine, die Tagesmütter beschäftigen, bekommen, so dass wir seither uns damit beschäftigen und der Herr Dr. Eigner sagt mir, dass ich nächste Woche einen Novellierungsvorschlag auf den Schreibtisch bekomme und wir dann in die Anhörung gehen, übrigens etwas, was ich Ihnen auch in Ihrem Vieraugengespräch mit mir mitgeteilt habe.

Zum Zweiten, zur Frage der Akontierung. Zuerst sage ich Ihnen, dass es vielleicht wichtig wäre, sich zu erkundigen, wie die Sachen laufen, bevor man hier Legenden bildet. Im Dezember wurden 13 Millionen Schilling akontiert für die Vereine der Tagesmütter. Dadurch wurde auch bis jetzt das Auslangen gefunden. Der Antrag, den ich eingebracht habe, hatte die Zustimmung der Rechtsabteilung 10. Herr Landesrat Paierl hat in der gestrigen Sitzung offenbar aus einer Emotion heraus, weil ein anderer Antrag in irgendeinem ÖVP-Ressort nicht durchgegangen ist, gesagt, er will das vorbehaltlich einer Einigung beschließen. Darauf habe ich gefragt, worin ist das Problem zu einer Einigung zu sehen. Dann hat er gesagt, ich will aus diesen ganzen Angelegenheiten, die eine qualifizierte Mehrheit in der Regierung brauchen, ein Paket schnüren, so dass man die Angelegenheiten gegenseitig abtauscht. Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um Verständnis, dass ich mich mit meinem Ressort beschäftige und ich den Eindruck habe, in einer Regierung zu sein und nicht auf einem Bazar. Darum habe ich dem Herrn Kollegen Paierl gesagt, wollt ihr jetzt zustimmen oder wollt ihr es zurückstellen lassen. Im Einvernehmen mit Frau Landeshauptmann hat man das dann zurückgestellt. Ich hoffe, dass das in drei Wochen anders laufen wird. Es ist auch äußerst interessant, dass Sie sich um die Finanzierung Sorge machen. Ich sage Ihnen, Sie haben bei der Beschlussfassung des Kinderbetreuungs- und Kinderbetreuungsförderungsgesetzes Berechnungen vorliegen gehabt, und ich habe es damals mitverhandelt, ich habe sie gesehen und sie sind noch immer als Beilage dort, dass auf Grund dieser Gesetze im Jahr 2001 ein Mehrbedarf von 240 Millionen Schilling notwendig sein wird. Auf Grund der Tatsache, dass unsere Erfahrungen gezeigt haben, dass eine Vermehrung der Kinderbetreuungsgruppen und auch bei den Tagesmüttern nicht in diesem Maße eingetreten ist, als wir das erwartet haben, haben wir den Mehrbedarf mit 170 Millionen Schilling errechnet. In der Regierungsvorlage zum Budget wurde null an Mehrbedarf ausgewiesen. Ich bin sehr interessiert, liebe Frau Pußwald, wie sich Ihre Fraktion bei der Budgetbeschlussfassung letztlich verhalten wird. Es stimmt ja, was die Frau Zitz gesagt hat. Es war die Frau Landeshauptmann, die, obwohl nie damit befasst, in der Wahlwerbung damit hinausgegangen ist und gesagt hat, wie wunderbar dieses moderne Kinderbetreuungsgesetz ist. Man kann es natürlich nachher kalt umbringen, indem man für die Vollziehung das Geld nicht zur Verfügung stellt. Ich hoffe, es kommt dann noch zu einer Änderung im Denken. Zum Tagesordnungspunkt an sich ist zu sagen, dass ich sehr froh bin, dass wir im kurzen Wege feststellen konnten dass wir kein Herantreten an den Bund brauchen, sondern eine Lehrplanänderung durchführen können. Ich glaube, das entspricht auch zu Recht den Bedürfnissen, die wir gemeinsam haben und wir werden das so kurzfristig wie möglich machen. Ich möchte noch zur Frau Kollegin Zitz eine Bemerkung machen, weil sie es angeschnitten hat: Meine Damen und Herren, die Kindergartenmilliarde ist ausgefallen. Wir haben sogar große Schwierigkeiten gehabt, dass sich das Land im letzten Jahr daran beteiligt. Es war ein Erfolg der Beharrlichkeit, dass wir es dann letztlich doch noch mit Landesmitteln verstärkt haben. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, dass wir mit der Dotierung des Kindergartenbaufonds in Höhe von 20 Millionen Schilling, und das übrigens schon seit mindestens 20 Jahren, eine Warteschlange von über 170 Antragstellern anstehen haben. Ich frage mich, wie wir einerseits groß reden können, dass wir eine moderne Kinderbetreuung machen, dass wir ein fortschrittliches Land in diese Richtung sind und uns dann selber nicht die Möglichkeiten in die Hand geben, Kindergärten zu bauen oder zu renovieren. Ich werde mich nach der Decke strecken müssen, glaube aber, dass wir zu Recht von privaten Erhaltern und von den Gemeinden irgendwann einmal einen erheblichen Protest spüren werden, weil sie sagen, es ist nicht zumutbar, fünf, sechs Jahre auf eine erste Tranche der Förderung zu warten. In einem bin ich Ihnen dankbar: Es ist leider gestern in der Pressekonferenz, ohne differenziert auf die Sache einzugehen, der ÖVP-Regierungsfraktion, der auch die Frau Landeshauptmann angehört, Herr Kollege Eigner als Vorstand der Rechtsabteilung 13 durchaus diskriminiert worden, indem man gesagt hat, er hat irgendeinen Antrag monatelang am Schreibtisch liegen gelassen. Das stimmt natürlich nicht. Ich habe Ihnen von den 13 Millionen Schilling erzählt und ich habe Ihnen jetzt zu sagen, dass der Wunsch der Tagesmüttervereine das erste Mal am 23. März angemeldet wurde und dass wir von dem Moment an sofort gehandelt haben. Ich darf auf noch eine Schwierigkeit hinweisen, die auch im beamteten Bereich liegt: Erstens einmal macht Herr Dr. Eigner seine Sache hervorragend und ich bin froh, dass ich mich auf ihn verlassen kann. Auf der anderen Seite darf ich Ihnen sagen, dass das Kindergartenreferat im Bereich der Rechtsabteilung 13 seit über zwei Monaten auf Grund der Pensionierung des ehemaligen Leiters unbesetzt ist und ich seither mit Kollegen Schützenhöfer versuche, eine Besetzung zu bekommen. Ich glaube, wenn man irgendwo bewusst offenbar, weil es in anderen Bereichen funktionierte, durch Nichtnachbesetzungen die Bürokratie in der Abwicklung behindert, dann könnte theoretisch, obwohl es nicht geschehen ist, so eine Verzögerung eintreten. Ich darf auch sagen, dass ich sehr glücklich wäre, wenn ich von Herrn Kollegen Schützenhöfer eine Leiterin oder einen Leiter für das Kindergartenreferat bekäme. Es muss nicht gleich eine ÖVP-Gemeinderätin oder ein SPÖ-Gemeinderat sein, aber es genügt mir jemand, der arbeitet. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 220/1, über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2000 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).

Berichterstatte: Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (12.38 Uhr): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2000 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2000). In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass am 29. Jänner 2001 eine dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgabe von 41,310.000 Schilling beim Ansatz 1/240285 „Kinderbetreuungseinrichtungen“ (Post 7355 „Beiträge an Gemeinden“ 27,668.360 Schilling und Post 7770 „Beiträge an Private“ 13,641.640 Schilling) durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurde. Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt:

Ausgabenersparungen 1/469014-7690 „Steirische Familienbeihilfe“ 13,641.640 Schilling. Im Rahmen der Gesamtbedeckung des Rechnungsabschlusses 2000 27,668.360 Schilling, ist in Summe 41,310.000 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Feber 2001 den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der achte Bericht für das Rechnungsjahr 2000 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der Vorlage angeführten überplanmäßigen Ausgabe im Betrag von 41,310.000 Schilling wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (12.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 221/1, über die Bedeckung außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (erster Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatte: Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (12.40 Uhr): Hohes Haus!

Ich berichte über die Einl.-Zahl 221/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001.

Es wurden am 22. Jänner 2001 auf Grund des zur Zeit geltenden Budgetprovisoriums dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 4,333.333,33 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt. Die genehmigten außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt. Der Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Im Ordentlichen Haushalt: erstens durch vorläufige Ausgabenersparungen in Höhe von 33.333,33 Schilling im Bereich sonstiger Hilfe nach dem Behindertengesetz und zweitens durch eine Rücklagenentnahme in der Höhe von 4 Millionen Schilling im Bereich Müllbeseitigung in Richtung von Abfallbehandlungsanlagen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Feber 2001 den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der erste Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 4,333.333,33 Schilling wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (12.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 235/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2001 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2001).

Berichterstatte: Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (12.43 Uhr): Frau Präsidentin! Geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die soeben erwähnte Vorlage mit Einl.-Zahl 235/1. In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass vom 5. Februar 2001 bis 26. Februar 2001 auf Grund des zur Zeit geltenden Budgetprovisoriums dringend und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt

7,355.000 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt:

Erstens: vorläufige Ausgabenersparungen 7,145.000 Schilling.

Zweitens: Ausgabenersparungen 210.000 Schilling.

Dies ist in Summe 7,355.000 Schilling.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 2001 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 7,355.000 Schilling wird gemäß Para-graf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 220/1 (Tagesordnungspunkt 5) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 221/1 (Tagesordnungspunkt 6) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 235/1 (Tagesordnungspunkt 7) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 223/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Berichterstatter: Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (12.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Bericht hält fest, dass insgesamt 88 Landeswohnungen verkauft wurden und bei sechs weiteren Wohnungen der Abverkauf in die Wege geleitet wurde. Das Land hat bis Ende 2000 49,1 Millionen Schilling durch den Wohnungsverkauf eingenommen. Die Landesregierung beantragt, dass der Abverkauf von sieben Wohnungen an die Mieter entsprechend den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 23. Jänner 2001 genehmigt und zur Kenntnis genommen wird. Am 23. Jänner 2001 wurde beschlossen, dass die Wohnungsabverkäufe in der laufenden Legislaturperiode entsprechend den in den seinerzeitigen Beschlüssen genannten Bedingungen durchzuführen sind und dem Steiermärkischen Landtag im Nachhinein jährlich ein Bericht über die erfolgten Abverkäufe vorzulegen ist. Ich bitte um Genehmigung. (12.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 232/1, Verkauf der Liegenschaft 8950 Stainach, Dr.-Frank-Allee 266, Gerichtsbezirk Irnding, KG. 67315 Stainach, EZ. 424 im Grundflächenausmaß von 2000 Quadratmeter an die Marktgemeinde Stainach zum Preis von 3,500.000 Schilling.

Berichterstatter: Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (12.48 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die landeseigene Liegenschaft in Stainach im Ausmaß von 2000 Quadratmeter soll der Marktgemeinde Stainach um den Preis von 3,5 Millionen Schilling verkauft werden. Die Marktgemeinde Stainach hat das einzige Angebot gelegt. Das Verkehrswertgutachten hat einen Wert von 5 Millionen Schilling festgestellt, wobei auf Grund der Wertminderung eines bestehenden Mietvertrages ein Preis von 3,5 Millionen Schilling als angemessen angesehen wird. Ich bitte um Genehmigung dieses Verkaufes. (12.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Die grüne Fraktion ist nicht vertreten.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 198/1, der Abgeordneten Wicher, Beutl und Gross, betreffend Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfes für körper- und sinnesbehinderte Kinder nach der 4. Schulstufe.

Berichterstatterin: Frau Landtagsabgeordnete Walburga Beutl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Beutl (12.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich berichte über den Antrag Einl.-Zahl 198/1 der Abgeordneten Wicher, Beutl und Gross betreffend Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfes für körper- und sinnesbehinderte Kinder nach der vierten Schulstufe.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde ein diesbezüglicher Antrag eingebracht, der am 14. März 2000 beschlossen wurde. Im Hinblick auf den Ablauf der Gesetzgebungsperiode konnte dem Landtag die Stellungnahme des Bundes nicht mehr vorgelegt werden. Mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die verpflichtende Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfes bei sinnes- und körperbehinderten Schülern gemäß Paragraph 8 Absatz 3 a Schulpflichtgesetz zu beseitigen, um eine adäquate Betreuung von körper- und sinnesbehinderten Kindern im Rahmen der Integration nach der Grundschule zu ermöglichen. Ich bitte um Annahme. (12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete Wicher hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Wicher (12.50 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben den Bericht meiner Kollegin Beutl gehört. Ich würde sagen vor genau einem Jahr hat der Landtag über diesen Antrag bereits abgestimmt. Es war ein einstimmiger Beschluss und ich bin sehr froh darüber. Leider ist die Stellungnahme der Bundesregierung nicht mehr zu uns gelangt und aus diesem Grund müssen wir heute über diesen Antrag noch einmal abstimmen.

Ich möchte aber ganz kurz für meine Kollegen hier im Landtag erklären, worum es eigentlich in diesem Antrag geht. Es geht darum, dass bei sinnesbehinderten Schülern nach der vierten Schulstufe der sonderpädagogische Stützungsbedarf nicht mehr hinterfragt werden muss. Ich denke, dass das etwas ist, was erstens einmal dem Integrationsbestreben, das wir ja alle haben, beziehungsweise auch dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Bei Kindern, die eine Sonderschule oder eine spezielle Einrichtung für Sinnes- und Körperbehinderte besuchen, wird dieser sonderpädagogische Förderbedarf nicht hinterfragt. Ich darf Ihnen vielleicht anhand eines Beispiels das Ganze kurz skizzieren. Ein Kind kommt zur Welt, es ist blind oder schwer sehbehindert, mag sein, dass die Mutter zum Beispiel an Röteln erkrankt ist und das Kind die Folgen dieser Erkrankung sozusagen zu ertragen hat. Das Kind bekommt Frühförderung, eine wunderbare Einrichtung, um eben sehbehinderten und blinden Kindern zu ermöglichen, auch zumindest in dieser frühen Phase schon die Möglichkeiten zu bekommen, ähnlich wie einem nichtbehinderten Kind am Leben teilzunehmen. Das Kind wird in einem Kindergarten aufgenommen, wo die Integration stattfindet. Die nichtbehinderten Kinder haben dadurch – und das ist nicht zu unterschätzen – die Möglichkeit sich mit den Handicaps, die ein Kind, das sehbehindert oder blind ist, auseinander zu setzen. Ich finde, Integration in diesem Stadium ist die Grundlage dafür, dass das Verständnis für behinderte Menschen späterhin auch wesentlich besser ist. Nach der Absolvierung des Kindergartens kann das Kind, wenn es die allgemeinen Aufnahmebestimmungen erfüllt, eine Regelschule besuchen. Das heißt, der Lehrer oder die Lehrerin in dieser Klasse bekommt Unterstützung durch eine speziell ausgebildete Lehrerin oder einen speziell ausgebildeten Lehrer, der auf die Bedürfnisse von behinderten Kindern, im speziellen Fall von Blinden und Sinnesbehinderten, ausgebildet ist. Das Kind absolviert die vier Klassen der Volksschule und dann plötzlich, wenn der Übergang in die Sekundarstufe erfolgen soll, soll der sonderpädagogische Förderbedarf plötzlich wegfallen und das halte ich beziehungsweise halten auch Pädagogen für sehr, sehr gefährlich, weil, wie Sie wahrscheinlich alle wissen, die Sie Kinder haben, ist gerade im Alter von zehn Jahren ein Entwicklungsschub zu erwarten. Es erfolgt auch ein Wechsel in der Schule, also von der Volksschule in die weiterführende Schule. Das Kind, das blinde Kind, das schwer sehbehinderte Kind muss sich vollkommen neu auf gegebene Verhältnisse einstellen. Es soll und muss weiter ausgebildet werden, damit es späterhin sein Leben bewältigen kann, dass es auf einen Beruf vorbereitet wird. Lehrer, Regelschullehrer sind damit überfordert, Kinder, die einen besonderen Bedarf, was Lehrmittel anlangt, haben, was die Informationen anlangt, die notwendig sind, dass es zum Beispiel den Schulweg bewältigen kann, dass es lernt, sich im öffentlichen Raum zu bewegen, dass es am Computer arbeiten kann, das sind alles Dinge, mit denen Regelschullehrer überfordert sind. Es gibt – und das ist gesetzlich festgehalten – die Möglichkeit, dass Kinder von Gegenständen, die eben diese speziellen Förderungen notwendig machen, befreit werden. Aber das, meine Damen und Herren, kann nicht im Sinne der Integration sein. Ein Kind soll durchaus, sowohl beim Turnunterricht, beim Werken, bei Haushaltsführung, Geografie, Biologie und so weiter, mit den anderen Kindern weiter unterrichtet werden. Dazu bedarf es aber einer Unterstützung, und die ist nur dann gegeben, wenn eben der sonderpädagogische Förderbedarf festgestellt wird.

Ich bin immer wieder fasziniert, wenn ich im Odilien-Institut das sogenannte Computercamp besuche. Dort sitzen schwerst sehbehinderte Kinder und arbeiten am PC, dass mir wirklich nur die Augen herausfallen und mich der blanke Neid über die Fähigkeiten, die diese Kinder haben, erfasst. Kinder, die – und das wurde in

einigen Studien festgestellt – blind oder schwerst sehbehindert sind, bekommen auch durch diesen Unterricht, diesen fördernden Unterricht ein wunderbares Gefühl für das Gehör. In Studien wurde belegt, dass, wenn zum Beispiel Sehenden und Nichtsehenden oder schlecht Sehenden Sätze vorgegeben werden, in diesem Fall waren es zum Beispiel 60 Sätze, die zwischen sechs und 14 Wörter umfasst haben, Blinde und Sehbehinderte wesentlich schneller erfasst haben, ob ein Satz Sinn macht oder nicht.

Also ich denke, das ist eine Fähigkeit, die sich daraus ergibt, dass eben Blinde und Sehbehinderte – ich würde sagen – schneller denken können und vor allem das Wesentliche besser erfassen.

Bei körperbehinderten Kindern, meine Damen und Herren, würde ich Folgendes sagen: Es ist nicht zwangsläufig, dass ein körperbehindertes Kind, das dem Unterricht problemlos folgen kann, eine sonderpädagogische Förderung bekommt. Es hat ja keine geistigen Handicaps, sondern es hat körperliche Handicaps. Und ein körperliches Handicap würde erfordern, lediglich erfordern sage ich, dass das Kind Unterstützung bekommt, die Schule zu erreichen, über eventuell vorhandene Stufen, Stiegen getragen wird und unter Umständen auch beim Gang zur Toilette zum Beispiel, wenn es das nicht selbst machen kann oder schaffen kann, Unterstützung bekommt. Das würde nicht unbedingt einen sonderpädagogischen Förderbedarf bedeuten.

Aber – und da komme ich jetzt schon zum Schluss meiner Ausführungen – ich würde Sie bitten diesem unserem Antrag zuzustimmen, damit in der vierten Schulstufe für Kinder, die Integrationsklassen besuchen, der Förderbedarf wieder festgestellt wird und auch weiter fortgesetzt wird. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lackner. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Lackner (13.02 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Präsidentin des Landesschulrates, sehr geehrte Damen und Herren!

Schon im März des Vorjahres hat der Landtag einen einstimmigen Beschluss zu dieser Thematik gefasst. Die Reparatur des Schulpflichtgesetzes durch den Bund hätte ja zur Folge, dass körper- und sinnesbehinderte Kinder, die schulfähig sind, eine sonderpädagogische Förderung bekommen. Das heißt, dass auch zusätzliche Lehrer und Lehrerinnen in der Klasse sind.

Die sonderpädagogische Förderung ist ja im Licht der Chancengerechtigkeit im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu sehen. Und speziell auf dem Gebiet der Integration von behinderten Schülerinnen und Schülern hat die Steiermark eine unbestrittene Vorreiterrolle inne, denn seit 1993 werden in der Steiermark behinderte gemeinsam mit nicht behinderten Kindern in der Volksschule unterrichtet. Im Jahr 1999 gab es knapp 2000 Integrationsschülerinnen und -schüler an Volks- und Hauptschulen.

Es ist für uns überhaupt kein Problem, diesen Antrag wieder zu unterstützen, wie auch bereits voriges Jahr um diese Zeit.

Worauf es aber auch in dieser Sache ankommt, ist die tatsächliche Bereitstellung der entsprechenden Stundenkontingente. Das ist auch wieder eine Sache, wo Geld vonnöten sein wird. Wir bekennen uns, wie auch in allen anderen Fragen, die heute schon behandelt worden sind – am Beispiel der Begleitung von Sterbenden – zu dieser finanziellen Investition. Wir sind dazu bereit. Aber auch bei Ihnen sollten diesen Worten wieder Taten folgen. Auch hier steht noch die politische Stunde der Wahrheit ins Haus. Ich bitte Sie dann auch um Ihre Unterstützung, nicht nur beim Formulieren und Einbringen von Anträgen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 114/1, betreffend den Bericht gemäß Artikel 1 Paragraph 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (13.04 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren des Hohen Hauses!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 27. März 2001 über den Bericht des Rechnungshofes, betreffend den Bericht gemäß Artikel 1 Paragraph 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. Nr. 64/1997, Einl.-Zahl 114/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes, betreffend den Bericht gemäß Artikel 1 Paragraph 8 des Bezügebegrenzungsgesetzes, BGBl. Nr. 64/1997, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (13.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 231/1, Beilage Nr. 15, Landesgesetz, mit dem das Gesetz über den Schutz des steirischen Landeswappens 1979 und das Gesetz über den Ehrenring des Landes Steiermark 1959 geändert werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Wolf Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (13.06 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Ich gebe den Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 231/1, Beilage Nr. 15, Landesgesetz, mit dem das Gesetz über den Schutz des steirischen Landeswappens 1979, LGBl. Nr. 8/1980 und das Gesetz über den Ehrenring des Landes Steiermark 1959, LGBl. Nr. 71 zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 38/1960 geändert werden.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seiner Sitzung am 27. März 2001 die Beratung über die genannte Regierungsvorlage durchgeführt und folgende Änderung eingebracht:

Gesetz über den Ehrenring des Landes Steiermark, LGBl. Nr. 71/1959 zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 38/1960:

In Paragraph 4 erster Satz wird die Wortfolge „mit Geld bis zu 3000 Schilling oder mit Arrest bis zu zwei Wochen“ durch die Wortfolge „mit einer Geldstrafe bis zu 220 Euro“ ersetzt.

Die Verhängung einer Primärarreststrafe soll nicht mehr vorgesehen werden.

Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Landesgesetzes, mit dem das Gesetz über den Schutz des steirischen Landeswappens 1979, LGBl. Nr. 8/1980 und das Gesetz über den Ehrenring des Landes Steiermark 1959, LGBl. Nr. 71/1959 zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 38/1960 geändert werden, wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme! (13.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/1, den Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (13.09 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben gehört, ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 230/1, betreffend den Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte, die sogenannte Patientencharta.

Bekanntlich hat der Steiermärkische Landtag in der 6. Sitzung seiner XIV. Gesetzgebungsperiode am 13. Februar dieses Jahres nachstehenden Beschluss gefasst:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG mit dem Bund zur Sicherstellung der Patientenrechte (Patientencharta) abzuschließen, die unter anderem folgende Punkte beinhalten soll:

Achtung der Persönlichkeitsrechte und Menschenwürde der Patienten, keine Diskriminierung von Patienten und Patientinnen auf Grund ihrer Krankheit und einige mehr, an die Sie sich aus der damaligen Sitzung ja erinnern.

Es liegt nun ein Vereinbarungsentwurf vor, der alle in der seinerzeitigen Entschließung des Landtages enthaltenen Punkte ebenso beinhaltet, und ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark zur Sicherung der Patientenrechte, diese sogenannte Patientencharta, wird zur Kenntnis genommen. (13.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Forenbacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Forenbacher (13.11 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Entwurf einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a zwischen dem Bund und dem Land Steiermark soll die Vertragsparteien verpflichten, die in der Charta angeführten Patientenrechte im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit sicherzustellen. Es ist jedoch nicht so, dass gesetzliche Grundlagen fehlen würden, viel mehr finden sich entsprechende Vorschriften in den verschiedensten Bundes- und Landesgesetzen, wie Ärztegesetz, Sozialversicherungsgesetz, Psychologie- und Psychotherapeutengesetz, MTD-Gesetz, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, Hebammengesetz, Kardiotechnikergesetz, Krankenanstaltengesetz et cetera. Durch diese Aufsplitterung der Rechte der Patienten in eine Vielzahl von Gesetzen ist eine klare Information für den Patienten, der nicht Jus studiert hat, fast unmöglich. Damit ich aber nicht falsch verstanden werde, wir wollen nicht den Staatsanwalt am Krankenbett oder gar amerikanische Verhältnisse, sondern wir wollen, dass der Patient in übersichtlicher Weise über seine Rechte, aber auch über seine Pflichten informiert wird. Der vorliegende Entwurf behandelt in 37 Artikeln folgende Themenkreise, ich kann das jetzt schwerpunktmäßig zitieren:

Schutz der Persönlichkeit und Achtung der Menschenwürde, Recht auf Behandlung und Pflege dem jeweiligen Stand der Wissenschaft entsprechend, Recht auf Achtung und Wahrung der Privatsphäre, dazu gehört auch das Sterben in Würde – wir haben heute schon davon gesprochen –, das Recht auf Selbstbestimmung und Information. Da geht es im Wesentlichen um die entsprechende Aufklärung, wobei sich die Aufklärung am Wohle des Patienten zu orientieren hat. Das Recht auf Dokumentation, diese Pflicht zur Dokumentation ist im Ärztegesetz umfassend abgehandelt, aber zur Dokumentation gehört auch der Widerspruch gegen Organentnahme oder Willenserklärungen über künftige Behandlungen. Besondere Bestimmungen gelten für Kinder. Ein wichtiger Punkt ist die Vertretung von Patienteninteressen.

Gerade die Steiermark war durch die Installierung der Patientenombudsfrau in dieser Hinsicht wegweisend tätig, wodurch den Patienten vielfach geholfen werden konnte. Schließlich haben wir auch die Durchsetzung von Schadensansprüchen in dieser Charta abzuhandeln. Diese Charta sollte in patientengerechter Form in den Krankenanstalten und den Arztpraxen aufgelegt werden und damit jedem Patienten, aber auch den Angehörigen der Gesundheitsberufe – und ich finde das als einen wichtigen Punkt, weil hier bestehen offensichtlich Mängel – zugänglich gemacht werden.

Durch diese übersichtliche Zusammenfassung der Patientenrechte in einer Patientencharta im Rahmen einer Artikel-15 a-Vereinbarung kann auch die Möglichkeit genutzt werden, die Rechte weiterzuentwickeln und allfällige Lücken zu schließen. Demgegenüber könnte das auch in Überlegung stehende Bundespatientengesetz nur Teilbereiche lösen und abdecken.

Und schlussendlich ein nicht unwesentlicher Aspekt dabei – und das wird den Landesrat für Finanzen freuen –, für das Land Steiermark werden sich aus der Patientencharta keine Mehrkosten ergeben. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 13.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (13.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben uns ja schon letztes Mal ausführlich über diese Patientencharta unterhalten und darüber diskutiert. Ich habe damals schon gesagt, alles, was zur Sicherstellung der Patientenrechte führt oder was eben zu einer möglichen Erweiterung dieser beitragen kann, findet absolut unsere Zustimmung und ist zu befürworten. Es ist festzuhalten, dass dem Patienten mit dieser Charta natürlich unmittelbar kein subjektiv durchsetzbares Recht erwächst, sondern diese Charta bietet eine komprimierte Information über die Rechtslage des Patienten, es ist quasi ein politisches Bekenntnis der Verantwortungsträger zur Sicherstellung der Patientenrechte. Wichtig ist, und das ist das Entscheidende, das habe ich auch letztes Mal schon gesagt, dem Patienten seine Rechte zur Kenntnis zu bringen. Das ist entscheidend. Das heißt, diese Charta soll in patientengerechter Form, in lesbarer Form in jedem Krankenhaus aufgelegt werden, soll jedem Patienten zugänglich gemacht werden. Es hilft nichts, wenn der Patient nicht über seine Rechte Bescheid weiß. Er kann nur dann Rechte geltend machen, wenn er sie auch kennt. Ich darf dazu sagen, auch das habe ich letztes Mal schon gesagt, dass es ja bereits eine Broschüre gibt, und zwar der Patientenvertretung „Meine Rechte als Patient“, in der eben alle wesentlichen Informationen, Telefonnummern, Adressen und so weiter schon enthalten sind. Das heißt, entscheidend einerseits ist, dass es diese Patientencharta gibt, aber viel wichtiger noch, die Inhalte den Patienten zur Kenntnis zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich muss schon einige Bemerkungen noch dazu anführen. Wenn diese vorliegende Charta nicht nur ein Stück Papier bleiben soll, das heißt, wenn dieses politische Bekenntnis, von dem ich gesprochen habe, nicht nur ein Stück Papier bleiben soll, dann haben sich beide Vertragspartner daran zu halten, aber auch der Bund hat sich an diese von ihm mitbeschlossenen Artikel zu halten.

Ich verweise auf den Artikel 30, in dem hier steht: „Es ist sicherzustellen, dass unabhängigen Patientenvertretungen Gelegenheit geboten wird, vor Entscheidungen in grundlegenden allgemeinen patientenrelevanten Fragen ihre Stellungnahme abzugeben und so weiter.“ Das heißt, die Patientenvertretungen wären natürlich bei der Einrichtung und bei der Festlegung der – sage ich einmal – unglücklichen Ambulanzgebühren einzubinden gewesen. Artikel 30 hält dies ja dezidiert fest. Das heißt, dieses Ausschließen der Patientenvertretung bei der Einrichtung dieser Ambulanzgebühren verstößt sicherlich gegen die Spielregeln dieser Charta. Der Erste, der gegen diese Charta verstoßen hat, war der Bund selbst.

Übrigens die Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Patientenvertretungen wird auch aus diesem Grunde eine entsprechende Beschwerde beim Bund einbringen. Ich möchte das hier festhalten.

Meine Damen und Herren, ich glaube mein Vorredner hat auch schon darauf hingedeutet, dass einen wesentlichen Aufgabenbereich in der Umsetzung der Patientenrechte eben die Patientenvertretungen übernehmen; bei uns eben die Patientenombudsfrau Mag. Skledar mit ihrem Team. Und Artikel 29 dieser Charta hält dies ja auch fest, „zur Vertretung von Patienteninteressen sind unabhängige Patientenvertretungen einzurichten und“ – jetzt kommt es – „mit dem notwendigen Personal und Sacherfordernissen auszustatten“. Eine Forderung, eine Anforderung, festgehalten im Artikel 29.

Der Landtag hat zwar unserer Patientenvertretung immer einen größeren Aufgabenkatalog übertragen, aber gleichzeitig hat die Patientenvertretung nicht die hierfür notwendige und adäquate Infrastruktur erhalten. Vor allem im personellen Bereich hat die Patientenvertretung nicht das bekommen, was sie eigentlich hätte bekommen müssen, um ihren immer umfassender werdenden Aufgabenkatalog auch wahrzunehmen. Das heißt, mit den gestiegenen Anforderungen ist die personelle Ausstattung eben nicht im gleichen Ausmaß gestiegen. Ich habe gehört, dass die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Ombudsfrau bereits an den Grenzen ihrer Belastbarkeit angelangt sind.

Ich darf nur verweisen – nur ein Beispiel –, dass es im Jahr 60 Schlichtungssitzungen gibt, in der Woche etwa drei Schlichtungssitzungen. Eine Schlichtungssitzung dauert zwischen fünf und sieben Stunden. Bei 60 Schlichtungssitzungen sind das 300 Stunden, und zwar nur Sitzen. Da ist noch keine Dokumentation dabei. Da ist noch keine Vor- und Nachbereitung dabei. Das ist eine reine Sitzungszeit. Übrigens eine Konsequenz daraus, weil diese Aufgabe nicht mehr in dieser Form wahrgenommen werden kann, seit 1. März nimmt die Patientenvertretung an keiner dieser Sitzungen mehr teil. Das wird auch nicht unbedingt zu einer verbesserten Qualität der Patientenrechte beitragen.

Darüber hinaus sollte jetzt – wie wir das ja auch selbst wollen, hier der Landtag – der riesige Komplex der Altenpflegevertretung ja auch noch zum ohnehin schon strapazierten Aufgabenkatalog der Patientenombudsfrau hinzukommen. Wir wollen das ja ohne-hin, dass es eben eine Patienten- und Altenpflegevertretung werden sollte, aber – und darauf möchte ich auch hinweisen –, wie in einem Schreiben der Rechtsabteilung 1 hier steht, die Patientenvertretung sollte eben diese zusätzlichen Aufgaben bekommen, aber ohne Erhöhung des bisherigen Personalstandes sollte dieser zusätzliche Aufgabenkatalog in der Patientenanzwaltschaft bewältigt werden. Das wird, meine Damen und Herren, nicht möglich sein. Das ist nicht machbar. Das ist auch nicht mehr vertretbar. Hier, glaube ich, ist Handlungsbedarf angesagt. Man kann einfach nicht Forderungen stellen auf der einen Seite nach mehr Service, nach mehr Leistungen, diese Anforderungen immer höher schrauben, aber gleichzeitig die dafür notwendigen Mittel, sowohl finanzielle, aber vor allem auch personelle Mittel nicht zur Verfügung stellen. Die Folge wäre, dass die Qualität der Patientenvertretung schlechter wird, trotz Charta. Betroffen sind ja wieder Menschen, Patienten, die mit ihren rechtmäßigen legitimen Anliegen wieder auf der Strecke bleiben. Ich glaube, das ist eine Entwicklung, der man hier ganz ganz eindeutig und konsequent gegensteuern muss. Wenn es einen vermehrten Aufgabenkatalog gibt, dann bitte auch mit zur Verfügungstellung der hierfür notwendigen und entsprechenden Mittel, vor allem personelle. Daher meine Bitte an dieser Stelle an den Personallandesrat, dafür zu sorgen, dass so schnell wie möglich die Patientenvertretung mit dem den Anforderungen entsprechendem Personal besetzt wird. Das heißt, sowohl die Anzahl des Personals erhöhen, aber bitte auch schauen, dass das Anforderungsprofil stimmt. Das sollte auch entsprechend berücksichtigt werden. Anzahl und Qualifikation des Personals, das die Patientenvertretung benötigt, um ihre Arbeit mit entsprechender Qualität durchführen zu können, so wie wir uns das vorstellen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.25 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 189/1, der Abgeordneten Gennaro und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend Wählbarkeit für in Österreich erwerbstätige Personen aus anderen EU/EWR-Mitgliedsstaaten in die gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen und zu Betriebsräten.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (13.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie der Herr Präsident schon sagte, geht es hier um die Wählbarkeit in die gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen und zu Betriebsräten. Und zwar hat die EU-Kommission die österreichische Regierung aufgefordert, das passive Wahlrecht für AusländerInnen bei AK-Wahlen und Betriebsratswahlen einzuführen. Die Kommission wirft der Regierung vor, gegen das Gemeinschaftsrecht zu verstoßen.

Die Kommission fordert die Republik Österreich auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um dieser mit Gründen versehenen Stellungnahme nachzukommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die sicherstellt, dass erstens in Österreich erwerbstätige Personen aus anderen EU-EWR-Mitgliedsstaaten von der Wählbarkeit in die gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen nicht ausgeschlossen werden und zweitens gemeinschaftsrechtlich begünstigte Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-EWR-Mitgliedsstaates haben, von der Wählbarkeit in die gesetzlichen beruflichen Interessenvertretungen und zu Betriebsräten nicht ausgeschlossen werden. Ich bitte um Annahme! (13.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (13.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte hier einen Abänderungsantrag gemäß Paragraph 34 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages zu diesem Tagesordnungspunkt einbringen der Abgeordneten Gennaro und Dr. Bachmaler-Geltewa, betreffend Einl.-Zahl 189/1.

Im oben erwähnten Antrag ist im Beschlusstext ein redaktioneller Fehler übersehen worden, der hiermit verbessert wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag mit der Einl.-Zahl 189/1 wird in der abgeänderten Form beschlossen, dass im Antragstext der Passus im ersten Absatz „bis zum 31. Jänner 2001“ durch das Wort „raschestmöglich“ ersetzt wird. Ich ersuche um Zustimmung und Annahme! (Beifall bei der SPÖ. – 13.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Drexler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (13.29 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Antrag, der uns vorliegt, der Abgeordneten Gennaro und Dr. Bachmaier-Geltewa bezüglich des passiven Wahlrechts für EU-Ausländer, EWR-Ausländer und Bürgerinnen und Bürgern aus sogenannten gemeinschaftsrechtlich begünstigten Staaten – es handelt sich um jene Staaten, die Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union haben –, dem ist jedenfalls zuzustimmen. Es ist auch kein besonders revolutionärer Akt, diesem Antrag zuzustimmen, zumal das, was hier drinnen steht, geltendes Recht in Österreich ist.

Tatsächlich ist es aber so, dass der Paragraph 21 des Arbeiterkammergesetzes das passive Wahlrecht an das passive zum Nationalrat koppelt. Da wäre das nicht der Fall. Diese Bestimmung wird aber schon heute durch gemeinschaftsrechtliche Bestimmungen überlagert. Wir erinnern uns möglicherweise an das Anfechtungsverfahren zur Arbeiterkammerwahl in Vorarlberg, wo das seitens des damaligen Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales auch mittels Bescheid entsprechend festgestellt wurde. Wir haben die Arbeiterkammerwahlen 2000 etwa in der Steiermark schon auf Basis dieser rechtlichen Lage durchgeführt. Es waren ja auch eine Reihe von Kandidaten, die nicht aus Österreich stammten und damit hatten sie auch damals schon das passive Wahlrecht, so sie EU-Bürger waren, EWR-Bürger oder eben aus einem Staat mit Assoziierungsabkommen stammten, etwa die nunmehrige Fraktionsführerin der Grünen als Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Grüner Gewerkschafter/innen, Ilse Loewe-Vogel, ist ja auch Staatsbürgerin der Bundesrepublik Deutschland. Das heißt, es ist eigentlich schon so, wie es hier drinnen steht, wie man überhaupt sagen muss, dass die Arbeiterkammer bezüglich Ausländerwahlrecht immer schon sehr liberal, und meines Erachtens auch in diesem Fall richtig, konstituiert war. Das aktive Wahlrecht hatten ja immer schon alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das heißt, die Diskussion dreht sich eigentlich nur um das passive Wahlrecht. Daher ist diesem Antrag auch zuzustimmen, weil er im Endeffekt auch keine besondere Wirkung entfaltet, selbst wenn die Bundesregierung dem Ansinnen nachkommt.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen zum Thema Wahlrecht zu den Vollversammlungen der Arbeiterkammern weitergehend etwas zu sagen. Wir haben das Wahlrecht zur Arbeiterkammer erst 1998 novelliert, bemerkenswerterweise mit zwei entsprechenden Beschlüssen im Nationalrat, weil es auch damals bereits zu einer Gesetzgebungspanne gekommen ist, obwohl ja manche den Eindruck erwecken, dass derartige Pannen erst im Speedzeitalter auftreten, aber offensichtlich war der Speed damals auch recht groß, denn es ist im Nationalrat seinerzeit auf eine Seite des Gesetzes vergessen worden und daher ist ein zweiter Beschluss notwendig gewesen. Die damalige Novelle hat eine Reihe von Kritikpunkten aus unserer Sicht beinhaltet, nicht zuletzt die Ausdehnung des Wahlzeitraumes auf bis zu drei Wochen, wo unseres Erachtens der Charakter einer Wahl eigentlich nicht mehr ganz klar war. Es hat aber auch einen positiven Punkt gebracht. Neben der Abschaffung der sogenannten Wahlkörper ist erstmals bei einer wesentlichen Wahl – und immerhin sind in der Steiermark 328.000 Wahlberechtigte bei dieser Arbeiterkammerwahl wahlberechtigt gewesen – im großen Umfang die Möglichkeit der Stimmabgabe auf dem Postwege, die Briefwahl, verwirklicht worden. Die Erfahrungen damit waren sehr positiv und daher darf ich namens unserer Fraktion hiezu auch einen Entschließungsantrag einbringen, den ich Ihnen gerne verlesen darf:

Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Drexler und Bacher, betreffend Novellierung des Arbeiterkammergesetzes zur generellen Ermöglichung der Briefwahl.

Die Arbeiterkammerwahlen im Jahre 2000 fanden unter Anwendung eines neuen Wahlrechts statt, welches durch eine Novelle des Arbeiterkammergesetzes 1992 geschaffen wurde. Neben der herkömmlichen Wahl in sogenannten Betriebssprengeln, die etwa die Hälfte der Wahlberechtigten betraf, gab es erstmals die Möglichkeit der Stimmabgabe auf dem Postweg – die Briefwahl. Diese wirkliche Neuerung im Wahlrecht war ein Erfolg. Die Wahlbeteiligung stieg in der Steiermark bei der Arbeiterkammerwahl 2000 im Vergleich zu jener im Jahre 1994 um 14 Prozentpunkte von 29,5 auf 43,5 Prozent. Die Durchführung der Wahl wurde insgesamt auch kostengünstiger, obwohl die Wahl in den Betriebssprengeln zeitlich erheblich ausgedehnt und daher teurer wurde. Der Erfolg der Briefwahl bei der Arbeiterkammerwahl mit insgesamt immerhin 328.000 Wahlberechtigten in der Steiermark sollte auch für allgemeine Wahlen Vorbildcharakter entfalten. Vor allem aber sollte in der Arbeiterkammer der erfolgreiche Weg der Briefwahl fortgesetzt werden und die Stimmabgabe auf dem Postweg zur generellen Norm werden. So könnte auch jenen Kritikpunkten begegnet werden, die andere Arbeiterkammerwahlrechtsreformen, zum Beispiel die zeitliche Ausdehnung der Wahl in Betriebssprengeln auf bis zu drei Wochen etc., betrafen.

Es wird daher der Antrag gestellt der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Novelle des Arbeiterkammergesetzes 1992 vorzubereiten, die grundsätzlich die Stimmabgabe auf dem Postweg bei Wahlen zu den Vollversammlungen der Kammern für Arbeiter und Angestellte vorsieht.

Ich darf Sie bitten diesem Antrag zuzustimmen. Ich glaube, dass wir hier nach dem Versuch bei der letzten Arbeiterkammerwahl endgültig demokratiepolitisches Neuland betreten können und bei einer großen und ernst zu nehmenden Wahl die Briefwahl flächendeckend einführen könnten. Wir haben auch gesehen, dass das beim letzten Mal sehr gut geklappt hat, dass die Ausdehnung auf drei Wochen bei den Betriebssprengeln überhaupt nicht notwendig war, vor allem weil wir wissen, dass dieser Weg der Stimmenabsammlung über das ganze Land zum einen teuer und zum anderen auch, was die Sicherheit des Wahlvorganges im Zusammenhang mit Manipulationen betrifft, keinesfalls gewährleistet ist. Daher wäre es unseres Erachtens der sinnvollste Weg, die Briefwahl generell einzuführen. Wir haben sehr positive Erfahrungen damit beim letzten Mal gemacht. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, dass das, was bei den Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmern aus kleinen und Kleinstbetrieben sehr gut funktioniert hat, zu einer Steigerung der Wahlbeteiligung geführt hat, sozusagen den Wahlberechtigten aus den Großbetrieben nicht zugemutet werden kann, vor allem weil wir im Interesse der möglichst unbeeinflussten Stimmabgabe, um das einmal vorsichtig zu formulieren, größtes Interesse daran haben, dass die Stimmabgabe auf dem Postwege erfolgen kann. Ich darf Sie daher einladen, auch diesem Entschließungsantrag so wie dem eigentlichen Antrag zuzustimmen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 13.36 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (13.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Sozialdemokratische Fraktion wird diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen mit folgender Begründung. Wenn der Kollege Drexler sagt, dass es sich so positiv darstellt, dass die Briefwahl eingeführt wurde, so könnte ich mir noch ein Mitgehen vorstellen, wenn damit nicht verbunden wäre, dass man die Betriebssprengel abschaffen will, das Wählen in den Betriebssprengeln. Ich möchte nur korrigieren, es ist sicher richtig, dass durch die Briefwahl noch zusätzlich eine bessere Wahlbeteiligung war, aber wenn man die Wahlbeteiligung in den Betriebssprengeln vor Ort und bei den Briefwählern feststellt, dann können wir vermerken, dass in der Steiermark bei den Betriebssprengeln eine Wahlbeteiligung von 62,71 Prozent war und bei den Briefwählern nur 26,5 Prozent. Noch dazu, wo du von Objektivierung sprichst und so weiter, ich kann sagen, bei einer Briefwahl ist das Wahlgeheimnis sicherlich nicht gewährleistet, da kann ich im Gasthaus oder irgendwo ausfüllen und eine Wahl machen. Im Gegenteil, ich glaube, ihr seid heute mit diesem Antrag gekommen, weil ihr wisst, dass erstens einmal, wenn die Briefwahl generell wieder eingeführt wird, die Wahlbeteiligung wieder zurückgeht. Das wollen wir nicht, wir wollen beides. Die Briefwahl ist bereits ermöglicht und man soll auch die Betriebswahlsprenkel dementsprechend aufrecht erhalten, nur um eine optimale Wahlbeteiligung zu bringen. Wenn man nur aus politischer Sicht oder aus politischen Hintergründen das verhindern will, weil man weiß, dass das Ergebnis für die ÖVP bei der Briefwahl auch nicht das war, was sie sich erhofft haben und bei den Betriebssprengeln natürlich der Anteil der ÖVP sehr gering ist, will man das jetzt zunichte machen. Wir werden deshalb diesem Antrag keine Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (13.38 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte leere Regierungsbank, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Das ist auch ein Signal, wenn bei so einem Thema sich kein Regierungsmitglied zuständig fühlt.

Die Grünen werden dem ursprünglichen Antrag zustimmen. Für uns ist er aber dennoch nicht weitreichend genug. Das ist ein Antrag, der sich nur auf Türkinnen und Türken bezieht, die in Österreich arbeiten, weil das die sogenannten gemeinschaftsrechtlich begünstigten Personen sind, sprich in Ländern sind, wo die EU Assoziationsabkommen hat. Wir wünschen uns aber, dass alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in Österreich sind, sowohl das aktive als auch das passive Betriebsratswahlrecht haben.

Die alternativen und grünen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben in Tirol, in Wien und in Salzburg deshalb bei den letzten Arbeiterkammerwahlen immer mit Listen kandidiert, wo auch Personen kandidiert haben, die nicht in diesen Bereich fallen. Und wir werden das weiterhin konsequent aufrecht erhalten. Wir wünschen uns, wie gesagt, dass alle Personen, die in Österreich werktätig sind, auch die Möglichkeit haben, demokratisch legitimiert als Betriebsrat oder Betriebsrätin die Interessen von Ausländern und Ausländerinnen wahrzunehmen.

Dass das rechtlich geändert werden muss, ist eine Situation, die in Österreich seit vielen Jahrzehnten bekannt ist und wo die SPÖ in ihrer früheren Regierungsverantwortung nicht gerade rasend temperamentvoll für die Umsetzung gekämpft hat. (13.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (13.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ganz kurz noch einmal zu diesem Thema. Zum einen bezüglich des Vorwurfs der Edith Zitz, dass das nur Türken betreffen würde, das ist nicht der Fall. Schon bei der letzten Arbeiterkammerwahl waren auch passiv wahlberechtigt Bürgerinnen und Bürger aus Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Lettland, Estland, Litauen, Slowenien, Tunesien, Algerien, Marokko und der Russischen Föderation. Das heißt, da sind schon einige mehr als nur die Türkei von diesen Bestimmungen erfasst. Nicht wahlberechtigt war – das ist richtig – ein Bürger der Volksrepublik Mongolei. Das haben wir auch in der Hauptwahlkommission entsprechend zu beschließen gehabt, da die Volksrepublik Mongolei dem Vernehmen nach weder Mitglied der EU noch des EWR ist, noch ein Assoziationsabkommen hat.

Insofern ist dein Ansinnen so zu akzeptieren. Tatsächlich ist es aber so, dass hier schon jetzt mehr an Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer da ist, als in irgendeinem anderen gesellschaftlichen Bereich.

Ich wollte aber eigentlich zum Kurt Gennaro noch kurz etwas sagen. Unser Ansinnen ist nicht, hier irgendwelche wahlstrategischen Sachen für die nächsten Wahlen 2004 oder sonst irgendwas auf diesem Wege zu machen. Es hat sich herausgestellt, dass Leute, die früher überhaupt nicht an dieser Wahl teilnehmen konnten, weil die seinerzeitigen Betriebswahllokale eben aus deren Sicht, wenn sie in irgendeinem Ein-, Zweimannbetrieb in irgendeiner Ortschaft beschäftigt waren, hinter den sieben Bergen lagen und sie diesen Weg nur zur Stimmabgabe nicht auf sich genommen haben. (Abg. Gennaro: „Jetzt haben sie die Briefwahl!“) Daher ist die Briefwahl gekommen und sie war ein großer Erfolg. Dass die Beteiligung bei der Briefwahl geringer war insgesamt als bei den Betriebswahlspengeln, ist keine besondere Erkenntnis, denn wenn ich über drei Wochen in den Betriebswahlspengeln Zeit habe, die Stimmen abzusammeln und natürlich mir die Organisationen, die etwa die sozialdemokratischen Gewerkschafter in manchen Bereichen haben, da zupass kommt, ist klar, dass die Beteiligung höher ist. Ich habe versucht, das vorhin nobel auszudrücken und habe gesagt, bitte schön, es ist nicht immer in den Betriebswahlspengeln gewährleistet, dass alle Wahlgrundsätze, die wir so in der freien westlichen Welt einigermaßen für uns in Anspruch nehmen, gewährleistet sind. Man kann es auch deutlicher sagen. Die größte jemals stattgefundenen Wahlanfechtung samt Durchführung einer Neuwahl war bei der VOEST-Alpine-Stahl Donawitz, wo ein reinrassiges SPÖ-Ergebnis zustande gekommen ist 1992. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist schon ein Zeiterl, aber ich weiß nicht, ob das heute anders ist. Nur für eine gefälschte Wahl zu applaudieren, ist eine ganz neue Geschichte. Das ist nicht schlecht. Das ist nämlich vorm Strafrichter gelandet. Sie genießen natürlich die Immunität. Aber für die Kollegen dort hatte diese Sache ein Endspiel vor dem Strafrichter. Davor wollen wir alle bewahren, keine Frage.

Aber Tatsache ist, dass diese Wahl in den Betriebswahlspengeln zwar von den Zahlen gut aussieht, ja die Beteiligung ist hoch, aber ob da wirklich jeder aus freien Stücken von seinem so hohen und hehren Wahlrecht Gebrauch macht und wie er Gebrauch macht, ist meines Erachtens nicht gewährleistet. Deswegen wäre die Stärkung der Briefwahl, wo heute schon 50 Prozent der Wahlberechtigten davon betroffen waren, und mir ist kein Fall bekannt, dass da irgendetwas nicht hingehaut hätte oder sonst etwas, ein demokratiepolitischer Fortschritt. Und es ist kein Zufall, dass die Minderheitsfraktionen in der Arbeiterkammer – ich habe etwa mit den freierlichen Arbeitnehmern da auch Gespräche geführt – genau das so sehen. Denn wenn in den letzten Tagen immer wieder von Machtrausch im anderen Zusammenhang die Rede war, dann ist ja das, was in 50 Jahren sozialistischer Alleinherrschaft in der Arbeiterkammer gelegentlich dargeboten wurde, sicher einem ähnlichen Genre zuzurechnen. Daher ist dieser Antrag der Versuch einer demokratiepolitischen Durchlüftung in diesem Bereich. Daher bitte ich nochmals, diesem Antrag, auch dem Entschließungsantrag, zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich komme nunmehr zur Abstimmung:

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der SPÖ zur Einl.-Zahl 189/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 189/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Novellierung des Arbeiterkammergesetzes zur generellen Ermöglichung der Briefwahl, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 203/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Ausbau der Koralmbahn/Südbahn im Abschnitt GrazHauptbahnhof–Puntigam/Grenzgasse.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (13.46 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über das Geschäftsstück Einl.-Zahl 203/1 der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Ausbau der Koralmbahn/Südbahn im Abschnitt Graz-Hauptbahnhof–Puntigam/Grenzgasse.

Die Europäische Union hat im Juli 1996 die Leitlinien für das „transeuropäische Netz“ mit 16 Schlüsselverbindungen als Vorhaben von gemeinsamem Interesse festgeschrieben. Graz gilt als solche Schlüsselverbindung im Kreuzungsbereich der Pyhrn-Schober-Achse, das ist Regensburg–Graz–Marburg, und der Pontebbana, das ist Warschau–Wien–Graz– Udine–Venedig, welche auf italienischer Seite seit Dezember bis an die österreichische Staatsgrenze fertig gestellt ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, erstens um die Erteilung der Bauübertragung für den Ausbau der Koralm-Südbahn im Grazer Streckenabschnitt Graz-Hauptbahnhof–Puntigam/Grenzgasse entsprechend den vorliegenden Ausbauplänen der HL-AG zu erreichen und zweitens für eine rasche Realisierung der ersten Bauphase des Ausbaus der Koralmbahn/Südbahn, die den Ausbau der Verbindung Graz–Werndorf sowie den Ausbau der Verbindung nach Spielfeld umfasst, einzutreten. Ich ersuche um Annahme! (13.48 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (13.48 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr Landesrat!

Ich werde, da wir in der Folge eine Dringliche Anfrage mit einem Thema stellen, das dem vorliegenden Antrag über weite Strecken vom Inhalt her ähnelt, hier keine längeren Ausführungen tätigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen speziellen Aspekt eingehen, nämlich dass sich die Steiermark in einer doppelten Mühle befindet, was den Stand der Bahnverbindungen anbelangt. Das heißt, wir haben in unserem Bundesland nicht nur jetzt wegzustecken, dass die Mittel für den Bahnausbau gekürzt werden – von 250 Milliarden, an vorliegenden Projekten sind 143 Milliarden von der Bundesregierung für die kommenden fünf Jahre vorgesehen. Wir haben also eine Kürzung in ganz Österreich auf diesem Sektor zu vergegenwärtigen und es wird schwieriger, Bahnprojekte durchzusetzen. Die zweite Sache für die Steiermark jetzt besonders ernst, ist, dass wir, wie Sie wissen, im Netz, im Hochleistungsnetz der Bahnverbindungen so dastehen, dass wir das Loch und nicht der Faden sind. Das heißt, es gibt in der Steiermark praktisch nicht einen Kilometer, wenn man jetzt einmal von der Strecke Palten-Liesingtal absieht, die aber auch nicht als Hochleistungsbahn genutzt wird, es gibt praktisch nicht einen Kilometer Hochleistungsbahn in der Steiermark und – und jetzt kommt der Punkt – wir haben auch noch zu vergegenwärtigen, dass wir eine Position haben, die unsere Verhandlungsführung insofern erschwert, als wir auch keine baureifen Projekte oder sehr wenig baureife Projekte vorlegen können. Das ist natürlich dann schwierig in einer Verhandlung der Bundesregierung gegenüber, Projekte durchzusetzen, wo ohnehin schon sehr harte Gespräche anstehen, wenn man sich dann schlicht und ergreifend für Projekte einsetzen soll, die eigentlich gar nicht baureif sind, sich für Projekte einsetzen soll, die erst geplant werden müssen, bevor sie dann allenfalls gebaut werden können.

Die neue Südbahn – das ist das Zweite, das ich an der Stelle noch erwähnen möchte zu dem Thema Südbahn – ist, wie in dem gegenständlichen Antrag schon erwähnt, Teilstück der Pontebbana. Es ist jetzt gerade in den letzten Tagen von Seiten der Landeshauptleute von Wien, Niederösterreich und Burgenland wieder darauf hingewiesen worden, dass es ja viel einfacher sei, die Südbahn von Wien aus über Ungarn zu führen. Und man hat bei der Gelegenheit auch verwiesen, dass ja die Europäische Union demnächst erweitert werden soll und man solle das bitte zur Kenntnis nehmen. Aus unserer Sicht sollte man zuerst einmal, wenn man das Wort „zur Kenntnis nehmen“ in den Mund nimmt, erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass unser Nachbar Italien um sage

und schreibe 150 Milliarden Schilling eine Hochleistungsbahn bis Tarvis gebaut hat, um 150 Milliarden Schilling! Das ist nicht ein Strich am Papier und nicht einmal der existiert, was die Verbindung von Wien Richtung Szombathely anlangt, sondern das ist eine fertig gestellte Bahn. Das ist die zweite Anmerkung. Ich komme jetzt aber zurück zu einem Entschließungsantrag, den ich im Zusammenhang mit dem Ausbau von Bahnverbindungen stellen möchte und vor dem vorhin geschilderten Hintergrund, dass wir nicht nur einen Rückstand haben, was den Ausbau angeht, sondern auch was die Planung angeht.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, die Planung für die Bahnstrecken Selzthal–Passau, Graz–Ungarn sowie Graz–Spielfeld zügig voranzutreiben und dazu der HL-AG. die Planungsübertragung zu erteilen.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung, weil ich in dem Antrag auch die HL-AG. explizit angeführt habe. Ein Problem, das wir in der Vergangenheit hatten, war das, dass von Seiten der ÖBB aus verschiedenen Gründen, die mich im Grunde genommen gar nicht interessieren, weil das nicht meine Sache ist, ich wende mich an die zuständigen Politiker, die ÖBB Bahntrassen, die für die Steiermark lebenswichtig sind, wie etwa Graz–Spielfeld oder auch Selzthal–Passau und andere im Ennstal etwa, leider nicht entsprechend zügig geplant hat. Und daher auch die Erwähnung im Antrag, die Planungen an die HL-AG. zu übertragen, die also in dem Fall aus Erfahrung, wie wir wissen, weit effizienter und weit zügiger, was die Planung angeht und später natürlich auch die Abwicklung, vorgehen kann. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (13.56 Uhr): Herr Präsident, werte Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe ja Verständnis dafür, dass jetzt nachdem der Frühling mit aller Vehemenz in unser Land gezogen ist mit dazugehörigen Temperaturen, dass sich auch hier herinnen eine gewisse Art von Frühjahrsmüdigkeit breit macht (Abg. Dr. Lopatka: „Bei der SPÖ vielleicht!“), weil die Debatten doch ein wenig emotionsloser geführt werden. Nur Gott sei Dank gibt es hier diesen Tagesordnungspunkt 15 noch auf der Tagesordnung. Ein Thema, das von großer existenzieller Bedeutung für unser Land ist, und ich meine, dass doch die einen oder anderen Emotionen geweckt werden.

Als 1854 die Semmeringscheitelsecke fertig gestellt wurde, war dies nicht nur eine planerische Großtat, sondern vor allem unheimliche technische Innovation. Aber nicht nur eine technische Meisterleistung war es, sondern hat vor allem der Bau dieser Scheitelsecke bewirkt, dass sich in den Regionen, die an dieser Südbahn gelegen sind, in der Folge wesentliche positive wirtschaftliche Entwicklungen gezeigt haben. Tausende von Arbeitsplätzen wurden geschaffen, viele Menschen sind in diese Region zugezogen. Und mit dem Bau dieser Scheitelsecke wurde der uralte Handelsweg zwischen der Monarchie, der Kaiserstadt Wien und dem Hafen in Triest wesentlich belebt. Über viele Jahre, Jahrzehnte hin hat diese Südbahn, die man jetzt so gerne als neue Südbahn bezeichnen will, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt. Leider Gottes hat man auf den technischen Fortschritt nicht wesentlich Rücksicht genommen. Neben kleineren Adaptierungen an der Südbahnstrecke und der großen Investition der Elektrifizierung hat sich nichts Wesentliches geändert. Und so sind wir heute in der Situation, dass den modernen wirtschaftlichen Anforderungen im Transportwesen und in anderen Dingen diese Südbahn und vor allem die Scheitelsecke nicht mehr gewachsen ist.

Leider Gottes reagiert die Politik nicht rechtzeitig darauf. Das Problem Basistunnel wurde sicher auch in diesem Haus schon wiederholt diskutiert, aber trotzdem möchte ich die Bedeutung dieses Bauwerkes noch einmal hier unterstreichen. Dass die Südbahn eine Hauptstrecke im österreichischen Interesse, nicht nur innerösterreichischen, sondern auch im Transitverkehr ist, ist unbestritten. Dass dieses Projekt – es gibt viele Gründe dafür – auch hohen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Nutzen bringen würde, ist auch durch mehrere Studien bestätigt. Ich darf das hier nur noch einmal in Erinnerung bringen. Die Wirtschaftlichkeit des Semmeringbasistunnels wurde mehrmals untersucht, überprüft und bestätigt, von Little 1988, Prognos 1994, Basler und Partner 1998 und 2000. Alle sind übereinstimmend zu einem Ergebnis gekommen, das Projekt ist betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftlich hochrentabel.

Der jährliche Verlust der österreichischen Volkswirtschaft bei Nichtrealisierung dieses Projektes beträgt je nach Prognose zwischen einer halben Milliarde und einer Milliarde Schilling. Das betriebswirtschaftliche Ergebnis liegt bei einer ähnlichen Größenordnung.

Man kann sich daher leicht selber ausrechnen, wie es um die Rückführung der notwendigen Investitionskosten bestellt ist. Deswegen ist für mich das ewige Verwirrspiel um diese Südbahn, um den Semmeringbasistunnel, der ja nur ein Teil des Ganzen ist, unverständlich.

Wir werden zwar dem vorliegenden Antrag zustimmen, aber genauso wie der Semmeringbasistunnel nur ein Teil dieses Gesamtkonzeptes ist und sein kann, so ist auch dieser Antrag nur ein ganz kleiner Teil der Gesamtverkehrslösung, die wir brauchen. Und ich verstehe nicht, dass man in der Steiermark, dass die Verantwortlichen in der Steiermark nicht endlich dazu bereit sind, wirklich vehement auf die Barrikaden zu steigen, um diesem Problem Herr zu werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Sie wissen, ich schätze Sie persönlich sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Ja, Sie können das ruhig mit Applaus kommentieren. Ich habe aber gesagt, persönlich sehr. Ich habe auch Verständnis dafür, Frau Landeshauptmann, dass Sie unter Verzicht auf einen ÖVP-Regierungssitz, unter Verzicht auf einen Landeshauptmannstellvertreter sich die Erhaltung Ihrer Macht mitbezahlt und gekauft haben. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie zu diesem Zeitpunkt nicht wissen konnten, was Sie für dieses Opfer bekommen, nämlich einen Ressortchef, der unheimlich inaktiv mit diesen Dingen, die von existenzieller Frage für unsere Steiermark sind, umgeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Und dir, Herr Landesrat, ich sage es dir, und wenn du noch so höhnisch hier hinter mir grinst, ich sage es dir (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Du pass auf, grinsen tust du vielleicht, ich nicht!“), ich bin enttäuscht vor dir, Herr Landesrat. Ich bin enttäuscht von einem, der im Mürztal beheimatet ist (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Ein Armutszeugnis!“) und nichts für diese Region tut, weil er sich einfach dem Diktat aus Kärnten beugen muss. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Verbal und inhaltlich schwach!“)

Da kommt die Frau Infrastrukturministerin, macht einen kurzen Besuch im südlichen Nachbarland und die Millionen fließen. Die steiermärkische Koalitionsregierung der ÖVP und der FPÖ fährt mit großem Aufgebot nach Wien und mit was kommt sie zurück? Leider Gottes, Frau Landeshauptmann, mit leeren Händen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Jahrzehntelang seid ihr gefahren!“)

Wie gesagt, Frau Landeshauptmann, und ich sage es noch einmal, trotz oder wegen diesem Applaus, ich schätze Sie persönlich, nur, Frau Landeshauptmann, warum sind Sie nicht bereit, wenn Sie es selbst nicht zusammenbringen – ich habe auch Verständnis dafür, dass in diesem Land die drittstärkste Partei in diesem Land einen wirklichen Sprecher hat, nämlich den Herrn Landeshauptmann aus Niederösterreich, ich habe Verständnis dafür, dass es Ihnen nicht gelingt, sich dem gegenüber durchzusetzen –, warum, Frau Landeshauptmann, ergreifen Sie nicht die helfende Hand, die wir immer wieder reichen? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Weil ihr das nicht könnt!“)

Warum hören wir nicht endlich auf mit diesem politischen Hickhack, wo sich jeder ein eigenes Fähnchen aufhängen will? Warum gehen wir nicht gemeinsam vor, wenn es um so existenzielle Fragen für unser Land geht? (Beifall bei der SPÖ.)

Dass wir vom Herrn Bundeskanzler diesbezüglich keine Hilfe zu erwarten haben (Abg. Dr. Lopatka: „Wo ist denn eure Regierung?“), ist uns in der Zwischenzeit allen klar geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nämlich die einzige Aktivität – ich habe es schon in der letzten Sitzung gesagt –, die der Kanzler dieser Republik überhaupt aufzuweisen hat, sind die berühmten drei Zeichen – nichts sehen, nichts hören und vor allem nichts sagen. Das heißt, ab und zu meldet er sich ja zu Wort (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Du brauchst keine Wahlkampfede halten. Es ist kein Wahlkampf!“), wenn Befehle aus Kärnten kommen, dann meldet er sich auch mit einem Kommentar zu Wort. (Abg. Dr. Lopatka: „Möchtest du Landesvorsitzender werden? Bist du ein neuer Kandidat?“) Dafür darf er dann wieder einmal mit dem Porsche mitfahren. Das ist ja auch etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Möchtest du den Schachner beerben?“)

Aber um die Sache wieder zu beruhigen, die bisherig letzte Situation in diesem unwürdigen Spiel mit steirischen Interessen, Frau Landeshauptmann (Abg. Wiedner: „Es ist schon der Dörflinger da!“), die Bundesregierung bestellt einen, wie sich sogar ein steirischer VP-Landesrat ausdrückt, „Verhinderungsexperten“ zum Chef dieser Expertengruppe. (Abg. Lafer: „Hast du deine Minister gefragt, was sie in den letzten 30 Jahren gemacht haben?“)

Dass in der letzten Zeit auch der ÖBB-General sich von dieser so heftig umstrittenen neuen Südbahn abwendet, rundet das Bild nur ab.

Liebe Frau Landeshauptmann, ich kann mein Angebot nur erneuern (Abg. Lafer: „Wo ist der rote Streifen, wie beim ehemaligen Finanzminister?“), ergreifen Sie diese gut gemeinte ausgestreckte Hand, machen wir diesen berühmten Schulterschluss, von dem Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund so gerne reden, machen wir diesen Schulterschluss, um gemeinsam für unsere Steiermark infrastrukturell und für die Menschen in diesem Lande etwas weiterzubringen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stelle daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Schrittwieser, Grabner, Bachmaier-Geltewa, Erlitz, Gennaro, Gross, Detlef Gruber, Halper, Kollegger, Kröpfl, Lackner, Prattes, Reinprecht und Stöhrmann.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, endlich die gesamte Ausfinanzierung der „Neuen Südbahn“ mit all ihren Teilen, wie Semmeringbasistunnel, diverse Streckenbegradigungen, den Güterterminal Werndorf und den Koralmtunnel, sicherzustellen und raschestmöglich die dazu notwendigen Planungs- und Bauübertragungen durchzuführen.

Wenngleich ich mich den Ausführungen des Kollegen von den Grünen anschließen darf, möchte ich abschließend sagen, wir werden natürlich auch den Entschließungsantrag der Grünen unterstützen.

Ich glaube aber, noch einmal, man sollte nicht immer von der neuen und sonstigen Südbahn sprechen, man sollte sich nur auf die Tradition besinnen, die dieser Verkehrsweg zeit unseres, zeit des Lebens unserer Vorfahren für dieses Land (Abg. Dr. Lopatka: „Römerstraße!“) – sehr gut in der Geschichte, Herr Klubobmann – gespielt hat. Wenn wir uns dessen bewusst sind, dann werden wir über die Parteigrenzen hinweg endlich zusammenstehen, um dieser Südbahn wieder diese Geltung zu verschaffen, die sie einmal gehabt hat und hoffentlich auch in Zukunft noch haben wird. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (14.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Dass wir wieder zurückkommen, was man in so einem Haus überhaupt sagen soll, muss ich so anfangen.

Verehrte Damen und Herren, Tagesordnungspunkt 15, und zu dem, glaube ich, sprechen wir ja, dieser Antrag lautet Ausbau der Koralmbahn/Südbahn im Abschnitt Graz-Hauptbahnhof-Puntigam/Grenzgasse. Das ist ein ganz wichtiger Teilabschnitt in der Verkehrsinfrastruktur, sprich im Schienennetz. Wenn man das Gehörte glauben kann, Gegenteiliges habe ich nicht gehört, hat die Frau Bundesministerin am vergangenen Freitag bei ihrem Aufenthalt in Graz für diesen Teilabschnitt grünes Licht gegeben. Es gibt hier eine Vorlage, wo der genaue Zeitplan bis in das Jahr 2006 vorgeschrieben ist. Was mich ganz besonders freut, dass auch die Bürgerinformation vom Monat 6/2000 bis Mai 2006 durchgehend erfolgt. Ein jeder weiß, wenn solche großen Baulose passieren, dass die Anrainer oft sehr betroffen sind.

Werte Damen und Herren, am vergangenen Freitag war, glaube ich, für die Steiermark und für die neue Südbahn ein ganz großer Tag.

Es wurde der Spatenstich für den Güterterminal in Werndorf getan und es wurde ein ganz wichtiger Schritt für die neue Südbahn ins Leben gerufen. Dieses Projekt zeigt, wenn man will, dass man gemeinsam, und jetzt komme ich zu dem Rückenschluss, Herr Bürgermeister und Abgeordneter Stöhrmann, wenn man will, dass man etwas Großartiges zusammenbringt. Die Wirtschaft hat hier eine Großtat geleistet, das Land Steiermark, die HL-AG. und auch das Ministerium. Und ich glaube und behaupte, dass dieses Projekt der Startschuss für die neue Südbahn ist, und man soll nicht immer hergehen und alles nur immer negativ besetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Da muss ich schon sagen, auf der einen Seite immer wieder fordern und fordern, aber lieber Bernd, wie man selber die Verantwortung gehabt hat auf Wiener Ebene, hat man sich zurückgelehnt, das hat angefangen bei Minister Streicher, Klima, Scholten und Einem. Da hättet ihr die Möglichkeit gehabt. (Abg. Stöhrmann: „11 Millionen Schilling Zusage waren bereits, das hast du vergessen!“)

Du kennst dich nicht aus, du bist noch zu wenig lange in diesem Haus. Im 93er- und 94er-Jahr ist alles in Wien beschlossen worden. Eure Partie war es, die nicht den Mut gehabt hat, da aktiv zu werden. So ist es! (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn du da herkommst und die Geschichte der Ghega-Bahn erzählst, Bernd, alles recht und schön, es ist nichts Neues, ist 100 Mal schon diskutiert worden und letztendlich ist es jetzt eine rechtliche Entscheidung, leider Gottes! (Abg. Gennaro: „Steter Tropfen höhlt den Stein!“) Zu Wort melden, Kurtl, geh bitte.

Das ist schon klar. Aber damals habt ihr von unserer Seite immer wieder den Schulterchluss gehabt, das muss ich auch hier einmal sagen. Eines muss ich wirklich fragen, Herr Bürgermeister, ich weiß nicht, brauchst du irgendetwas für deine Gemeinde von der Frau Landeshauptmann, weil du gar so einijammerst. Es ist ja sehr schön, wenn du die Frau Landeshauptmann so schätzt und ehrst (Abg. Stöhrmann: „Wenn das der Gemeinde etwas bringt, warum nicht!“), aber wahrscheinlich brauchst du bei der Ortserneuerung noch ein bisschen etwas, weil ehrlich war das nicht, das muss ich schon sagen, so weit kenne ich dich auch. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Lopatka: „Der Gennaro würde sagen ‚Pharisäer‘! Aber wir sagen ja so etwas nicht!“ – Abg. Gennaro: „Für Gemeindeinteressen passt ihm alles!“) Passt ihm alles, siehst du, Kurt, redet euch ihr zwei das aus.

Verehrte Damen und Herren, wenn man über diese neue Arbeitsgruppe betreffend Bundesverkehrswegeplan und über den Vorsitzenden oder deren Leiter dieser Gruppe hier spricht. Er kann sich leider Gottes nicht verteidigen. Ich kenne den Dipl.-Ing. Oismüller seit 1993, ich muss auch dazusagen, er war nicht für den Semmeringtunnel. Und das sage ich da jetzt, er war ursprünglich für die Südostspange, wie er gesehen hat, dass dieses Projekt nicht zu verwirklichen ist, hat er uns in Wien selbst gesagt, es bleibt eigentlich keine Alternative zum Tunnel übrig. Jeder Mensch soll, wenn er sich irrt, sich dazu bekennen, seinen Standpunkt zu ändern. Ich glaube, dass Herr Dipl.-Ing. Oismüller auch die Wichtigkeit der neuen Südbahn längst erkannt hat und damit nicht nur den Semmeringbasistunnel, weil das wäre auch zu wenig, lieber Herr Abgeordneter Stöhrmann, sondern auch die gesamte Südbahn mit dem Terminal, Koralmtunnel nach Kärnten und dergleichen. (Abg. Stöhrmann: „Habe ich in meiner Wortmeldung ausdrücklich betont!“) Das möchte ich einmal sagen, ich bin da guter Hoffnung, aber ich sage sehr wohl und sehr kritisch, man wird ein wachsames Auge auf diese Arbeitsgruppe haben müssen. Und wir haben ja einen sehr guten und exzellenten Steirer in dieser Gruppe und der wird auch die Steiermark dementsprechend vertreten.

Dieser vorliegende Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Partei, liebe Damen und Herren, der kommt ja viel zu spät, weil das Ganze, das da drinnensteht, haben wir schon in zwei Anträgen erstens vor Jahren und jetzt wieder vor Wochen und Monaten eingebracht. (Abg. Stöhrmann: „Aber jetzt habt ihr darauf vergessen, weil ihr die Verantwortung habt. Jetzt denkt ihr nicht mehr daran!“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Wer ist jetzt der Schachner-Nachfolger, der Stöhrmann?“)

Eines ist klar, eine Gesamtfinanzierung – höre mir zu, du kennst dich noch nicht gut aus, Bernd, du bist noch ein bisschen zu wenig lang da – für ein so großes Projekt, verehrte Damen und Herren, wird wahrscheinlich keine einzige Bundesregierung oder keine einzige Regierung in Europa oder darüber hinaus auf einmal machen können. Das sage ich ganz deutlich, es ist zu trachten, dass einfach dieses Baulos in Etappen gemacht und die Finanzierung sichergestellt wird. Für den Semmeringbasistunnel ist die Finanzierung sichergestellt. Ich muss mich leider Gottes so oft wiederholen hier im Haus, ihr SPÖ-ler wisst es zwar, aber ihr wollt es einfach nicht hören. Und wenn hier in diesem Antrag gemeint wird oder was da heute immer noch kommt in der Dringlichen, was weiß ich, eine Reduzierung von 280 Milliarden auf 143 Milliarden. Ich bin überzeugt und hier werden wir schauen, dass auch unsere neue Südbahn hier drinnen ist. Das sagt ja nicht, dass die gesamte Südbahn 280 oder nur die Differenz ausmacht. Das kann wohl nicht so sein. Hier muss man, glaube ich, schon differenzieren.

Jetzt lassen Sie mich zur Frau Landeshauptmann kommen, es gibt in diesem Land keinen einzigen Politiker oder keine Politikerin, verehrte Damen und Herren, als die Frau Landeshauptmann, die sich für dieses Baulos und für diese neue Südbahn, für den Semmeringbasistunnel und dergleichen so eingesetzt hat. Verehrte Damen und Herren, eines muss ich Ihnen sagen, der Frau Landeshauptmann wird auch geglaubt, was sie sagt. Sie klopft keine Sprüche, so wie viele andere, die einfach in einer Situation sagen, jetzt machen wir es und dann machen wir es nicht. Darum meine ich, ist es für mich eigentlich sehr verwunderlich, wenn ich mir den Inhalt dieser Dringlichen Anfrage, die dann einmal aufgerufen wird, zu Gemüte führe, verehrte Damen und Herren, diese fünf oder vier Fragen gleichen einem Hohn. (Abg. Gennaro: „Ja, weil ihr sie nicht gestellt habt. Wenn sie von euch gestellt worden wäre, wäre das anders!“)

Geh bitte, du musst dich auch ein bisschen für die Verkehrspolitik interessieren, Kurtl, dann weiß man, wie das läuft. Darum meine ich, das ist reine Polemik.

Eure Irritation ist uns natürlich klar, das wissen wir schon, jetzt hat man halt wieder einmal dort hingegriffen. Wir haben es ja heute gehört, auch Herr Landesrat Dr. Kurt Flecker kann es ja nicht lassen, die Frau Landeshauptmann in einer unmöglichen Art und Weise zu attackieren, ein bisschen ist es jetzt ja besser, weil er da heroben sitzt, aber letztendlich nicht viel. Ich weiß über 11 Prozent tun einfach dem politischen Gegenüber weh. (Abg. Gross: „11 Millionen Schilling, nicht 11 Prozent!“)

Es waren noch mehr.

Ich bitte aber auch den neuen Infrastrukturlandesrat Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Leopold Schöggel – und es wäre wirklich zu einfach zu sagen, weil er aus dem Mürztal kommt, tut er alles, wer ein bisschen ein Realist ist, weiß es – alles zu unternehmen, was im Bereich deiner Möglichkeiten steht. (Abg. Gennaro: „Brauchst du etwas von ihm?“) Nein, schmink dich ab, Kurtl, das zieht nicht, gleite ab, bitte. Ich bitte dich wirklich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ihr es schon so hören wollt, dass du bitte wirklich alles im Bereich deiner Möglichkeiten unternimmst, dass du dich gemeinsam mit der Frau Landeshauptmann für dieses Projekt einsetzt. Leider Gottes, mit dem Schulterchluss kann nichts passieren, weil ja Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek nicht da ist und zum Zweiten ein Ablaufdatum hat, ihn interessiert ja scheinbar dieses Projekt überhaupt nicht. Aber die Frau Landeshauptmann und der zweite Stellvertreter werden sich um dieses Projekt sehr bemühen und stufenweise zu Ende führen. Ich meine, der Startschuss ist am vergangenen Freitag passiert.

Verehrte Damen und Herren, wir können diesem Entschließungsantrag von der Sozialdemokratischen Partei grundsätzlich etwas abgewinnen, ich sage das ganz ehrlich, aber lieber Kurtl, wir können ihm leider Gottes nicht zustimmen. Und zwar deshalb nicht, weil hier die Begründung so formuliert ist, dass eine Zustimmung von der Fraktion der steirischen Volkspartei nicht mitgetragen werden kann. Denn wenn hier drinnensteht, eine volle Ausfinanzierung mit allen ihren Teilen, bitte schön, das ist an Polemik wohl nicht mehr zu übertreffen.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zur Südbahn überhaupt noch etwas sagen. Wenn man sich die Europalandskarte genau anschaut, wir haben eine Kernregion, es gibt eine Grenzregion und es gibt dann die sogenannte Erweiterungsregion. Auf Grund von neuesten Erkenntnissen ist erkennbar, dass Österreich, Bayern und die neuen Bundesländer in Deutschland die Grenzregionen sind, nicht nur das Burgenland oder die Süd- oder Oststeiermark. Entschuldigung, wenn ich das so sage. Und, verehrte Damen und Herren, wer dann den Plan der T-Netze verfolgt, was sich bei den Erweiterungsländern hier abspielt, dann müssen wir schauen und trachten, dass dieser Streifen, diese sogenannte Grenzregion nicht Grenzregion bleibt, sondern dass die Kernregion zu den neuen Regionen hinwandert. (Abg. Stöhrmann: „Genau das ist der Grund warum ihr zustimmen müsstet, wenn ihr es ernst meint!“)

Okay. Das ist ja nicht nur die neue Südbahn, sondern hier gibt es auch viele andere Verkehrsverbindungen im Norden. Ich wiederhole das, weil jetzt sind die Wahlen in Wien vorbei, und der Landeshauptmann und Bürgermeister hat auch ein großartiges Wahlergebnis eingefahren, ich sage das da, weil ich ihn auch persönlich kenne, aber jetzt wird er sich schon überlegen und sagen müssen, nein, mir ist es egal, ob Wien der trans-europäische Verkehrsknotenpunkt wird oder Budapest oder Prag. Das ist klar, denn was das für Wien als

Wirtschaftsstandort und für Österreich bedeutet, verehrte Damen und Herren, das muss sich jeder selbst ausmalen. Ich glaube, dass hier das große Shakehands mit der Umfahrung von Südösterreich meines Erachtens endlich ein Ende hat.

Ich meine daher, die neue Südbahn ist ein Zukunftsprojekt, ein Projekt, zu dem es keine Alternative gibt.

Ich habe es schon erwähnt, diese Dringliche Anfrage, das ist eine reine polemische Darstellung, der man überhaupt nichts Inhaltliches und keinen Schwerpunkt abgewinnen kann, und letztendlich wäre es besser gewesen, hätte man die Hände davon weggelassen.

Verehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Straßberger und Wiedner, betreffend neue Südbahn zu Tagesordnungspunkt 15, einbringe.

In einer Meldung der „Kleinen Zeitung“ vom 16. März 2001 teilt der ÖBB-Chef Helmut Draxler mit, dass die Koralmtrasse „volkswirtschaftlich ohne Nutzen“ sei, hingegen der Ausbau der Strecke Wien– Sankt Pölten und weiter nach Linz für ihn Priorität hätte. Er wird zwar bald nichts mehr zum Reden haben.

Der Ausbau des Bahnnetzes könne „nach derzeitigem Stand der Finanzen in Österreich nicht wunschgemäß umgesetzt werden“, zumal noch rund 3 Milliarden Schilling fehlen.

Von Seiten der Steiermark bestehen nun begründete Befürchtungen, dass die dringend notwendigen Bahnprojekte in unserem Land (Semmeringbasistunnel, Koralmbahn mit Koralmtunnel sowie der viergleisige Ausbau von Graz nach Werndorf) von Seiten der Österreichischen Bundesbahnen hintangestellt werden und dadurch für die Steiermark enorme wirtschaftliche Schäden entstehen könnten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert weiterhin und mit Nachdruck bei der Bundesregierung und den Österreichischen Bundesbahnen die bereits zugesagte Realisierung folgender Bahnprojekte im Rahmen der „Neuen Südbahn“ für die Steiermark einzufordern: a) Semmeringbasistunnel, b) Koralmbahn mit Koralmtunnel und c) der viergleisige Ausbau der Bahnstrecke von Graz nach Werndorf.

Verehrte Damen und Herren, ich bitte Sie alle, diesem, glaube ich, neutralen und ohne parteipolitische Polemik gestellten Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich bedanke mich! (Beifall bei der ÖVP. – 14.23 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.23 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich darf kurz daran erinnern, wir sind beim Tagesordnungspunkt 15, und es geht um die Koralmbahn im Bereich Graz.

Aber ich verstehe den Kollegen Stöhrmann schon. Er hat schon gemeint, dass ich auf ihn losgehe. Ich brauche auf ihn gar nicht losgehen, er geht im Endeffekt eh auf sich selber los. Wenn du jetzt da herausgehst und sagst, es ist nichts mehr los, es ist die Frühjahrsmüdigkeit hier ausgebrochen, und du bist unbedingt dazu berufen, hier Stimmung hereinzubringen. Ich glaube das Thema ist zu ernst, um nur Stimmung zu machen. Wir sollten über das Thema sachlich reden und nicht nur Stimmung machen und Anträge vorlegen, die im Endeffekt überhaupt nichts bringen, Kollege Stöhrmann. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Das siehst nur du so!“)

Das kann ich sagen, da hast du recht, danke für deine Unterstützung, das kann ich sagen. Und eines darf ich auch noch sagen, liebe Kollegen von der SPÖ, ich kann euch gratulieren, ihr seid Weltmeister im Verdrängen. Im Verdrängen seid ihr wirklich Weltmeister. Ihr tut so, als ob ihr mit der ganzen Verkehrsproblematik nichts zu tun gehabt hättet in den letzten Jahren. Kollege Straßberger hat alle Minister aufgezählt. Das waren, glaube ich, alles SPÖ-Minister. Jetzt, seit etwa einem Jahr, trägt die FPÖ die Verantwortung, seit dem November trägt im Land der Landeshauptmannstellvertreter Schöggl die Verantwortung, und jetzt geht ihr her und schimpft über alles, was 30 Jahre versäumt worden ist. Das ist ja so durchsichtig, wie nur selten etwas durchsichtig ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ihr sagt über den Herrn Landeshauptmann, er ist inaktiv, unheimlich inaktiv. Unheimlich, lieber Kollege, ist nur dein Angriff gewesen, aber sonst schon gar nichts. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich kann das, was die SPÖ hinterlassen hat, als Schweizer Käse bezeichnen, in Österreich und in der Steiermark, aber nicht den Käse meine ich damit, sondern die Löcher, die Löcher im gesamten Straßenverkehrsnetz und die Löcher im gesamten Netz der Eisenbahnen, die hier hinterlassen wurden.

Vielleicht ein bisschen etwas zur Erinnerung, weil es hat ja, sofern ich weiß, in der letzten Periode einen Verkehrs- und Finanzlandesrat gegeben, der auch der SPÖ zuzuordnen war und Ressel geheißt hat. Den man immer so hoch gelobt hat, was er alles weiterbringt, was er alles so gemacht hat. Wo sind die ganzen Sachen, die er weitergebracht hat? Was ist alles übrig geblieben? Nur ein paar kleine Erinnerungen: Der ganze Stillstand – über das, was wir heute reden –, bei der Südbahn, die Koralmbahn, die Nahverkehrsdrehscheibe Graz, der Ausbau der Pyhrnstrecke, der Ausbau der Ostbahn, die Bahnverbindung im Ennstal, die Verbindung Graz–Werndorf, runter bis Spielfeld, Marburg, Radkersburg, Murska Sobota, die ganze Landesbahngeschichte. Also Freunde, es reichen wahrscheinlich meine 20 Minuten Redezeit gar nicht aus, wenn ich das alles aufzähle, was alles vergessen oder nicht gemacht wurde in letzter Zeit. Und da geht ihr her und greift uns an, ihr habt alles verlüdert in der letzten Zeit. Bitte ein bisschen mehr Sachlichkeit in dieser Sache wäre angebracht.

Sachlich dazu ist zu sagen, dass wirklich in der letzten Woche – und das war am Freitag am Vormittag, Kollege Straßberger hat es auch schon erwähnt – hier ein Projekt in der Steiermark gestartet wurde, das eben der logische Start auch für die Koralmbahn ist. Graz-Süd-Werndorf, das Cargo-Center Graz Spatenstich, eine ganz wichtige Investition oder eine wichtige Drehscheibe für die künftige Verkehrsverbindung, egal hinauf in den Norden oder runter in den Süden. Wir hängen da an zwei ganz wichtigen Wirtschaftsräumen, einerseits am süd-deutschen und andererseits am norditalienischen. Zwei Räume, die wir unbedingt erschließen müssen, sonst können wir nicht weiter überleben.

Es hat mich ein Ausspruch vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter am Freitag bei dieser Spatenstichfeier sehr überzeugt, er hat gesagt: „Wer produziert, der transportiert!“ Das ist genau richtig. Wenn ich nicht transportieren kann, dann brauche ich auch nicht produzieren. Aber bei manchen Verkehrsprojekten in der Steiermark, die bis dato liegen geblieben sind, kann ich den Spruch abwandeln. „Wer produziert und wer dann transportieren muss, der transpiriert.“ Weil das ist dann wirklich das Problem, wenn man transportieren muss, dann hier nicht auf die Verkehrswege zurückgreifen kann.

Es waren nicht Aussagen von FPÖ-Politikern, sondern es waren ganz andere Aussagen hier. Es freut mich auch, dass die Frau Minister Forstinger ganz eindeutig dazu Stellung genommen hat, was ÖBB-Generaldirektor Draxler gesagt hat. Der hat gesagt, in der ganzen Prioritätenreihung hat die Koralmbahn überhaupt keine Priorität. Die ist ganz hinten unten. Wen interessiert da die Steiermark, wen interessiert da Kärnten, wen interessiert das Ganze? Die Frau Minister Forstinger hat eindeutig gesagt, „das ist eine Privatmeinung vom Herrn Draxler, die ich bei Gott nicht teile“, und hat hier die Prioritäten klargelegt. Allein der Spatenstich in Kärnten zur Koralmbahn, das Cargo-Center hier in Werndorf und in weiterer Folge die Zusage von weiteren 280 Millionen für Grundstücksablösen im Raum Graz für die Koralmbahn, für den viergleisigen Ausbau – weil nur das kann das Ziel sein, wirklich eine Hochleistungsstrecke zu machen –, das mit allen Möglichkeiten des Lärmschutzes verbunden, das war ein zukunftsweisender Schritt. Da kann man wirklich sagen, das ist Politik in die Zukunft, wie weiter auch Politik in die Zukunft sein kann und sein muss auch der heute angesprochene – (Abg. Schrittwieser: „Das glaubst du selber nicht!“) Das glaube ich, lieber Freund Sigi Schrittwieser, das glaube ich, davon bin ich überzeugt. Das ist der weite Schritt in die Zukunft, dieser Bundesverkehrswegeplan, dass endlich einmal ein Plan im Bund da liegt, wie oder welche Straßen- und Bahnlinien ausgebaut werden müssen, mit welchen Prioritäten. Weil bis jetzt ist das nur nach Lobbyismus gegangen, welche Region, welcher Politiker, welche politische Partei war stärker, die hat sich durchgesetzt, aber es ist nicht nach den Belangen oder Grundsätzen der Notwendigkeit und der Dringlichkeit gegangen. Leider haben bei diesem Spiel der Lobbyisten die Steirer und auch unsere Nachbarn, die Kärntner, nie gut abgeschnitten. Wir sind da leider immer am Abstellgleis gelandet. Darum auch die Gründung der Verkehrsinitiative Süd, ein Zusammenschluss von Kärnten und Steiermark, um wirklich mit Schwergewicht jene Projekte zu fordern, die wir für unsere Weiterentwicklung brauchen. Bei dieser Weiterentwicklung – lieber Sigi Schrittwieser, du schaust mir so aufmerksam zu, das freut mich – müssen wir bedenken, dass es 2004, 2005 wahrscheinlich zur Osterweiterung kommen wird und wenn wir dort nicht fit sind mit unserer Infrastruktur, dann haben wir einen gewaltigen Nachteil und diesen Nachteil wollen wir nicht verantworten. Darum müssen wir in nächster Zeit versuchen, das anzugehen. Es wird ein harter Schritt werden, es wird nicht einfach werden, es sind große Summen, die zu investieren sind. Allein bei der Koralm, wie wir wissen, sind sie auf 25 Milliarden geschätzt und wir haben in Wien noch dazu nicht die großen Freunde. Aber wir müssen uns stark machen, wir werden uns stark machen, wir werden die Achse natürlich auch mit Landeshauptmann Schögggl hinauf zum Ministerium nützen, diese Mittel, die vorhanden sind, dorthin zu bringen, wo wir sie brauchen, und das ist die Steiermark, das ist der Süden, und ich ersuche Sie um Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Den Worten müssen auch Taten folgen!“) Sigi, mehr als. (14.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (14.31 Uhr): Sehr geehrter Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Damen und Herren!

Ich muss mich zur Einl.-Zahl 203 Koralmbahn, Südbahn, auch melden. Ich als Obersteirer verfolge das mit großer Aufmerksamkeit, gerade dieses Thema Semmeringtunnel, der uns gewissermaßen ja so sicher erschienen ist, wie es nur sein kann. Aber diese kommende Dringliche, die ich kurz durchblättern durfte, wird hier zu einer Aussage, dass die Steiermark daran schuld wäre, dass das nicht passiert. Das darf ich von meinen Beobachtungen aber sagen, dass der Landeshauptmann von Niederösterreich hier die Konkretisierung – das muss ich auch feststellen – wirklich verhindert hat. Und wenn ich auch den Herrn Bundesminister Strasser in den Mund nehmen darf, dann muss ich auch sagen, dass er, wie es bekannt ist, im Ministerrat dagegen gestimmt hat und somit diese Verzögerung, die finanziell ja gesichert ist, herbeigerufen hat. Da hat sich, glaube ich, der Herr Bundesminister als Erfüllungsgehilfe des Herrn Landeshauptmannes aus Niederösterreich gezeigt, und es wäre schön, wenn er auch hin und wieder über seinen Schatten springen möge, wenn es um andere Belange geht, als um diese für uns wichtigen. In den Verkehrsbereichen, so hat mein Kamerad und Vorredner Karl Wiedner schon gesagt, hat die SPÖ wirkliche Versäumnisse, nicht aufholbar, hinterlassen. Wir Steirer mit unserem Leo Schögggl sind nun damit befasst, die Verbesserungsaufgaben zu erledigen, die Versäumnisse und den Nachholbedarf zu decken. Viele konkrete Aufgaben sind ja geplant und viele hat Leo Schögggl schon im Griff. Es wird halt nach den bekannten üblichen Sanierungsaufgaben, die die FPÖ in der Bundesregierung mit der ÖVP zu tragen hat, eine Zeit dauern. Wir können nicht nach einem Jahr oder in 14 Monaten verlangen, dass drei Jahrzehnte spurlos vorübergehen.

Ich habe auch gelesen, dass der Bundesverkehrswegeplan eingemahnt wird. Den hat es bisher ja überhaupt nicht gegeben. Ich glaube auch nicht, dass die bisherigen Verkehrsminister so etwas überhaupt vorgehabt hatten. Er wird aber erstellt, wird konstruiert, und ich denke, dass das eine sehr wichtige Sache ist, die wir in der Steiermark brauchen, um diese Projekte durchführen zu können, die ja schon, wie wir heute gehört haben, geplant und bis zum Jahre 2006 sichergestellt werden können. Ich darf auch noch erwähnen, dass der Verteilungskampf in der Steiermark, so wie es in der Dringlichen erfragt wird, tatsächlich nicht stattgefunden hat. Ich weiß nur von meiner Rolle als Beobachter der steirischen Landesregierung, dass Finanz- und Landesverkehrsrat Ressel beim Verteilungskampf sich wirklich zurückgehalten hat. Er hat hier eher, ich möchte fast sagen, einen Resignationskrampf geführt, statt sich bemüht, die Erfüllung seiner Aufgabe oder jener Aufgaben, die uns alle zufrieden gestellt hätten, durchzuführen.

Ich darf nochmal sagen, dass hier Versäumnisse summiert sind, die wir nicht so schnell aufholen können. Deswegen bitte ich um verständnisvolles Gemeinsames für diese wichtige Arbeit für die Zukunft: Südbahn, Koralmbahn und alle, die hier heute diskutiert worden sind. Ich möchte die Versäumnisse noch fertig aufzählen, die Kamerad Wiedner begonnen hat. Konzept für die Lösung der Verkehrsprobleme im Ennstal, Lückenschluss im höherrangigen Straßennetz Murtal, Oststeiermark, Ilz, Heiligenkreuz, Röthelstein, Kirchdorf und so weiter. Es ist so, dass das auf einer A-4-Seite fast nicht Platz hat, was uns als Forderungen der SPÖ in Presseaussendungen zugekommen ist. Ich bitte das Hohe Haus das zu registrieren, um diese Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Ich danke. (Beifall bei der ÖVP. – 14.36 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen sagen, jeder Ausbau von Bahninfrastruktur ist nachdrücklich zu unterstützen. Aber ich möchte auch gleich am Beginn eines sagen, wenn man jetzt so tut und der SPÖ alles an Versäumnissen zuweist und sagt, man leidet unter Gedächtnisverlust, dann frage ich einmal, hier sitzt Herr Landeshauptmannstellvertreter, der ja selbst dabei war, wie er noch im Nationalrat war und gegen den Bau des Semmeringbasistunnels gestimmt hat. Es ist gar nicht so lange her, wo er selbst gesagt hat, er bevorzugt eine Südostspange und nicht den Semmeringtunnel. (Beifall bei der SPÖ.) Das kann man jederzeit überprüfen und nachlesen, wie die SPÖ eine Initiative gestartet hat, man möge sofort mit dem Bau des Semmeringtunnels beginnen, was war da, bitte? ÖVP und FPÖ haben dagegen gestimmt. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl: „Stimmt ja nicht!“) Das ist bitte die Wahrheit.

Wenn man jetzt da hergeht und sagt, was alles nicht passiert ist unter dem Minister Streicher, sage ich nur als Beispiel, wurde die Schoberpassstrecke zweispurig ausgebaut. Als Leobner darf ich Ihnen sagen, wir sind sehr froh, dass wir den Galgenbergtunnel haben. Was ist gesagt worden, die teuerste Lärmschutzwand ist hier errichtet worden. Dort ist etwas gebaut worden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aber ich darf Ihnen etwas anderes auch sagen, damit man weiß, was es heißt, den Semmeringbasistunnel nicht zu haben, die längste Schiene der Welt wird in Donawitz erzeugt, aber diese Schiene, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann man nicht über den Semmering führen, nämlich auf Grund der Kurvenradien und auf Grund der Steigungen kann man nur Schienen bis zu einer Gesamtlänge von 36 Metern dorthin befördern. Was passiert jetzt aber, meine Damen und Herren? Alle jene Schienen, die in den Großraum Wien, in zukünftige EU-Länder, nämlich die 100 Meter lange Schiene, die in den Ostraum geführt werden muss, die müssen viermal umgeleitet beziehungsweise verschoben werden, nämlich in Bruck, in Selzthal, in Linz und dann noch einmal im Zentralbahnhof in Wien. Was mit zwei bis drei Stunden zu bewerkstelligen wäre, dauert zwei bis vier Tage! Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute ist schon gesagt worden, rund um Österreich passiert sehr, sehr viel an Ausbau von Verkehrsinfrastruktur. Während Italien, die Schweiz, Slowenien, Ungarn Milliardenbeträge aufwenden, um sich für diesen neuen wichtigen Verkehr zu rüsten, passiert eines bei uns: Konzeptlosigkeit, Stillstand. Sie wissen alle, der Korridor 5 wird im Frühjahr eingleisig in Betrieb gehen.

Nur offensichtlich kratzt das keinen, oder sagt man, jetzt brauchen wir das Ganze nicht mehr, jetzt fährt die Bahn bei uns vorbei.

Dann sage ich Ihnen noch etwas. Auf Zuruf von Kärnten sind auf einmal Milliardenbeträge da, um ein Stück Koralmbahn auszubauen. Ich vergönne einem jeden, wenn er seinen Bahnanschluss bekommt. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man mit diesem Geld ein Stück von Klagenfurt nach Althofen an der Drau, welches 14 Kilometer lang ist, ausbauen kann, dann frage ich mich, ist das so notwendig? Natürlich, die Wichtigkeit dieser Strecke wird schon untermauert. Es fahren nämlich 20 Züge pro Tag in jede Fahrtrichtung. Jetzt müssen Sie einmal erklären, wo ist denn da die Dringlichkeit gegeben? Den Semmeringbasistunnel, den würden wir schon sehr lange brauchen. Da sollten sich bitte alle einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber was passiert? Die Steiermark kann sich wieder hinten anstellen und es heißt weiter warten. Und dafür werden wir, so stand es in der „Kleinen Zeitung“, ich zitiere, das war am 31. März: „Wir werden doppelt zum Handkuss kommen. Nämlich dafür, dass der Ausbau der Strecke nach Expertenschätzung“ – ich zitiere – „etwa 20 Jahre dauert, dürfen die Steirerinnen und Steirer tief in die eigene Tasche greifen und Investitionen, für die der Bund zuständig ist, selbst bezahlen.“ Die Steirerinnen und Steirer sind sicher schon sehr gespannt, wie Sie, Frau Landeshauptmann, diesen unhaltbaren Zustand erklären werden. Diesen Zustand zu ändern, haben Sie ja bereits bei der Landeshauptleutekonferenz am 6. April die Möglichkeit.

Abschließend möchte ich noch sagen, Herr Landesrat Schützenhöfer wird ebenfalls in der „Kleinen Zeitung“ am 31. März zitiert, wo er sagt: „Wir bekennen uns zur Koalition, wir haben sie gewollt!“ Ich meine, Frau Landeshauptmann, es wäre höchst an der Zeit, die Bundesregierung aufzufordern, sich zur Steiermark zu bekennen (Beifall bei der SPÖ.) und unserem Bundesland und unseren Menschen einen gerechten Anteil am Staatshaushalt durch die Finanzierung der so wichtigen Infrastruktur zu widmen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (14.42 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, geschätzte Anwesende!

Es wäre jetzt leicht, von der Regierungsbank aus der Versuchung nachzukommen und sich auf das gleiche polemische Niveau, dessen sich viele Vorredner befleißigt haben, einzustimmen. Aber das habe ich erstens nicht notwendig und zweitens ist es auch nicht meine Art, mich so zu äußern. (Abg. Schrittwieser: „Seit wann, Kollege Schögggl?“)

Ich möchte daher versuchen, mich in Sachlichkeit zu üben und werde auf die einzelnen Wortmeldungen näher eingehen.

Zum Abgeordneten Hagenauer: Es gibt keine Kürzung, wie hier angeführt. Es ist der SchIG-Rahmen immer bei 143 Milliarden gewesen. Es ist nur so, dass Projekte und Wünsche im Wert von etwa 300 Milliarden vorliegen. Das ist also nicht zu bestreiten. Und es wird gerungen darum, entweder diesen SchIG-Rahmen auszuweiten oder eben eine Prioritätenliste umzusetzen. Und das ist ganz wichtig, denn warum gibt es denn diese Prioritätenliste und diesen Bundesverkehrswegeplan bis jetzt nicht? Na, das ist relativ einfach zu beantworten, weil die sozialistischen Verkehrsminister der letzten Jahrzehnte das nie zustande gebracht haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist die Wahrheit, das ist auch ein Faktum. Ich kann mich auch noch an die Debatten im Parlament erinnern, so also diese Frage immer wieder behandelt wird. Und jetzt zu sagen, im letzten halben Jahr sei nichts passiert, da sollte man schon ein bisschen in den eigenen Reihen suchen und man würde sehr schnell fündig werden.

Wir werden natürlich auch bauen, Herr Kollege Hagenauer, aber ich bitte dann auch die Grünen – und ich weiß, dass Sie ein Befürworter des Semmeringbasistunnels sind und ich weiß auch, dass Sie Gespräche mit Ihrem Bundesobmann van der Bellen in diese Richtung geführt haben und ihn auch überzeugt haben, dass dieses Projekt wichtig ist, und das ist gut so, wir stehen dazu –, aber ich bitte auch die Grünen, wenn es dann darum geht wirklich irgendwo zu bauen, sei es Schiene oder Straße, dann nicht auf der Seite der Blockierer zu sein und auf Seite der Trassengegner zu sein und auf Seite derjenigen, die den Bau letztlich verzögern oder hinauszögern zu sein, sondern auch wirklich dann konstruktiv sich einzubringen, wenn es um die Trassenfindung geht. Sie wissen, dass wir zum Beispiel – das ist jetzt zwar ein Straßenprojekt – im Bereich Ennstal faktisch wieder gezwungen sind, quasi zurück an den Start zu gehen. Aber das ist gut so, ich hoffe dass es zu einer umfassenden und guten Lösung, die letztlich für alle tragbar ist, kommt.

Was Sie noch angeregt haben, die Planungen der Strecke Graz–Spielfeld der ÖBB, die sich ja unter dem Generaldirektor Draxler, der kein typischer Freiheitlicher ist und daher diesem Projekt sehr skeptisch bis untätig gegenübersteht, wir werden bei der nächsten Planungsverordnung diese Planung der überaus wichtigen Strecke und vor allem für die Zukunft wichtigen Strecke nach Spielfeld an die HL-AG. übergeben.

Dem Kollegen Stöhrmann bin ich für seinen geschichtlichen Rückblick, den ich zwar gekannt habe, aber man kann ja verschiedene Dinge auch durchaus öfter hören, sehr dankbar. Es freut mich, dass er auch jetzt erkannt hat, wie wichtig Infrastruktur für die Qualität eines Wirtschaftsstandorts ist. Du wirst aber trotzdem keinen Bahnhof kriegen in Mitterdorf, weil wir dann andere Regionen bedienen. (Abg. Stöhrmann: „Du wohnst zwar in Kindberg, wir haben einen Bahnhof in Mitterdorf!“)

Solange auf deinem Maibaum das SPÖ-Zeichen oben ist, kriegst du keinen Bahnhof. (Abg. Gennaro: „Das bitte wiederholen, das ist typisch!“)

Das ist ein guter Gag. So witzig wie ihr bin ich immer noch.

Ich werde also diesen geschichtlichen Rückblick zur Kenntnis nehmen. Aber auf der anderen Seite gibt es ja zwei Paradedepolitiker, nämlich Häupl und Stix, das sind meines Wissens nach Sozialdemokraten, die möchten nicht nur das Mürztal umfahren, sondern die möchten die ganze Steiermark und eigentlich ganz Österreich umfahren. Also das ist wirklich eine sehr großräumige Lösung, der ich allerdings nicht viel abgewinnen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Gennaro: „Das ist nicht so!“) Es ist so. Und ich habe mir Ihre Anträge angesehen.

Die Anträge, die hier vorliegen von Seiten der SPÖ, sind in Summe zusammengefasst eigentlich nichts anderes als ein Eingeständnis der bisherigen Versäumnisse und ich möchte daher nicht weiter eingehen, weil sie auch nicht erforderlich sind, weil wir bereits an allen diesen Projekten mit allen Kräften arbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch so, dass wir diese wichtigen Infrastrukturprojekte insgesamt aus dem Parteienstreit heraushalten wollen. Darum kommt es ja auch zu der in Gründung befindlichen Verkehrsinitiative Süd. (Abg. Gennaro: „Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Kollege Gennaro, pass du auch

ein bisschen auf, ich rede auch mit dir –, dass wir versuchen werden, die Verkehrsinfrastruktur aus dem Parteienstreit herauszuhalten. Und gerade deswegen ist die Verkehrsinitiative Süd in Gründung. Wenn man die Struktur der verantwortlichen Organe in dieser Verkehrsinitiative Süd analysiert, dann sind dort einerseits die Sozialpartner mit großem Gewicht drinnen, andererseits auch die Verkehrssprecher aller im Landtag vertretenen Parteien. Ich denke, dass sich alle Parteien gerade für diese wichtigen Projekte insgesamt sehr gut einbringen können.

Wenn hier noch gesagt wird zum Thema Galgenberg und Traidersberg, dann ist es schon so, dass die beiden Tunnels nur insgesamt zur Wirksamkeit gekommen wären und der Traidersberg nicht mehr umgesetzt werden kann.

Dem Vorwurf der Konzeptlosigkeit kann ich nichts abgewinnen. Deshalb nicht in dem Fall, weil endlich, und zwar unter der Führung der Frau Minister Forstinger, dieser Verkehrswegeplan zustande kommen wird.

Ich gestatte mir noch einige Worte zum Straßenbau. Es wäre wichtig, dass es wieder in diese Richtung geht, dass ein Teil der Mineralölsteuermittel zweckgebunden werden sollte für den wichtigen Lückenschluss. Die Projekte liegen ja alle auf dem Tisch. Und ich bin überzeugt, dass die Frau Landeshauptmann auch bei der Landeshauptleutekonferenz in diese Richtung vorgehen wird.

Zusammengefasst, die Anträge sind nicht erforderlich, sie sind viel zu spät, wir arbeiten an den Projekten. Die eine Seite produziert Papier, wir arbeiten für die Steiermark, und ich hoffe, dass es uns sehr rasch gelingt, die Projekte umzusetzen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 14.49 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, zur tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Stöhrmann zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (14.49 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, werte Regierungsbank!

Aufgeschreckt durch die Drohung, so lange am Hauptplatz in Mitterdorf ein Maibaum steht, an dem ein SPÖ-Zeichen angebracht ist, wird kein neuer Bahnhof in Mitterdorf gebaut, darf ich nur tatsächlich berichtigen, Herr Verkehrslandesrat, Mitterdorf hat bereits einen Bahnhof. (Beifall bei der SPÖ. – 14.50 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Damit komme ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 203/1, Tagesordnungspunkt 15, Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Damit komme ich zu den Entschließungsanträgen, in der Reihenfolge Entschließungsantrag der SPÖ, Entschließungsantrag der Grünen, Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Ausbau, Bahnübertragung und Sicherstellung der Gesamtfinanzierung der neuen Südbahn, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. (Abg. Stöhrmann: „Das ist typisch, den Beleidigten spielen und nicht für die Sache eintreten!“)

Dieser Entschließungsantrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Planung von Bahnverbindungen in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Entschließungsantrag der ÖVP und der FPÖ, betreffend die neue Südbahn. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung durch ein Handzeichen. (Abg. Stöhrmann: „Uns geht es um die Steiermark und nicht ums Beleidigtsein, Herr Klubobmann!“)

Das ist die einstimmige Annahme. (Abg. Gennaro: „Nehmt euch ein Beispiel!“)

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der Grünen und der SPÖ, betreffend Ausbau steirischer Bahnverbindungen an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Ich erteile Herrn Abgeordneten Hagenauer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass gemäß Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Abg. Hagenauer (14.53 Uhr): Sehr geehrte Landeshauptfrau, Herr Präsident, geschätzte Kollegen der Regierung und im Landtag!

Ich beginne mit einer Passage des ÖVP-Antrages, der uns hier vorgelegen ist und wo von Ihnen gefordert wird, die Landesregierung möge in Wien die zitierten Bahnprojekte einfordern. Wissen Sie, das ist nicht die Lösung, sondern genau das Problem, von dem ich hier reden möchte. Weil gefordert haben wir bisher immer – sehe ich das richtig? – und mit mäßigem Erfolg haben wir gefordert. Also kann es nicht ums Fordern gehen, sondern, wie wir in unseren Antrag und wie auch die Intention der Dringlichen, der Grünen und der Sozialdemokraten ist, wir möchten gerne hören, was sich jetzt ändert. Was darüber hinausgeht, als nur das Fordern der Steiermark über den Semmering. Weil das hat ja bis jetzt nicht ausgereicht. Ist an sich eine logische

Frage und nicht einmal eine politische. Das heißt, wir wollen von Durchsetzung reden. Wir haben gute Gründe, dass wir jetzt von Durchsetzung reden sollen und nicht, Herr Kollege Straßberger, wie Sie gesagt haben, die Hände weglassen sollen beziehungsweise es uns nur darum geht, allenfalls die Frau Landeshauptfrau einmal quälen, weil uns langweilig ist. Glauben Sie mir, das ist nicht mein Problem.

Ich werde im Folgenden begründen und zum Teil sind die Sachen ja schon angeklungen, weshalb jetzt und hier und in dieser Sitzung ausreichend Grund dafür besteht, über diese Thematik ernsthaft zu reden, nämlich die Thematik, was wird sich denn jetzt ändern und was wird sich denn jetzt in den nächsten Wochen abspielen zugunsten der Steiermark. Wir haben erstens eine Landeshauptleutekonferenz in dieser Woche am Freitag, und die Frau Bundesminister Forstinger macht etwas Schlaues oder vielleicht Halbschlaues, das will ich jetzt nicht beurteilen, sie spielt einfach den Ball zurück an die Landeshauptleute, um sich dann wahrscheinlich – Sie können mich dann zitieren – am Freitag vor die versammelte Presse zu stellen und zu sagen, ja schaut her, wie schwer mein Leben ist. Ich bin der Meinung, sie ist dafür nicht bezahlt. Ich bin der Meinung, sie hätte eigentlich die Aufgabe, hier nicht nur zu reden, dass sie hinter wem immer steht, sondern die entsprechenden Entscheidungen zu treffen und festzumachen. In dem Sinne fürchte ich, dass die Frau Bundesminister – man wird es ja sehen – eine ähnliche Karriere machen wird, wenn sie so weitertut wie ihr Vorgänger, der bekanntlich die seinige mit der epochalen Erkenntnis abgeschlossen hat, dass das Verkehrsproblem nicht lösbar sei. Diese Erkenntnis mag ihm zustehen, aber für das war er relativ hoch bezahlt, hätte ich einmal gesagt. (Beifall bei den Grünen.)

Die zweite aktuelle Entwicklung, der Bundesverkehrswegeplan ist jetzt in diesen Tagen angekündigt worden, nicht zum ersten Mal, liebe Kollegen von der Freiheitlichen Partei. Sicher nicht zum ersten Mal, wir hatten diesen Masterplan des Verkehrsministers Einem, nur ist er auf erbitterten Widerstand der Straßenbaulobby gestoßen, jener Lobby, deren Oberanführer der jetzige Koordinator für den Bundesverkehrswegeplan ist, nämlich der Herr Ing. Oismüller. Und dieser Herr Ing. Oismüller ist bitte nicht jemand, den die Erkenntnis getroffen hat, dass der Semmeringtunnel auf Schwierigkeiten stößt, sondern der Herr Oismüller – und das ist überall nachzulesen – ist ein offensiver Gegner dieses Semmeringbasistunnels gewesen und hat und liefert noch immer Argumente dagegen. Er hat es begründet, warum er gegen den Semmeringbasistunnel ist und hat eben nicht gesagt, er nimmt zur Kenntnis, dass es leider nicht geht. Das ist eine falsche Darstellung. Herr Oismüller ist mit Zustimmung der Länder – daraus schließe ich, Frau Landeshauptmann, pfeilgerade, dass auch die Steiermark ihre Zustimmung erteilt hat, obwohl sie wegen dem Oismüller seinerzeit im 97er-Jahr aus der von ihm geführten Gesellschaft für Verkehrspolitik unter Protest ausgetreten ist, weil – Herr Kollege Straßberger Sie haben es vergessen, ich hole das nach – eben dieser Oismüller damals offensiv gegen den Semmeringtunnel agiert hat, da ist die Steiermark unter Protest ausgetreten. Ich liefere Ihnen die Meldung nach, das aber ist in diesem Hause kein Geheimnis. Wir haben es also auch mit einem kommenden Bundesverkehrswegeplan zu tun, der noch in diesem Jahr erstellt werden soll, der wie gesagt darauf hinauslaufen wird, dass im Wesentlichen die Bahn gekürzt und die Straße forciert werden wird. Anders kann ich mir das nicht vorstellen, weil wozu stelle ich sonst einen Oismüller an für diesen Job.

Damit komme ich zum nächsten Punkt. Frau Bundesminister Forstinger hat anlässlich eines Besuches, den sie am 19. Jänner von einem Herrn aus Kärnten (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Der Unausprechliche aus Kärnten!“) erhalten hat, erklärt, dass sie dort Spaten stechen werde – das hat sie auch inzwischen getan – und hat am selben Tag erklärt, dass sie die sogenannten Feinplanungsmittel für die Koralmbahn aussetzen werde, das heißt einsparen. Das heißt, es ist nicht nur, wie zitiert, für Klagenfurt–Grafenstein Spaten gestochen worden, ich habe nichts gegen Grafenstein, zumal dort, wie wir alle wissen, gute Äpfel herkommen, aber es ist sogar strafverschärfend am selben Tag von der Bundesministerin erklärt worden, sie wird die Fein-, das heißt die Detailplanungsmittel für die Koralmbahn aussetzen. Was das bedeutet, auf so einen Gedanken zu kommen, muss ich, glaube ich, nicht näher ausführen. Erstens, wie gesagt, die Frau Bundesministerin, wenn sie so toll drauf ist, wie Sie glaubwürdig versichern (Abg. Wiedner: „Super!“) – „super“ sagt der Herr Kollege Wiedner –, dann sage ich, die Frau Bundesminister hat in ihrer Superart erklärt, sie braucht die Koralmbahn im Moment nicht. Also ist sie jetzt super oder ist sie es nicht? Und wie Sie alle wissen, hat sie diese ihre Meinung bis heute nicht festgemacht. Sie hat nur provoziert, dass der Herr aus Kärnten hinausgefahren ist und gesagt hat, nein kommt nicht in Frage, dass die Koralmbahn in Frage gestellt wird, kommt nicht in die Tüte!

Das war die Folge. Die Frau Bundesminister war jetzt dieser Tage in Graz, in Werndorf, wieder Spaten stechen und hat sich trotz exakter Formulierung der Medien in keiner einzigen Silbe konkret hingestellt, was eigentlich das Naheliegende wäre, nämlich zu sagen, ja, ich mache einen Bundesverkehrswegeplan, aber liebe Steirer selbstverständlich braucht ihr auf den nicht zu warten, weil die Koralmbahn ist da drinnen. Hat doch die Bundesregierung erst vor einem Jahr festgestellt, dass das im volkswirtschaftlichen Interesse ist, die amtierende Bundesregierung, wohlgemerkt. Außerdem habe ich gerade in Klagenfurt Spaten gestochen, außerdem habe ich das gerade in Werndorf gemacht und ich bin auch der Meinung, dass Graz–Werndorf ausgebaut werden soll und übertrage auch die Finanzierung, also was liegt dem näher, als die paar wenigen Schilling für die Detailplanung selbstverständlich außer Streit zu stellen, weil ja der zentrale Abschnitt des Koralmbasistunnels der erste ist, der vorangetrieben werden muss, weil er ja am längsten dauert. Wenn das ganze Projekt bis 2015 oder 2020 dauert, dann muss ich ja die Planung für diesen Tunnel, für den Abschnitt, der am längsten dauert, korrigiert mich, wenn ich einen Gedankenfehler mache, als Erstes angehen und genau das nicht machen, dass ich es in Frage stelle. Wenn jemand so etwas in Frage stellt, dann kann ich nur einen einzigen Schluss ziehen, nämlich dass sie sich es vorbehält, dass dieser Abschnitt tatsächlich gebaut wird. Was lernen wir daraus? Graz–Werndorf kann man auch für die Südbahn Richtung Spielfeld verwenden. Graz–Werndorf kann man auch im Stadtgebiet von Graz für Autounterführungen verwenden.

Da sind viele dafür beziehungsweise da wagt man es nicht, auch wegen der Nahverkehrsdeckscheibe, dieses Projekt zu streichen, wie es ursprünglich in Frage gestellt wurde. Ich nehme das zur Kenntnis. Aber was Sie mir sicher nicht einreden können, ist das, dass es hier eine Automatik gibt, dass die Koralmbahn jetzt automatisch zügig gebaut wird, zuerst geplant und dann gebaut wird. Das hätte die Frau Bundesminister zehnmal gesagt, soweit kennen wir uns ja alle in dem Geschäft, wenn ein Politiker etwas zum Verkaufen hat, dann tut er das auch und schraubt sich nicht lange.

Nächster Punkt: Eine aktuelle Entwicklung, die diese Sache so dramatisch macht, das sind die bereits auch angezogenen transeuropäischen Netze, Herr Kollege Straßberger.

Und soll ich Ihnen sagen, was da enthalten ist drinnen zum Beispiel? Jetzt nicht nur, dass die EU zusammen mit diesen Erweiterungsstaaten gerade also dieses Netz – ich habe hier den Plan für die Bahnen – fertig gestellt hat und jene für die bestehenden Mitgliedsländer, das heißt auch für Österreich, neu überarbeiten will. Da drinnen zum Beispiel ist der Ausbau der Bahn von Graz nach Budapest auf zirka 60 Prozent der ungarischen Strecke vorgesehen, vordringlich. Jetzt frage ich Sie, wo hier in der Steiermark war denn jemals die Rede? Die Frau Landeshauptfrau fährt immer wieder Richtung Burgenland, um sich dort für den Ausbau der Straße Richtung Budapest stark zu machen. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das war ein Wunsch der Burgenländer!“) Das war nur ein Wunsch der Burgenländer, freilich. Das hören sie sicher gerne. Die Burgenländer haben in ihrem Regierungsübereinkommen übrigens mit den Grünen vereinbart – werden wir schauen, ob sie es halten –, dass sie diese Straße nicht vierspurig ausbauen werden.

Aber es ist natürlich die Steiermark und es ist natürlich die steirische ÖVP und es ist natürlich die Frau Landeshauptfrau, die sich explizit und mehrfach – sie wird es auch gar nicht bestreiten – für den Ausbau der Straße stark gemacht hat. Die EU tut das eben nicht. Der Herr Landesrat Schögggl hat es auch in seiner großzügigen, nicht polemischen Art schon gesagt, ob Schiene oder Straße holdrío! Geld spielt ja keine Rolle. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Das hat niemand gesagt!“)

So ist es ja nicht. Wenn wir vor der Situation, dass wir auch so sparen müssen, stehen, wie kann ich denn diese Karte, die Sie nicht angeschaut haben, aber sehr wohl zitieren, wie kann ich denn dann hergehen und sagen, ich baue vierspurig zur ungarischen Grenze hin, und nicht einmal hineinschauen, weil dann würden Sie feststellen, dass die Ungarn und die EU nicht im Schlaf daran denken dort eine Fortsetzung zu bauen, während umgekehrt sie von Ungarn sehr wohl die Bahn forcieren und bei uns aber kein Anschluss stattfindet. Schauen Sie sich den Zustand der Ostbahn an. (Abg. Wiedner: „Wer hat das gesagt?“) Ich bringe das nur als Beispiel für das Niveau, einerseits der Verkehrsplanung und -diskussion in diesem Land, der Verantwortlichen, und andererseits für die Aktualität der Lage.

Noch ein Punkt, der auch, denke ich, uns genug Stoff gibt, um den Ernst der Situation zu begreifen. Ohne großes Getöse von Seiten der Verantwortlichen – Herr Landesrat, Frau Landeshauptfrau – hat die ÖBB bekannt gegeben, dass sie einschneidende Kürzungen bei den Fahrplänen der Intercitys vor allem durchführen wird und ohne irgendeine Reaktion hat sie kundgetan, dass sie der Westbahn einmal mehr den Vorzug gibt und neue Züge einsetzt, während sie die alten Westbahngarnituren dann gnadenhalber in die Steiermark verlegt.

Ich komme also daher zu der Situation der verkehrspolitischen Ausgangslage in der Steiermark. Wir sind, wie ich heute schon ausgeführt habe, in einer Doppelmühle. Wir haben, Herr Landesrat, es natürlich mit Budgetkürzungen zu tun. Schauen Sie nach im Regierungsprogramm, ich liefere es Ihnen im Laufe des heutigen Tages noch gerne nach. Dort hat Ihre Regierung sich ausdrücklich dieser Kürzungen gerühmt, selbstverständlich. Herr Kollege Wiedner, wenn Sie die Lücken zitieren und die Rückstände, es stimmt, dass wir Rückstände haben. Nur welche Konsequenzen ziehen Sie denn daraus? Da habe ich nichts vernommen. Wenn Sie richtig die Rückstände zitieren, dann können wir ja daraus was nur schließen? Dass wir nicht die Ausbaumittel kürzen, sondern dass wir die Ausbaumittel verdoppeln. Das kann ja nur die Konsequenz sein.

Das sind Sie uns aber schuldig geblieben. Sie reden immer nur vom Sparen. Das kommt mir genauso schlaue vor, wie wenn ein Bauer hergeht und sagt, ich spare jetzt, ich säe heute nur mehr um das halbe Geld aus, und da hat er eingespart. Sehr schlaue! Jeder Unternehmer fragt sich, ist diese Investition sinnvoll? Und wenn diese Investition sinnvoll ist, im Falle des Unternehmers Staat volkswirtschaftlich sinnvoll ist, dann investiere ich.

Ich behaupte in der gebotenen Bescheidenheit, der Ausbau der Südbahn und anderer Bahnstrecken, wie der Pyhrn, Ennstal oder Ostbahn, ist eine sinnvolle Investition.

Der zweite Punkt, es wird negiert und nicht ausreichend beachtet, dass wir europaweit einen Trend zur Schiene haben. Während die Industrie, nicht zuletzt die steirische, das bereits erkannt hat und ausdrücklich die Verbesserung der Bahnverbindungen fordert, wird bei uns dem überhaupt noch nicht ausreichend Rechnung getragen, welche Dramatik diese Entwicklung genommen hat, weil man zwar bei uns noch flott mit dem Auto oder mit dem Lkw fahren kann, aber hinter Rosenheim und Nürnberg ist es dann bereits zappenduster. Dazu kommt noch die Einführung der Maut. Da wird auch großzügig übersehen, wenn die Lkw-Maut flächendeckend eingeführt ist, wird der Transport mittels Ganzzügen wirtschaftlicher sein.

Zum Abschluss noch eine Bemerkung in dem Zusammenhang zum Standort Steiermark. Wenn Sie sich mit diesen ganzen Rankings, mit den Vergleichen, befasst haben, dann werden Sie auch feststellen, dass wir trotz aller Fortschritte, die anerkannt werden, in dem Zusammenhang in einem Punkt bereits dramatischen Rückstand haben, nämlich bei der Verkehrsgunst, Autobahnausbau hin oder her, der weit fortgeschritten ist. Und die Bedeutung dieses Faktors wird, wie gesagt, noch stark zunehmen. Das heißt, wir haben es mit einer auch von der Wirtschafts- und Arbeitsplatzsituation her ernsthaften Situation zu tun.

Ich stelle daher, Frau Landeshauptfrau, in diesem Zusammenhang jetzt an Sie folgende Anfrage:

Erstens: Wie wollen Sie gegenüber dem erklärten Ziel der zuständigen Bundesministerin, die angemeldeten Projekte für den Bahnausbau von 280 auf 143 Milliarden österreichische Schilling reduzieren zu wollen – Originalzitat Forstinger – und dem Druck auf Fertigstellung bereits begonnener, genehmigter und fertig geplanter Projekte in ganz Österreich den Nachholbedarf der Steiermark in Sachen Bahnausbau durchsetzen?

Zweitens: Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um zu gewährleisten, dass die neue Südbahn in ihren Schlüsselabschnitten Semmeringbasistunnel und Koralmbahn im kommenden Ausbauplan der Bundesregierung enthalten ist?

Drittens: Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Planung und den Bau von anderen, für die Steiermark existenziellen Bahnverbindungen wie insbesondere die Pyhrnbahn, die Südbahn Graz-Spielfeld und die steirische Ostbahn sicherzustellen?

Viertens: Ist Ihre bisherige Zurückhaltung in der öffentlichen Auseinandersetzung um die Verteilung der Mittel für den Bahnausbau mit Absicht erfolgt? Und wenn ja, welche Vorteile versprechen Sie sich davon?

Zum Abschluss noch eine letzte Bemerkung, um auf den Eingang zurückzukommen. Die Steiermark, das heißt wir Steirer, haben uns beim Semmeringtunnel bis jetzt einen blutigen Schädel geholt. Ich erwarte mir hier im Zuge der Antwort der Frau Landeshauptfrau auch eine strategische Antwort. Ich will nicht haben, dass wir uns das bei der Koralmbahn noch einmal holen. Ich will eine Antwort haben, was die Steiermark durchsetzen will und nicht nur will, sondern auch was sie durchsetzen kann und mit welchen Methoden, was die Steiermark sicher macht, dass sie in Zukunft sich bei den Bahnprojekten im Gegensatz zur Vergangenheit auch tatsächlich durchsetzt. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.11 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage erteile ich der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (15.11 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Im Grunde genommen möchte ich dem Herrn Kollegen Hagenauer danken, er hat einige Fragen gestellt auch in seiner Rede, die ich gerne beantworten möchte, vor allem dann, wenn es um die Aussagen geht Bahn Richtung Osten. Ich erinnere mich, dass ich am 12. Oktober 1988 – damals war ich Wirtschaftsreferentin – bei einem Gespräch in Jennersdorf war, mit dem damals zuständigen Verkehrsminister Übleis und es eine Zusage gab, die Ostbahn wird elektrifiziert, zumindest auf jenem Teil bis zur Staatsgrenze. Ergebnis zwei Monate später war ein Angebot, wir sollten uns mit den Gemeinden zusammensetzen und einen Weg suchen, dass die Bahnübergänge abgesichert werden, weil die Elektrifizierung kostet über eine Milliarde Schilling. Noch viel später wurde eine Bahnveränderung im Umbau zugesagt für Gleisdorf, die ist dann noch in den Jahren bis 1995 fixiert wurden und irgendwann 1997, 98 umgesetzt. Das heißt, in der Zeit seit dem Jahre 1988, seit ich mich damit beschäftige, nämlich intensiv als Mitglied der Landesregierung, haben die Verkehrsminister Übleis, Streicher, Klima, Scholten, Einem und dann in der Folge war der Kollege Farnleitner in manchen Bereichen dann in der jetzigen Regierung Schmid und Forstinger immer wieder von der Steiermark auch jene Meldungen bekommen; von der Umsetzung und vom Versprechen vom 12. Oktober 1988 ist zumindest in dieser langen Periode bis zum Jahre 1996 nicht sehr viel an Meldung gekommen, nach 1996 ist dann Gleisdorf gebaut worden. Mir ist es klar, dass wir gerade auch in Richtung unserer Nachbarn die Bahn brauchen.

Zweiter Teil, weil Sie den Norden der Steiermark angesprochen haben, auch dazu sehr einverstanden. Wir brauchen die verstärkte Bahnlinie, wir brauchen den zweigleisigen Ausbau Richtung Passau, Richtung Prag, fortgesetzt bis Danzig. Eine alte Forderung, die auch im Programm der Steiermark enthalten ist und wo wir uns auch darum bemühen werden. Auch in der Frage der Bundesbahn, Veränderung, in der Linie, in der Möglichkeit, wo bleibt der Zug stehen, wie schaut es auch mit den Transportmöglichkeiten im Ennstal herunter bis Trieben aus, auch hier haben wir uns gemeldet. Und jetzt sage ich schon dazu, es ist nicht nur das Einzige, dass man sich meldet via Zeitung, sondern ich glaube, dass es auch sehr notwendig ist, die direkten Verhandlungen und die Gespräche zu führen. Das war immer mein Weg und ich muss Ihnen leider recht geben, im Verkehr sind wir im Regionen-Ranking unter 243 Regionen auf Platz 165. Damit komme ich zum ersten Satz zurück. Herr Bundesminister Übleis hat mir im Jahre 1988 gesagt, ich verstehe es eigentlich nicht, in anderen Bundesländern sind goldene Tunnel gebaut worden und besondere Strecken, nur die Steiermark ist beim Stand vor dem Jahre 1918. Das ist unser Problem, da müssen wir aufholen und da haben wir gemeinsam viel Arbeit. Aber das hat nicht die Steiermark verschuldet, sondern da haben uns eben die Verkehrsminister bis dorthin nicht geholfen. Das ist der Punkt zu dieser Antwort, aber danke für Ihre Unterstützung.

Zur gerichteten, also zu dieser Dringlichen Anfrage gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung möchte ich folgende Antwort geben:

Die eine Möglichkeit wäre gewesen, zu sagen, ich bin nicht Verkehrsreferentin. Aber ich glaube, dass wir in der Zusammenarbeit und dass man als Landeshauptmann auch so etwas wie eine Gesamtverantwortung immer wahrnehmen muss und so glaube ich, dass ich Ihnen heute und in dieser Stunde sagen kann, dass ich gerade mit dem jeweils zuständigen Verkehrsreferenten, aber auch mit dem jetzt zuständigen Verkehrsreferenten eine gute Zusammenarbeit habe, eine gute Zusammenarbeit will und eine gute Zusammenarbeit brauche. Wenn Sie mir sagen, es ist das Regierungsmitglied, das ich dazubekommen habe, dann bin ich froh über jede Verstärkung in der Regierung, über Menschen, die es ernst nehmen und die diese Aufgabe auf sich nehmen und sagen, wir wollen in der Infrastruktur mithelfen, etwas umzusetzen. Und dass wir nur gemeinsam das erreichen, da sage ich

schon bewusst dazu, die Diskussion Semmeringbasistunnel haben wir in diesem Hause oft genug gemeinsam geführt, auch in den vergangenen Jahren. Wir haben gemeinsam die Unterschriften aller Bürgermeister, die in Wien liegen, gehabt, wir haben die Wunschliste, das heißt die Unterschriftenaktion der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam unterstützt, wir haben die Unterstützung anderer Parteien immer wieder gefunden und ich glaube, wenn wir wirklich etwas erreichen wollen, dann müssen wir sagen, es ist unser Ziel. Aber es ist jetzt eine Rechtsfrage und nicht eine politische Frage, das ist der Punkt. Kollege Straßberger hat es angesprochen, es geht nicht um eine Finanzierung, es geht nicht um einen Parlamentsbeschluss, es geht nicht um einen Regierungsbeschluss, sondern es geht um eine Rechtsfrage, und wenn diese entschieden ist, wird begonnen werden. So möchte ich es auch in Zukunft halten, dass es dann, wenn es um Verkehrsinfrastruktur geht, dass ich den zuständigen Referenten, in dem Fall den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, ehrlich unterstützen will und sage bewusst dazu, das geht nur gemeinsam. Der Infrastrukturreferent braucht die Unterstützung und wir brauchen dieses Netzwerk, sonst werden wir nicht weiterkommen. Wir haben auch versucht und wir haben es auch schon im Vorjahr begonnen, mit den Nachbarbundesländern Kärnten und Burgenland, mit den jeweiligen Landeshauptleuten, mit den Wirtschaftsreferenten, mit den Verkehrsreferenten abzustimmen, wie der weitere Ausbau im Süden Österreichs erfolgen kann und vor allem, ich sage bewusst dazu, wie der Ausbau auch in der Fortsetzung im Süden Österreichs in einem Fall in Richtung Land EU, nämlich Oberitalien, aber in anderem Fall Richtung Erweiterung, das ist Slowenien, und wir sind auch ein Land, wo es um Erweiterung geht, dort müssen wir unterstützen und da müssen wir zusammenstehen.

Es ist vor dem Sommer, und das hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl gemacht, eine abstimme Planungsgruppe Verkehrsinitiative Süd gegeben. Sie wird gemeinsam vom Verkehrsreferenten und dem Landeshauptmann geleitet und koordiniert. Es ist auf der anderen Seite bei den Projekten Semmeringbasistunnel und Koralmtunnel allen klar, dass dies ein Herzstück ist, und wenn wir von der neuen Südbahn reden, dann sagen wir das deshalb – ich sage bewusst, es ist auch eine Frage der Sprache –, wir brauchen keine neue Bahn als Ganzes, sondern wir brauchen eine Qualifizierung dieser bestehenden Südbahn und ein qualifiziertes Stück ist dieser Semmeringbasistunnel. Es geht auch darum, dass wir eine gute Südverbindung Richtung Marburg und in dem Fall auch an die nordadriatischen Häfen bekommen, wir brauchen den Ausbau Ostbahn und Nordverbindung über den Pyhrnpass, und es sind auch die Projekte Radkersburg, Murska Sobota ebenso anzuführen wie der Ausbau des Ennstales. Es gibt ein Arbeitsprogramm, das sich die Regierung vorgenommen hat, die Kollegen, die hier rechts auf der Bank sitzen, haben dieses gemeinsam beschlossen, es ist das Arbeitsprogramm dieser Regierungsperiode und wir werden versuchen, dieses öffentlich bestmöglich zu vertreten, aber auch umzusetzen. In all diesen Möglichkeiten, die uns gegeben sind, sage ich sehr bewusst dazu, gab es zum Beispiel dieses Gespräch. Ich habe der Diskussion ja gut genug zugehört, dass wir als Regierungsmitglieder, als verantwortliche Regierungsmitglieder für diese Ressorts mit dem Herrn Bundeskanzler und der Frau Vizekanzlerin ein Gespräch geführt haben. Wir haben zwei Möglichkeiten, wenn wir nach Hause kommen, sagen wir, wir haben 500 Millionen Schilling gekriegt, dann kriegen wir von den anderen Parteien die Frage, wo sind sie, weil verkünden kann man. Ich glaube, dass es glaubwürdiger ist, wenn wir im Laufe der Periode gemeinsam sagen können, das waren die Projekte, die wir eingereicht haben und dieses und dieses Projekt haben wir umgesetzt, weil Ankündigungstalente haben wir in Österreich und in der Steiermark bereits genug. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Ein Zweites, und das möchte ich schon gerne dazusagen, weil ich spüre, dass das ein neuer Weg in unserem Landtag und auch in der Landesregierung ist. Ich habe heute Vormittag mit zwei Herren gesprochen – und das passt genau in das Paket –, denen hat man geraten, sie mögen die Anträge nur stellen, die ÖVP müsse dann mit der FPÖ gemeinsam ohnehin ablehnen. Wir wissen, dass das nicht finanzierbar ist.

Wir werden es dann am Freitag verkünden, Montag oder Dienstag kommt es in die Regierung und in den Landtag, und so werden wir eben die politischen Jahre hinüberbringen.

Ich glaube, dass es für die Bevölkerung draußen kein ganz offenes Bekenntnis zur Zusammenarbeit für dieses Land ist, wenn man den Menschen Mut und Hoffnung macht, wissend, dass bei Budgetbeschlüssen, die gefasst sind und gefasst werden, es nicht geht. In dem Fall ist es ein Projekt, von dem man es im Vorhinein weiß. Es werden zwei Tage die Zeitungen voll sein und sagen, großartige Idee, das kommt, und es werden dann fünf Tage die Zeitungen voll sein mit der Enttäuschung, dass wir es uns leider nicht leisten können, weil wir in Verantwortung für dieses Land und für die Generationen nicht alles leisten werden können. Ich sage das sehr bewusst dazu, wissend, dass es dem einen oder anderen auch weh tut.

Zweiter Teil, um bei dem Thema zu bleiben. (Abg. Gennaro: „Vor der Wahl haben sie etwas anderes geschrieben!“) Ich habe eigentlich nie mehr versprochen als ich halten konnte. Wenn Ihnen ein Projekt einfällt, dann bitte mir das mitzuteilen. (Abg. Schützenhöfer: „Die Aflenzler Bürgeralm. Eine Woche vor der Wahl haben Sie versprochen, es wird gebaut!“) Die Aflenzler Bürgeralm. Lieber Herr Kollege, bei der Aflenzler Bürgeralm hat der Herr Kollege Ressel im Jahr 1999 die EU-Notifizierung verlangt. Wir haben sie gestern bitte weitergeben wollen. Was glauben Sie denn, wer dagegen gestimmt hat? Dreimal dürfen Sie raten. Sechs zu drei! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage bewusst, es sind viele Beschlüsse da. (Landesrat Dr. Flecker: „Das ist nicht wahr, was Sie sagen!“) Herr Kollege Flecker – (Landesrat Dr. Flecker: „Ihr habt berichtet, das Aflenzler Bürgeralmprojekt soll nicht gemacht werden. Und dagegen haben wir gestimmt. Wenn Sie bei der Wahrheit bleiben, müssen Sie das auch zugeben!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann das gerne im Detail erzählen. Ich darf das nur klarstellen. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Landeshauptmann!“) Herr Kollege Flecker, ich möchte das gleich dazusagen, die Notifizierung wurde verlangt, damaliger Finanzreferent. Es ist dann eingereicht worden beim Bundeskanzleramt, und es ist zu erwarten, nachdem ein Prozess läuft mit Südtirol, wo eine 90-prozentige Förderung geprüft wird, ist zu erwarten, dass die 100-Prozent-Förderung, die wir geben sollten, nicht möglich sein wird. Aus diesem Grund steht in diesem Regierungsantrag, dass wir abwarten, bis dieses Urteil von Südtirol auf dem Tisch liegt. Um dieses Thema ging es. (Abg. Schrittwieser: „Das dauert drei Jahre?“) Sie wissen genau, da ist es nicht nur um Aflenz gegangen, es geht um Salzstiegl und vieles andere mehr. Aber es kommt natürlich darauf an, der Standort bestimmt den Standpunkt.

Im Gespräch mit der Frau Ministerin Forstinger, und das möchte ich auch einmal sagen, weil das so im Raum steht, Sie haben von mir wirklich nicht gelesen und dazu bekenne ich mich, weil es gibt verschiedene Formen des Umgangs mit politischen Mitbewerbern, mit politischen Verantwortungsträgern, auf welcher Ebene immer, ich habe mit der Frau Bundesministerin einige Gespräche geführt. Wir haben über bestimmte Projekte gesprochen. Sie selbst hat auch angekündigt, dass sie sich der Anliegen der Steiermark wirklich bewusst ist. Aber das muss man schon auch verstehen, dass jemand von November bis März nicht sagen kann, jetzt ist alles so, wenn man merkt, dass Jahre und Jahrzehnte die Dinge vorher nicht gegangen sind. Sie wird bei der Landeshauptleutekonferenz uns ein Papier vorlegen und ihre Vorstellungen, aber auch den Weg, den sie gehen möchte, – davon bin ich überzeugt – wird sie uns vortragen.

Ein Zweites ist, dass mir der Kollege Schögggl angekündigt hat, dass ich auch aus der Sicht der Steiermark ein von Experten und von den Fachleuten erarbeitetes Papier mitnehme, wo ich sage, das sind die steirischen Wünsche, die mir bekannt sind, die ich aber gerne vom zuständigen Referenten mitnehme, weil ich sie verstärkt haben möchte. Da ist zum Beispiel der Gesamtwegeverkehrsplan Steiermark drinnen. Da sind die Themen drinnen, wie steht es um die Erweiterung und um die Zusammenführung. Es muss ja Lückenschlüsse geben an der Grenze. Wir können ja nicht sagen, bis dorthin gehen wir und bis dorthin gehen wir nicht. Aber wir müssen auch dazusagen, wie ist es zu finanzieren in manchen Bereichen. Und da hoffe ich, dass wir gerade als ein Bundesland, das bisher in weitem Maße benachteiligt wurde, dass wir da ein Stück weiterkommen.

Wenn wir von der Zukunftsregion Südost reden, dann denken wir uns etwas. Ich sage bewusst, dass wir nicht nur Slowenien denken, dass wir auch Ungarn denken und dass natürlich die Planung, die in unserer Verantwortung ist – und das hat der Kollege Schögggl gemeint, die Straßenplanung kann aus der Sicht der Steiermark und aus der Sicht des Burgenlandes erfolgen, die Bahnplanung erfolgt bitte über den Dingen. Das heißt, da passiert sehr sehr viel in der Bundeshauptstadt, im zuständigen Ministerium, in der zuständigen Abteilung. Jetzt muss man sagen, es ist ja legitim, wenn wir einmal sagen, die Bevölkerung ist zu entlasten, es sind Ortschaften zu umfahren. Dort geht es darum, dass wir im Straßenbereich tätig werden müssen. Und in einigen Bereichen ist es gelungen. In Altenmarkt haben wir es zusammengebracht. In Pertlstein haben wir es zusammengebracht. Großwilfersdorf wartet noch. Fürstenfeld versucht jetzt im Naturschutz seinen richtigen Weg zu finden mit der Nachbargemeinde. Das ist Entlastung der Menschen vor Ort und da kann ich nicht überall ein Bahngleis hinbauen, sondern da muss ich schauen, dass ich die Straße aus dem bevölkerungsstarken Teil, dort wo die Menschen wohnen, ein Stück herausbringe.

Ein zweites Beispiel, das ich in diesem Zusammenhang auch noch anschnitten möchte, ist, dass wir gerade ein sehr, sehr großes Ausbauprogramm haben bei der A 2 über die Pack, dass wir ein großes Ausbauprogramm haben bei der S 6 in der Obersteiermark, das heißt Semmeringscheitelstrecke. Viele von Ihnen sind dabei gewesen, beim Spatenstich, beim Bau. Ich freue mich, dass es mit dem Terminal nun weitergeht. Und ich bedanke mich wirklich, dass es weitergeht. Ich weiß, wie viel Vorarbeit das war. Ich habe im Jahre 1995 damit aufgehört. Da waren eigentlich die Genehmigungen da, aber die Grundstücksverhandlungen haben ihre Zeit gebraucht. Der Herr Bundeskanzler Klima, der ja inzwischen schon Finanzminister gewesen ist, hat dann das, was er uns damals versprochen hat, nämlich den Spaten nur mehr aus dem Kofferraum geben zu müssen, nicht umgesetzt, sondern es ist eben nicht gelungen. Nun sind wir so weit. Wir brauchen es für den Wirtschaftsstandort. Das ist ein Auftrag, und ich bin überzeugt, dass uns das auch gemeinsam gelingen wird.

Wenn ich Ihnen heute gut zugehört habe, dann glaube ich, dass der Herr Kollege Stöhrmann gemeint hat, der Schulterchluss – ich glaube beim Semmering und bei all dem, was unsere Straßen- und Schienenprojekte betrifft, brauchen wir keinen Schulterchluss, weil da sind wir gemeinsam betroffen. Da sind die Menschen in unserem Land betroffen und da haben wir einfach eine Verantwortung. Da wäre es auch falsch, dass man meint, nur aus der Sicht, weil ich jetzt anders über ein Projekt oder anders über einen Menschen denke, dass ich deswegen ein Projekt in Frage stelle.

Und in diesem Sinn herzlich eingeladen, weiterhin für den Wirtschaftsstandort und damit für die Zukunft in der Steiermark zu arbeiten, das wir umsetzen können. Wir selbst werden es noch nutzen, aber unsere Kinder und Enkelkinder werden es brauchen, wenn auch die eine Zukunft wollen.

In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Hilfe! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Danke für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Landtages hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.27 Uhr): Frau Landeshauptfrau, geschätzte Herren Landesräte und Kolleginnen und Kollegen!

Ich greife eine Passage heraus aus der Antwort der Frau Landeshauptfrau, nämlich jene, wo die Frau Landeshauptfrau sagt: „Wir haben Ankündigungstalente genug in der Steiermark!“ Das heißt, man soll nicht weiter Projekte ankündigen. Und eine zweite, dass man „Verantwortung tragen müsse“. Gemeint war, wenn ich das richtig verstanden habe, was auch die Finanzierung anbelangt, das heißt, dass man keine Schulden machen dürfe. Verantwortung für die nächsten Generationen! Und eine dritte, dass die Frau Landeshauptfrau zu Gesprächen und Verhandlungen mit der Frau Bundesminister beziehungsweise zur Landeshauptleutekonferenz Wünsche mitnehmen werde, zahlreiche. Unter anderem sind diese in einem steirischen Gesamtverkehrskonzept festgehalten.

Jetzt steinigen Sie mich, aber mir ist es neu, dass es ein Steiermärkisches Gesamtverkehrskonzept gibt. Es gibt eines, das ist aber schon verdammt alt (Landeshauptmann Klasnic: „1992 haben wir es gehabt!“), und wir warten seit vielen Jahren auf ein neues. Herr Landesrat, sehe ich das richtig? Kann ich Ihnen persönlich gar keinen Vorwurf machen in dem Sinn, dazu sind Sie noch zu kurz im Amte. Aber der Frau Landeshauptfrau möchte ich den Ball schon zurückspielen, welches Gesamtverkehrskonzept? Weil das ist ja tatsächlich eines der Probleme. Sie haben mich in Ihrer Antwort – auf das will ich hinaus – in den meisten meiner Befürchtungen eigentlich nur bestärkt. Die eine davon ist eben das, dass Sie sagen, Sie nehmen die Wünsche mit zur Landeshauptleutekonferenz und dort ist wieder alles dabei. Das ist nicht die Lösung, das ist das Problem.

Deswegen habe ich ja so insistiert in meiner Frage, was machen wir denn jetzt anders als in der Vergangenheit. Das haben wir ja immer schon gemacht, dass wir einen Bauchladen von Wünschen gehabt haben, mit dem Erfolg, dass die dann gesagt haben, ja tut uns leid, schaut her, das sind ja hunderte Milliarden, das können wir nicht, das ist zu viel. Wenn ich mich effizient durchsetzen will, dann brauche ich zumindest einmal im Hinterkopf meine Prioritäten, zum Beispiel so ein Gesamtverkehrskonzept, das die Steiermark nicht hat. Das bräuchte ich für die konkrete Situation jetzt dieser Landeshauptleutekonferenz, wo es sehr eng werden wird, im Hinblick, weil da ganz Österreich mitmischt, natürlich erst recht eine Reihung von Prioritäten und erst recht eine konkreten Strategie, wie man sich da durchsetzen will. Das habe ich jetzt nicht gehört, das war eigentlich meine Frage.

Wo ich auch wieder nur eine Wiederholung gehört habe, das war das Bekenntnis zu allen Bahnabschnitten, die wir eben haben und die Aufzählung, wie man hier erfolglos vorgegangen ist, wie etwa bei der Ostbahn, dass es klar ist, dass wir die brauchen und dass das in Wien gemacht wird. Das ist beides richtig und beides war bis jetzt zu wenig. Dort fängt für mich die Politik erst an, dort hört sie nicht auf, wie Sie Frau Landeshauptfrau jetzt aufhören bei dem Punkt. Dort wird es erst lustig, dort ist der Politiker erst gefragt, dort muss er dann sagen, na gut ich nehme zur Kenntnis, dass die in Wien freiwillig nichts machen, aber deswegen mache ich jetzt Druck, in der, in der und in der Form. Erinnern wir uns, dass die steirische ÖVP schon aus ganz anderen Anlässen den Austritt etwa aus der Bundes-ÖVP erklärt hat und schon aus ganz anderen Anlässen die Bundes-ÖVP vor sich hergetrieben hat. Das ist Ihre Sache, innerparteilich. Erinnern Sie sich, wie Sie mit Herrschaften wie dem Herrn Mock etwa umgesprungen sind und anderen. Aber da sind viel, viel härtere Worte und viel, viel härtere Sachen angedroht und durchgezogen worden. Unter anderem wird ja, denke ich, und das stimmt, auch die bestehende Bundesregierung nicht zuletzt auf steirische Aktivitäten zurückgeführt, und das ist ein Grund mehr, dass man sich von dieser Bundesregierung, denke ich jetzt, das kann man aussprechen oder auch nicht, jetzt eben mehr erwartet. Und was sehe ich? Leute, die dieser Regierung skeptisch gegenüber gestanden sind in der ÖVP, wie etwa Pröll, setzen sich durch und andere, die der Regierung gar nicht angehören, wie Herr Häupl von der SPÖ, nimmt sich auch kein Blatt vor den Mund und agiert, bis jetzt jedenfalls, äußerst deutlich.

Wenn die Frau Forstinger, Frau Landeshauptfrau, eine Handschlagqualität hätte, dann würde ich diese Strategie, dass man sich öffentlich nicht hinauslehnt, akzeptieren können. Nur hat sie das? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Hat sie!“) Ich habe nicht den Eindruck, ich sage das in der gebotenen Bescheidenheit. Wenn sie wirklich die Zentralfigur wäre, dann könnte man so etwas verfolgen, aber das ist aus meiner Einschätzung nicht der Fall, deswegen halte ich es für brandgefährlich, sich auf Zusagen der Frau Forstinger zu verlassen. Das war auch der Grund meiner Frage. Es gibt jemand anderen, jenseits der Koralm, der durchsetzungsfähig ist, den Sie vor Jahren einmal als bündnisfähig bezeichnet haben, nicht zuletzt in diesen Projekten, in Bahnprojekten. Was hat der gemacht? Der ist alleine nach Wien gefahren, der hat niemanden aus der Steiermark am Patschhändler mitgenommen, sondern der ist hinausgefahren und ist mit einer Streichung der steirischen Mittel zurückgekommen. Das ist ein Problem. Dasselbe, ich gehe noch kurz darauf ein, es ist einfach unzureichend, wenn man sagt, wir brauchen die Bahn Richtung Norden, also Richtung Passau oder das Ennstal. Das stimmt, aber es gibt dort, wie gesagt, nicht einmal Planungen. Also wenn ich jetzt in Verhandlungen gehe über ein Fünf-Jahres-Ausbauprogramm und ich rechne zurück, wie viel brauche ich denn für die Genehmigung, wie gesagt für die Detailplanung und für die UVP, etwa in diesen Verbindungen Richtung Norden, dann schaut es eng aus. Da braucht man eine Strategie, ich sage das noch einmal, da braucht man irgendeine Vorgangsweise, dass man von dieser Regierung, so man das kann und in der Zwischenzeit keine Wahlen stattfinden, weil dann kann ja keine Regierung der Welt eine Zusage machen, brauche ich Zusagen für das gesamte Projekt, sehr wohl über die gesamte Periode, dass diese Sachen auch sichergestellt sind.

Noch einen Punkt, der einfach exemplarisch ist und meine Wortmeldung, meine Bedenken aus meiner Sicht unterstreicht, das ist die Äußerung – sie ist nicht neu –, dass der Semmeringbasistunnel keine politische Frage sei. Er ist es natürlich. Er ist auch anhängig vor den Höchstgerichten, das wissen wir. Das ist Gott sei Dank so in einem Rechtsstaat, dass man die Höchstgerichte anrufen kann und dass es den Instanzenzug gibt. Aber das heißt

noch lange nicht, dass sich die Politik hinter eben diesem Rechtsstaat und hinter diesen Instrumenten verstecken muss und soll. Wenn – das habe ich schon dem Bundesminister Schmid nahe gelegt, der hat es leider nicht derhoben – der Bundesminister oder die Bundesregierung hergeht und sagt, lieber Kollege Pröll, du brauchst so und so viele Milliarden für das und das, du weißt eh, dass du das nicht kriegst. Was glauben Sie, wie der in Sekundenschnelle seinen Einspruch gegen den Semmeringbasistunnel zurückzieht. Und das hat er nicht getan, er ist nie erpresst worden und er ist bewusst nicht erpresst worden, weil man es eben politisch nicht derhoben hat. Jetzt ist das einmal unter Umständen eine Sache, die man zur Kenntnis nehmen muss, dass man bestimmte Sachen politisch eben nicht derhebt. Aber die Voraussetzung überhaupt, um in der Zukunft erfolgreich zu sein, ist die Erkenntnis, dass das hier eine politische Entscheidung und ein politisches Problem ist. Ich kann mich nicht aus der Affäre ziehen für alle Zeiten, indem ich sage, ich habe damit nichts zu tun, weil das ist keine politische Frage. Das Mindeste bei der Semmeringbasistunnelgeschichte ist das, dass man entweder sagt, man setzt aufs Ganze und sagt, bitteschön ich setze mich hier durch. Oder man kommt zu der Erkenntnis, ich setze mich hier nicht durch und dann muss ich allerdings etwas anderes einfordern. Wir sind in der fatalen Situation, wie gesagt und ich befürchte bei der Koralm eine Wiederholung dieses Schauspieles, dass wir nur die Nachteile haben und wie gesagt uns nur den Schädel blutig schlagen.

Zum Abschluss noch kurz eine Anmerkung zu dem Thema Fortsetzung der österreichischen Verkehrsverbindung in Richtung Osten und Süden. Frau Landeshauptfrau, ich habe jetzt die Zeitungsartikel nicht da, aber sie sind hoch an der Zahl, in denen von der ÖVP und auch von Ihnen der Ausbau der Straße dort gefordert wird. Sie haben es auch indirekt insofern begründet, indem Sie gesagt haben, man braucht dort Umfahrungen. Das ist richtig. Die Umfahrung Altenmarkt haben Sie zitiert, die sei schon fertig. Das stimmt auch, aber was Sie nicht dazugesagt haben, und ich gehe jetzt einmal davon aus, mit Absicht nicht dazugesagt haben, ist das, dass das, was jetzt ansteht, eben nicht eine zweispurige Ortsumfahrung ist, etwa Großwilfersdorf, das die nächste wäre, sondern eine völlige Neutrassierung. Sie kennen die Planungen, ich kenne Sie auch vom Herrn Ing. Depisch, eine völlige Neutrassierung von Ilz direkt nach Heiligenkreuz, geplant von vornherein als vierspurige Schnellstraße, ausgeführt allenfalls im ersten Abschnitt nur als zweispurige. Jetzt will ich diese Front nicht aufmachen dahier, das ist nicht unser generelles Thema. Ich bringe es nur als Beispiel dafür, wie man zumindest in diesem schönen Land riskiert, hohe Mittel, öffentliche Steuermittel, einzusetzen, die man woanders nicht einmal für die Planung der Eisenbahn hat, auf der Straßenseite einzusetzen, mit dem Risiko, dass das über weite Strecken eine Fehlinvestition darstellt. Mehr sage ich jetzt gar nicht. Ich sage das nicht als Grüner und sage das nicht aus dem Umweltaspekt, sondern nur aus dem finanziellen Aspekt heraus und aus dem Aspekt heraus, dass das für mich deutlich macht, wie wenig die Steiermark im Grunde genommen zur Kenntnis nimmt, was rundherum um sie vorgeht und wie wenig qualitativ hier die Vorgangsweise für die Durchsetzung einzelner Projekte vorausgeplant ist. Wäre das nämlich der Fall, dann würde man hier in dem Bereich auf eine vierspurige Schnellstraße verzichten und sich umso stärker, auch wenn man selbst die Planungskompetenz nicht hat, aber doch umso stärker Richtung Wien wenden, wie Sie selber sagen, um dort den Ausbau der Bahn durchzusetzen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 15.39 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (15.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, verehrte Damen und Herren!

Ich glaube die heutige Diskussion hat einiges gezeigt, und zwar, dass, wenn ich jetzt in die Zukunft schaue, uns allen miteinander nicht gedient ist, wenn wir hier eine Auflistung von Versäumnissen vornehmen, weil dann müssten wir viel weiter zurückgehen, weil dann müssten wir auch schauen, dass in den letzten 50 Jahren die Verkehrspolitik in der Steiermark in ÖVP-Händen gelegen ist und dass es beim Bundesstraßennetz ja ständig ÖVP-Minister waren, die hier die Verantwortung getragen haben. Aber wie gesagt, das bringt uns nicht weiter, das hilft uns nicht. Wir sollten wirklich in die Zukunft schauen und wir sollten jene Projekte angehen, die für die Steiermark ganz dringend sind. Heute ist da schon der Semmeringbasistunnel angeschnitten worden. Da ist es ähnlich wie bei der Koralmbahn. Das sind bitte keine Entscheidungen, die man vor Gerichten endgültig treffen sollte, sondern da müssen politische Entscheidungen dahinter stehen. Und dazu stehen wir als SPÖ Steiermark, dass es sowohl beim Semmering einen politischen Willen geben muss wie auch bei der Koralmbahn. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, ich bin wirklich froh darüber, dass Sie sehr initiativ sind, wie Sie in Ihrer Beantwortung gesagt haben, was den Ausbau der Schiene in der Steiermark angeht. Ich hoffe wirklich, und wir werden Sie unterstützen, dass Sie mit besseren Ergebnissen zurückkommen von dieser Landeshauptleutekonferenz, als das bisher gewesen ist. (Landeshauptmann Klasnic: „Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Die Landeshauptleutekonferenz hat eine Stunde, das ist der Vortrag der Frau Ministerin über das, was sie uns mitgibt, und dann wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Ich darf Ihnen das Ergebnis heute schon verkünden!“)

Danke für diese Ergänzung. Aber, Frau Landeshauptmann, Sie müssen schon entschuldigen, (Landeshauptmann Klasnic: „Ich sag das nur, damit die Erwartungshaltung richtig ist!“) Ja die Erwartung der Steirerinnen und Steirer und auch meine Erwartung ist natürlich groß. (Landeshauptmann Klasnic: „Zu hoch!“) Ob sie zu hoch ist, das weiß ich nicht. Ich schätze sie so ein, wie ich sie empfinde und wie ich sie auch von der Bevölkerung gerade in unserem Raum draußen immer wieder erfahre. Die Koralmbahn wird jetzt schon sehr, sehr lange diskutiert. Jetzt erfahre ich aus den Medien, dass es wieder eine Untersuchung geben soll, dass man wieder

Ziviltechniker beschäftigt, die das ganze Projekt untersuchen. Das bringt uns doch nicht weiter. Wir sollen endlich einmal sagen, wir wollen diese Bahn haben und wir sollen in Richtung Wien und auch in Richtung Niederösterreich den entsprechenden Druck machen, denn es darf uns wirklich nicht so gehen, wie es beim Semmering passiert ist, dass der Landeshauptmann Pröll diese Projekte, die für die Steiermark so wichtig sind, verhindert.

Abschließend also noch einmal, ich will die Zeit wirklich nicht unnötig verlängern, aber ich ersuche Sie wirklich, sich intensiv für diese Koralmbahn einzusetzen. Sie wissen, dass die Bevölkerung des Bezirkes Deutschlandsberg geschlossen hinter diesem Projekt steht, dass alle Bedenken ausgeräumt werden konnten. Und Sie wissen auch um die wirtschaftliche Bedeutung dieser Bahn für die Region Deutschlandsberg, aber natürlich auch für die gesamte Südbahn, für den Grazer Raum. Es darf nicht passieren, dass unsere Steiermark vielleicht im Süden umfahren wird und wir zuschauen können, wie die Güter über Marburg transportiert werden und nicht über die Koralm.

Daher noch einmal mein Appell an Sie, bitte setzen Sie sich voll ein für dieses Projekt, damit wir wirklich bald zur Verwirklichung dieses Koralmprojektes kommen, damit wir den oberitalienischen Raum sehr rasch erreichen können, der für uns wirtschaftlich von größter Bedeutung ist. (Beifall bei der SPÖ. – 15.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (15.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn ich die Debatte in der letzten Stunde oder in den letzten zwei Stunden verfolge und mir die Diskussionsredner der ÖVP und der FPÖ anhöre, dann komme ich mir vor wie in einer Märchenstunde, weil es kann nicht wirklich sein, dass ihr das, was ihr da gesagt habt, wirklich so gemeint habt. Entweder habt ihr nur ein Kurzzeitgedächtnis – das ist auch schlecht – oder ihr wolltet bewusst polemisch Dinge hier diskutieren, die absolut nicht der Wahrheit entsprechen. Ja, meine Damen und Herren, wenn ihr hier, und das nehme ich allerdings nicht an, dass sich irgendeiner nicht wirklich erinnern kann, was in den letzten Jahren sich abgespielt hat, aber wenn ihr nämlich tatsächlich hergeht und sagt was es an Versäumnissen gegeben hat, vor allem, was die Südbahn, den Semmeringbasistunnel und die Koralmbahn betrifft, dann muss es schon richtig gestellt werden, warum es diese Verzögerungen gegeben hat. Ich erinnere mich, Frau Landeshauptmann, und Sie wissen das ganz genau, wie seinerzeit Klima und Einem den Einspruch gegen das Naturschutzgesetz – um das jetzt abzukürzen – im Ministerrat machen wollten, war es Ihr Parteivorsitzender, der das nicht mitgemacht hat. Warum hat er es nicht mitgemacht? Weil er von Landeshauptmann Pröll einen Auftrag gehabt hat und weil er weiß, wenn er gegen Pröll ist, schadet ihm das und wenn er gegen die Steiermark und Sie ist, schadet ihm das nicht, und zwar deshalb, weil Sie immer sagen, Sie haben ein Vertrauen zum Minister, Sie haben ein Vertrauen zur Bundesregierung. (Landeshauptmann Klasnic: „Ich habe Vertrauen, auch zu Ihnen!“)

Meine Damen und Herren, das Vertrauen zu dieser Bundesregierung ist der Nachteil für die Steiermark und für die Menschen, die hier leben. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmann Klasnic: „Kollege Schrittwieser, Sie wissen aber doch genau, dass der Herr Schlögl als Innenminister dafür war, wie er zwei Monate in Niederösterreich war, hat er aus Sankt Pölten schreiben lassen, verlängern wir zwei Jahre!“)

Frau Landeshauptmann, auch der Häupl und der Edlinger waren gegen den Semmeringtunnel, aber denen haben wir eine Kopfwäsche verpasst und haben im Bundesparteivorstand unsere Position dargestellt und durchgesetzt. Frau Landeshauptmann, das fehlt bei euch. Wir haben im Bundesparteivorstand einen einstimmigen Beschluss gefasst, wo auch Häupl, Edlinger dabei waren und auch Schögl, dass der Semmeringtunnel zu bauen ist. Den Beschluss haben Sie nie zustande gebracht, meine Damen und Herren. Bei den Freiheitlichen kann ich nur sagen, dass sie die Meinung haben (Landeshauptmann Klasnic: „Vor vier Wochen hat der Herr Häupl das Gegenteil gesagt!“) – Frau Landeshauptmann, dass der Landeshauptmann Häupl gerne seine Verkehrswege in Wien hat, das verstehe ich. Und dass er dafür eintritt, verstehe ich auch. Ich würde mir aber wünschen, dass Sie auch einmal so dafür eintreten und sich auch durchsetzen. Das ist unser Problem. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage noch etwas dazu. Sie lächeln jetzt so von der Regierungsbank aus, die Frau Landeshauptmann, so überlegen. Aber Sie können nicht abstreiten, Sie fahren mit dem Landeshauptmannstellvertreter nach Wien oder nach Kärnten – ich weiß nicht, wo ihr euch immer aufhaltet (Landeshauptmann Klasnic: „Das sagen wir Ihnen nicht!“), nur es ist egal, ihr kommt mit leeren Händen zurück –, ihr fährt raus, der Haider macht einen Plärrer, kriegt 3,5 Milliarden, ihr machts auch einen Gipfel – ich glaube beim Herrn Bundeskanzler (Landesrat Dörflinger: „Wir haben 3,5 bezahlt!“) Ja, da komme ich noch dazu, meine Damen und Herren.

Der Haider macht einen Plärrer in Kärnten, um das so volkstümlich zu sagen, kassiert 3,5 Milliarden, hat einen Spatenstich, dort, wo kein Zug fährt, für den Koralmtunnel. Ihr fahrt nach Wien, trinkt einen Kaffee und kommt mit leeren Händen heim. Das schadet dem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Wissen Sie, was mich noch so stört, meine Damen und Herren, ihr wehrt euch nicht gegen Belastungen durch den Bund. (Abg. Dr. Lopatka: „Übst du für die Bundespolitik?“ – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Nein, für den Parteiobmann!“) Kollege Lopatka, dass du jetzt nervös wirst, verstehe ich, aber es kommen noch ein paar Dinge. (Abg. Dr. Lopatka: „Deinen Parteiobmann sieht man überhaupt nicht mehr!“) Du musst ja deine Frau Landeshauptmann verteidigen, das würde ich auch tun, das ist deine Aufgabe.

Aber, meine Damen und Herren, was mich stört – (Abg. Wiedner: „Wer hat deine Rede geschrieben?“) Kennst du meine Handschrift? Der Schmäh geht bei mir nicht hinein, weil ich schreibe mir keine Rede, ich weiß, was ich da zum Sagen habe.

Meine Damen und Herren, Folgendes, wissen Sie, was mich noch stört? (Abg. Dr. Lopatka: „Wenn unsere Chefin so wenig arbeiten würde wie euer Vorsitzender, das wäre traurig. Er bekommt bald Arbeitslosenunterstützung. Man sieht ihn überhaupt nicht mehr!“)

Ihr wehrt euch, die Argumente der Frau Landeshauptmann sind immer: „Wir erinnern uns noch, wie die schwarzblaue Koalition war. Ich habe keinen Grund zum Zweifeln. Das ist eine rechtliche Sache. Ich habe Vertrauen zum Minister. Ich habe Vertrauen zum Nationalrat!“ Frau Landeshauptmann, vom Vertrauen allein kriegen wir diesen Tunnel und diese Südbahn nicht. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Schlägt etwas vor!“)

Und jetzt steigen Sie doch endlich einmal auf die Barrikaden, dass die in Wien einmal sehen, dass es in der Steiermark einen Landeshauptmann gibt, der etwas will. Weil von Vertrauen alleine werden Sie überhaupt nichts kriegen da draußen, das wissen wir in der Zwischenzeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber nicht nur, dass wir uns nicht wehren, wenn wir nichts kriegen, sondern jetzt – (Unverständlicher Zwischenruf.) Kollege Wiedner, wir haben ja selbst etwas zu sagen, alle. Aber das stört mich ja nicht. Meine Damen und Herren, jetzt wehre ich mich schon nicht, wenn ich etwas nicht kriege und sage immer, ich halte dieser Regierung, obwohl sie die größte Belastungsregierung ist seit 1945, noch immer die Stange. (Abg. Straßberger: „Steig nicht zu tief hinunter!“) Aber wissen Sie, was mich noch stört? Wenn ich schon nichts kriege, aber dass Sie jetzt der Regierung durch den Finanzausgleich und Stabilitätspakt zustimmen, dass wir 3,5 Milliarden hinauszahlen und der Haider holt es für sich herein, das ist der größere Skandal, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Kennst dich nicht aus!“)

Wenn ich das zusammenrechne – (Abg. Straßberger: „Maastricht-Kriterien!“)

Lieber Kollege Straßberger, komme mir nicht mit Maastricht, weil das hat mit Maastricht nichts zu tun, aber vielleicht können wir über das noch diskutieren. Meine Damen und Herren, ich bin dem Herrn Kollegen Hagenauer und auch dem Kollegen Kröpfel sehr dankbar, dass sie die Materie sehr sachlich betrachtet haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist dir leider nicht gelungen!“)

Aber wenn ich zuhöre, was die Frau Landeshauptmann uns als Antwort gibt, eine so nichtssagende, da muss ich mich aufregen. (Abg. Dr. Lopatka: „Du sagst, du musst dich aufregen. Rege dich nicht zu viel auf, denn jetzt hast du abgenommen!“)

Noch etwas, ich lade Sie ein, meine Damen und Herren – (Abg. Dr. Lopatka: „Rege dich nicht zu viel auf!“ – Abg. Lafer: „Es ist keine Presse mehr da!“) Der Kollege Lafer schreit mir gerade herein, Sigi, es ist keine Presse mehr da. Meine Damen und Herren, das ist keine Sache für die Presse, das sind Anliegen der steirischen Bevölkerung, und ihr macht euch nur einen Schmäh aus dem Ganzen, was da passiert. (Beifall bei der SPÖ.) Ich würde mir wünschen – überhaupt so wie ihr Politik macht –, dass mehr Ernsthaftigkeit dahinter steht und dass ihr mehr hinter der Sache steht und nicht die ganze Zeit damit verbringt, den Freiheitlichen, wenn sie gerade streiten und ihr, wie ihr der Regierung, die Stange halten müsst. (Abg. Dr. Lopatka: „Bei euch kommt das nicht vor. Streiten ist euch fremd!“)

Ich habe nicht mehr so lange Zeit, ich komme jetzt zu einem Punkt, den ich nicht angeschnitten hätte, aber die Frau Landeshauptmann hat natürlich, wie immer, sich verteidigt und hat gesagt, sagen sie mir ein Projekt, wo ich nicht dahinter stehe oder wo etwas anderes passiert, als ich gesagt habe. Ich zitiere, seit fünf Jahren, meine Damen und Herren, kämpfen wir auch um ein Verkehrsmittel, deswegen kann ich es da sagen, um die Aflenzer Bürgeralm. Der Herr Kollege Straßberger ist herumgefahren und hat gesagt, der Ressel macht es nicht und der macht es nicht und er ist schuld. Die Frau Landeshauptmann erzählt eine Woche vor der Landtagswahl am Brucker Hauptplatz, wenn wir in die Lage versetzt werden, den Verkehrsreferenten, den Beteiligungsreferenten zu stellen, dann wird die Aflenzer Bürgeralm gebaut. (Abg. Straßberger: „Warum hat ihr denn nichts gemacht?“) Jetzt habe ich mir gedacht, das war ein Wahlversprechen, das wird sie wohl einhalten. Ich habe einen Brief an die Frau Landeshauptmann, an den Herrn Landesrat Paierl und an den Landesrat Hirschmann geschrieben. Antwort habe ich keine gekriegt, weil es keine gibt, aber jetzt denke ich mir, vielleicht machen sie doch etwas. Und jetzt am 1. März dieses Jahres lese ich die Zeitung, da steht: „Landespolitik. Klasnic: Mittel für Bürgeralm-ausbau.“ Dann schreibt man: „Der Ausbau der Aflenzer Bürgeralm müsse im März fixiert werden. Deshalb sei im Rahmen der derzeitigen Budgeterstellung im Land dafür auch ein finanzieller Brocken vorgesehen.“ Ich habe, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, diesen finanziellen Brocken bis jetzt im Budget nicht gesehen. Und jetzt kommt dazu, Herr Landesrat Paierl bringt gestern einen Antrag ein, weil er sagt, es geht wegen der EU nicht – die haben das zwar noch gar nicht gesagt, weil es noch immer in Wien liegt, das ist eine Vermutung. Wenn Sie sagen, ihr habt nicht den Tod der Bürgeralm gestern beschlossen, dann beweise ich das. Es steht hier. Und die SPÖ hat gegen diese Vorlage gestimmt. Hier steht: „– ist eine Beihilfe zum Ausbau der Schiregion Aflenz nicht möglich, da eine nicht notifizierte Beihilfe illegal ist.“ Ja, dann lasst es notifizieren. Da sage ich noch etwas, in Südtirol hat man gebaut, und man wird keinen einzigen Lift abtragen. Sie wissen, wir haben vor Monaten Gespräche geführt mit Mitgliedern Ihrer Regierung, wo wir gesagt haben, bitte man baut ja anderswo auch ohne diese EU-Notifizierung, warum machen wir die Bürgeralm nicht. Ich frage Sie heute, warum machen wir es nicht? Sie haben ein Wahlversprechen gemacht, am 1. März haben Sie noch gesagt, ist im Budget sicherzustellen. Ist nicht sichergestellt, und der Landesrat Paierl lässt gestern beschließen, dass die Bürgeralm tot ist. Na, gute Nacht, wenn das eure Versprechen sind, die ihr hält, werden wir nicht weit kommen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.54 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 15.55 Uhr.)

